



15. Heft | 29. Juli 1909

MAX MAURENBRECHER · BÜLOW

ZUM erstenmal seit Bismarcks Abgang hat ein Kanzlerwechsel stattgefunden, bei dem offen gesagt worden ist, dass lediglich politische Motive bei ihm massgebend waren. Sonst war es Sitte gewesen die üblichen Gesundheitsverhältnisse in den offiziellen Kundgebungen als Grund des Rücktritts eines Ministers zu nennen. Nur Bismarck hatte es seinerzeit verschmäht diesen Ausdruck zu brauchen. Aber Bismarck ging, weil zwischen ihm und dem Kaiser unausgleichbare Gegensätze sich aufgetan hatten. Seine Entlassung war ein Akt monarchischer Regierungsgewalt, von der das Parlament sogar die Tatsache erst nachträglich erfuhr, und von der die Gründe in offiziellen Regierungskundgebungen bis zum heutigen Tage der Bevölkerung noch nicht mitgeteilt sind. Was man darüber weiss, hat man aus Bismarckschen und Hohenloheschen Privatveröffentlichungen erfahren. Fürst Bülow ist der erste Kanzler des Deutschen Reichs, der seinen Rücktritt öffentlich vorher für einen bestimmten Fall in Aussicht gestellt hat und ihn nun, wo dieser Fall eingetreten ist, auch vollzieht. Und zwar ist aller Nachdruck darauf zu legen, dass es sich hier, vielleicht zum erstenmal in der deutschen Geschichte, nicht um eine Differenz zwischen Kaiser und Kanzler sondern um einen Bruch zwischen Minister und Parlamentsmehrheit handelt. So merkwürdig es klingt, so sehr wir gewöhnt sind über Verstärkung des Absolutismus zu schreien, so stark muss in diesem Augenblick doch betont werden, dass die Macht der Parlamentsmehrheit in Preussen-Deutschland sich noch niemals so stark gezeigt hat wie eben jetzt. Der Reichskanzler ist gegangen, weil er den von der Mehrheit des Parlaments gewollten Weg bei der Reichsfinanzreform nicht mitmachen wollte, und weil der Bundesrat die Verantwortung nicht übernehmen wollte den Kampf gegen diese Mehrheit zu wagen.

Es ist in der Politik immer ein Fehler, wenn man Schlagworte wählt, die auf die bestimmte Situation nicht passen. So ist es im gegenwärtigen Augenblick geradezu kindisch von einem Sieg des Absolutismus und des persönlichen Regiments, von einem Wechsel in der Gesindestube und ähnlichem mehr zu reden. Die wirkliche Pointe der gegenwärtigen Lage liegt vielmehr darin, dass die sozialistischen und liberalen Teile des Volks, die in der Bevölkerung selbst mit Einrechnung der Nationalliberalen mehr als die Hälfte ausmachen,

im Parlament nur eine hoffnungslose Minderheit sind. Das einzige Problem der inneren Politik liegt in der Frage, wie auf grund des heutigen Reichstagswahlrechts diese Minderheit im Parlament nicht nur die Mehrheit in der Bevölkerung sondern auch die Mehrheit im Parlament selbst für sich gewinnen kann. Wir werden nicht hoffen dürfen eine Veränderung der jetzigen Einteilung der Reichstagswahlkreise zu erhalten, solange nicht die demokratischen Teile des Volks auch bei der jetzigen Verteilung der Wahlkreise die Mehrheit für sich gewonnen haben. Diese Mehrheitsgewinnung ist für uns die Frage des Tages und nicht nur des Tages sondern des nächsten Jahrzehnts. Es ist diejenige Frage, die die Verwirklichung des nächsten Schrittes der Arbeiterklasse zur politischen Macht in sich enthält. Man verdunkelt sich diese Situation, man lenkt die Aufmerksamkeit von dieser einen alles beherrschenden Frage ab, man schläfert die politische Energie der Bevölkerung ein, wenn man in diesem Augenblick sagt die Bekämpfung des Absolutismus sei die wichtigste Aufgabe des gegenwärtigen Moments. Wir haben keinen Absolutismus in dem Sinn, in dem er in Preussen noch in der Konfliktzeit der sechziger Jahre bestand. Damals hielt der König seinen Minister, entgegen dem ausgesprochenen Willen der Mehrheit des Parlaments. Damals regierte der Minister gegen die ausgesprochenen Wünsche und gegen die ausdrücklich gefassten Beschlüsse der Kammer. Das war Absolutismus; für diese Situation hat das Wort seinen vernünftigen Sinn. Auch als Wilhelm II. den Fürsten Bismarck entliess, war dieser Akt wiederum lediglich seinem persönlichen Willen und seinem persönlichen Gegensatz gegen den Kanzler entsprungen. Man kann auch das noch Absolutismus nennen, obgleich formell kein Punkt der Verfassung dabei verletzt worden ist. Aber was wir heute erlebt haben, zeigt ein ganz anderes Gepräge, zeigt, dass die konservativ-klerikale Mehrheit über Kanzler, Kaiser und Bundesrat gleichzeitig gesiegt hat. Es ist sinnlos diese Situation mit dem Wort *Absolutismus* bezeichnen zu wollen. Und es ist geradezu gefährlich, weil es den politischen Sinn der Bevölkerung einschläfert anstatt ihn zu wecken. Gegen den Absolutismus könnte nur eine Revolution helfen. Und da eine solche im heutigen Deutschland wohl ferner ist als je, so wirkt die Konstatierung des Absolutismus nur in dem Sinn, dass die grosse Mehrzahl der Bevölkerung murrend und resignierend sich in das Unvermeidliche fügt. Lautet aber die Parole, dass es eine parlamentarische Mehrheit zu stürzen gilt, so ist es möglich, dass wir bei den nächsten Reichstagswahlen auf der ganzen Linken die Entschlossenheit und das Verständnis gewinnen, die zu einer solchen Aktion Voraussetzung sind, die aber auch ihren Erfolg garantieren.

Es wird manchem unter uns schwer sein, nachdem er sich ein Menschenalter hindurch über die unfertigen und scheinkonstitutionellen Zustände in Deutschland beklagt hat, auf einmal die Tatsache zuzugestehen, dass wir, ohne es selber zu merken, an ein parlamentarisches Regiment herangekommen sind. Aber es ist nun einmal in der Geschichte nicht anders. Es ist eine irriige Annahme, dass alle politischen Umwälzungen nur in grossen, dramatisch bewegten, weithin sichtbaren Aktionen verliefen. Vielleicht kann man sogar sagen, dass nur die Minderheit grosser Umwälzungen sich in diesen Formen vollzieht. Jedenfalls haben wir die Tatsache vor uns, dass der Anfang des Parlamentarismus in Deutschland auf leisen Sohlen ganz wie von selber gekommen ist, ja sogar in einem Augenblick kam, wo die demokratischen, konstitutionellen

Parteien ihn nicht einmal wünschten. Das darf uns nicht hindern zuzugestehen, dass, rein formalpolitisch betrachtet, hier ein gewaltiger Fortschritt liegt. Was heute den anderen geglückt ist, wird bei einer anderen Zusammensetzung der Mehrheit auch uns nicht unmöglich sein. Wenn es wahr ist, dass der Bundesrat auch Igel verschluckt, um zu seinem Geld zu kommen, so würde er trotz seiner heutigen Proteste auch eine Reichserbschaftssteuer nach englischem Muster nicht ablehnen, wenn sie ihm 500 Millionen Mark einbringt, und wenn er die Unmöglichkeit einsieht durch eine Reichstagsauflösung zu einer anderen Steuer zu kommen, die ebensoviel liefert. Es ist nur eben die Frage, ob es möglich ist für eine solche Steuer im Parlament eine Mehrheit zu finden, die mit der selben rücksichtslosen Entschlossenheit vorgeht wie die jetzige Mehrheit es tat, und die ausserdem die übergrosse Mehrzahl der Bevölkerung hinter sich hat. Diesen Zustand zu schaffen, das muss immer wieder gesagt werden, ist das politische Problem, vor dem wir stehen.

Fürst Bülow geht, weil er mit den Konservativen in Konflikt kam. Er legt Wert darauf diese Tatsache so scharf und so eindringlich wie möglich zu sagen. Nicht nur das Interview, im *Hamburgischen Korrespondenten*, nicht nur seine Reichstagsrede vom 16. Juni sondern auch der Artikel, den sein Nachfolger in der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* nach seinem Abgang erscheinen liess, sprechen diesen Tatbestand rückhaltlos aus und suchen die von der konservativen Presse geübte Verschleierung zu zerstören. Auch die Sprecher der jetzigen Majorität haben in der Schlussdebatte des Reichstags über diesen Sachverhalt keinen Zweifel gelassen. Sowohl die Konservativen wie das Zentrum haben ihre bedeutendsten politischen Führer erklären lassen, dass sie den Sturz Bülows gewollt haben, weil er die Liberalen bei der Regelung der staatlichen Fragen in Deutschland heranziehen wollte. Nun ist ja im Ernst von einer liberalen Regierung des Fürsten Bülow gar keine Rede; er selbst würde das Wort *liberal* auf das lebhafteste ablehnen. Gar von der Anschauung eines Demokraten und Sozialisten aus mag die Nuance, die zwischen Bülow und seinen früheren Genossen zum Bruch geführt hat, beinahe verschwindend klein erscheinen. Dennoch ist es falsch solche Nuancen aus agitatorischen Motiven zu übersehen und zu verwischen. Die Regierung des Fürsten Bülow beweist, dass ein extrem agrarisches Regiment im heutigen Deutschland auf die Dauer unmöglich ist. Bülow hat den Versuch machen wollen ohne Bruch und in sanfter Schonung der konservativen und rein agrarischen Traditionen dem industriellen und kaufmännischen Element einen stärkeren Anteil an der Regierung zu schaffen. Das ist nicht Liberalismus. Aber es hat Konsequenzen in sich, die mit Notwendigkeit zur Modernisierung und Demokratisierung des Staatswesens führen. Insofern lag sein Versuch auf der Linie, auf der auch unsere Ziele liegen. Freilich liegen diese Ziele unendlich viel weiter als das, was Bülow erstrebte. Ist das ein Grund den Mann zu verspotten, der die Entwicklung der Dinge wenigstens einen Schritt weit in die auch von uns gewünschte Bahn hineindrängen wollte?

Der Versuch, an dem Bülow gescheitert ist, ist schon dreimal vorher in der deutschen Geschichte gemacht worden, jedoch nur einmal mit Erfolg. Als ersten Versuch dieser Art wird man jene liberale Ära der Jahre 1858 bis 1861 ansprechen dürfen. Die Männer, die ihn machten, waren von Haus aus Konservative und Junker, aber sie hatten aus der Geschichte der fünfziger Jahre

gelernt, dass ein einseitig reaktionäres Parteiregiment selbst im damaligen Preussen auf die Dauer nicht möglich war, weil es die auswärtige Politik und das wirtschaftliche Gedeihen des Landes zu sehr erschwerte. Der Versuch musste scheitern, weil ihm die parlamentarische Gruppe gefehlt hat, auf deren Instinkt zur Macht er sich hätte stützen können. Dann hat Bismarck in seiner liberalen Periode von 1867 bis 1877 trotz seiner konservativen Vergangenheit mit der nationalliberal-fortschrittlichen Mehrheit des Reichstags und des preussischen Landtags ein Stück Modernisierung und Industrialisierung des Staatswesens durchgeführt. Es geschah im lebhaftesten Kampf gegen die Konservativen. Und doch ist der Mann, den der Zwang der Verhältnisse in diesen Gegensatz brachte, für seine Person zeitlebens ein konservativer Junker geblieben. Das drittemal hat dann Caprivi die selbe Aufgabe noch einmal versucht. Auch er ist zeitlebens persönlich aus der konservativen Gedankenwelt nicht herausgetreten, wie das sein Eintreten für die preussische Schulvorlage beweist. Gleichwohl ist der Name *Caprivi* für jeden Konservativen beinahe so schlimm wie *Demokrat* oder *Sozialist*. Und auch Caprivi ist gescheitert, weil ihm die zuverlässige Mehrheit im Parlament gefehlt hat.

Als Bülow die Reichskanzlerschaft übernahm, sind die Agrarier ihm zunächst mit Misstrauen und bald mit offener Feindschaft entgegengetreten. Es waren die Tage, da der Abgeordnete Hahn auf der Generalversammlung des *Bunds der Landwirte* mit beabsichtigtem Versprechen vom gegenwärtigen Kanzler als vom »Reichskanzler Caprivi« sprach und auf berichtigende Zurufe aus der Versammlung hin entschuldigend bemerkte: »Na, einer ist ja bald so schlimm wie der andere.« Oder da der selbe Abgeordnete in den Wandelgängen des Reichstags den Zentrumsabgeordneten Szmula bat: »Befreien Sie uns doch von der grässlichen Flotte.« Die Stimmung im agrarischen Lager ist erst umgeschlagen, als Bülow der kompakten Dreiviertelmajorität des Reichstags entgegenkam und einen Zolltarif mit erhöhten Minimalzöllen für Getreide einbrachte. Jetzt lesen wir in der *Frankfurter Zeitung* die Meldung, Fürst Bülow habe bereits im Frühjahr 1903 privatim erklärt, er habe den Antrag Kardorff nur schweren Herzens zur Grundlage seiner Aktion genommen, habe aber gegenüber der Obstruktion der Sozialdemokratie und der dadurch gereizten Stimmung des Kaisers nicht anders gekonnt. Also schon damals muss er, wenn diese Erzählung auf Wahrheit beruht, das Gefühl gehabt haben, dass er dem einseitig konservativen Parteigeist eine zu starke Konzession gemacht habe. Und wiederum drei Jahre später war er sich über die Konsequenzen seiner Haltung so klar, dass er, wie der selbe Berichterstatter erzählt, lachend bemerken konnte: »Ja, Verehrtester, ich sterbe auch noch einmal als Liberaler, und auch die *Frankfurter Zeitung* wird mir einen anerkennenden Nekrolog schreiben müssen.« Das war natürlich ein Scherz. Aber er beweist doch zur Genüge, wie der Zwang, der in den Dingen selber liegt, auch den agrarischen Kanzler dazu geführt hat mit Bewusstsein als Gegner der Konservativen sein Amt zu verlassen. Und wenn Bülow nun Gelegenheit nimmt seinen Zorn gegen die früheren Freunde mit einer in Deutschland ganz ungewohnten Rückhaltlosigkeit auszusprechen, wenn er sie für alle Schäden verantwortlich macht, die aus der Vereitelung seiner rechtzeitig einlenkenden und vermittelnden Politik in Zukunft erfolgen könnten, wenn er ihnen das drohende Wort *Bei Philippi sehen wir uns wieder!* zuruft, so ist mit alledem wenigstens das eine

endgültig klar gestellt, dass er gehen musste, weil er nicht mehr ganz und im einseitigsten Sinn konservativer Parteimann sein wollte, und doch für eine andere Politik keine Mehrheit im Parlament fand.

Durch das Schicksal Caprivis und Bülows ist damit wohl endgültig erwiesen, dass die Modernisierung des deutschen Staatswesens nicht mehr von oben gemacht werden kann. In Österreich ist es noch möglich gewesen, dass eine verfahrenere Situation des Staats dadurch gelöst werden konnte, dass die Regierung selbst im Einverständnis mit den ausserhalb des Parlaments stehenden Massen aus eigener Initiative die Demokratisierung des Staates in die Hand nahm. In Deutschland, das seit mehr als einem Menschenalter das allgemeine Wahlrecht bereits besitzt, wird eine solche Initiative seitens der Regierung, selbst wenn sie überhaupt denkbar wäre, nicht durchgeführt werden können. Die Versuche dieser Art, die man gemacht hat, sind an der fehlenden parlamentarischen Mehrheit gescheitert. Wenn aber diese Mehrheit einmal vorhanden ist, so wird sie sich die Demokratisierung auch von selber erzwingen, ohne dass es einer besonderen Initiative der Regierung dazu bedarf. Das Problem der Politik in demokratischem Sinn bleibt daher immer wieder die Schaffung eines Parlaments, in dem die Linke die Mehrheit hat.

Es wäre natürlich das Schönste, wenn wir sagen könnten, dass wir Sozialdemokraten, allein auf die Arbeiterbevölkerung gestützt, diese Mehrheit erringen werden. Wer die Dinge kennt, wird das aber für lange Zeit hinaus für eine utopistische Hoffnung halten. Natürlich können wir damit rechnen die Zahl der Abgeordneten, über die wir heute verfügen, in absehbarer Zeit auf das Doppelte und Dreifache zu vermehren. Damit aber wird die Majorität im Parlament noch nicht gewonnen. So müssen wir ausserdem damit rechnen, dass wir bei den nächsten Wahlen nicht nur unsere Fraktion sondern die Linke in ihrer Gesamtheit verstärken, trotz aller scharfen Gegensätze, die zwischen uns und den Freisinnigen oder gar zwischen uns und den Nationalliberalen bestehen. Wir haben aus dem Beispiel des Blocks der letzten Wochen gelernt, dass auch Konservative und Polen, so schroff sie sich gerade in den Lebensfragen der polnischen Nation gegenüberstehen, zu zielbewusster und energischer Aktion sich vorübergehend zusammenschliessen vermochten. Man soll vom Gegner lernen, zumal dann, wenn man von diesem Gegner eben besiegt worden ist. Die politischen Zustände in Deutschland werden erst dann gesunden, wenn man es gelernt hat, trotz aller bleibenden Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien, auch auf der Linken zu ähnlich durchgreifenden und rücksichtslosen gemeinsamen Aktionen für bestimmte Fragen zu kommen.

XX
**AUGUST ERDMANN · GÄRUNGEN IM KLRI-
 KALEN LAGER**

RECHT interessante Streiflichter auf die Gegensätze im Zentrums-
 lager wirft die Tatsache, dass am Dienstag nach Ostern in Köln
 eine Besprechung von 10 Zentrumsmännern stattgefunden hat, über
 die erst nachträglich, und zwar zunächst von unbeteiligter Seite,
 Näheres bekannt geworden ist. Am 23. Juni teilte die *Kölnische*
Volkszeitung mit, dass am 13. April in Köln 10 Herren eine geheime Zusammen-

kunft abgehalten hätten. Unter den Teilnehmern wurden zwei Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstags, ein Mitglied der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses, ein Domherr einer norddeutschen Diözese, ein rheinischer Religions- und Oberlehrer, zwei Redakteure von Zentrumsblättern und zwei jüngere Geistliche genannt. Das rheinische Zentrumsblatt liess sich folgendermassen aus:

„An jenem Osterdienstag hat man hier in Köln so etwas wie ein oberstes Wächteramt über den Katholizismus in Deutschland eingerichtet, den jene 10 Herren für bedroht erachten. Der Episkopat, der Klerus und die Volksmassen sollen über diese angebliche Gefährdung des Katholizismus und seiner Reinheit durch Wort und Schrift aufgeklärt werden. Ein Aktionsprogramm unter den Herren wurde festgestellt, die Rollen für die Ausführung, für die Tätigkeit in Versammlungen und in der Presse wurden verteilt. Für die Verbreitung der Ideen wurden zwei Zeitschriften und eine Anzahl Tagesblätter in Aussicht genommen.“

Darauf hat dann in der *Germania* vom 25. Juni einer der Beteiligten, Rechtsanwalt Dr. Bitter, Reichstagsabgeordneter für Osnabrück, das Wort ergriffen und mitgeteilt, dass in der Tat am Dienstag nach Ostern in Köln eine Versammlung katholischer Männer stattgefunden habe, die sich auf folgende zwei Leitsätze einigte:

„1. Das Zentrum ist eine politische Partei, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat die gesamten Interessen des Volks auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten.“

2. Der *Volksverein für das katholische Deutschland* bedarf wegen seiner grossen Bedeutung für das katholische Leben eines engeren Anschlusses an den Episkopat.“ Dr. Bitter teilt dann weiter mit, dass die Frage nach dem konfessionellen oder interkonfessionellen Charakter der christlichen Gewerkschaften „bei der Beschlussfassung“ ausdrücklich ausgeschlossen worden sei; was wohl heissen soll, dass man die Frage der Gestaltung der christlichen Gewerkschaften nur erörtert, aber von einem Beschluss abgesehen hat. Die *Kölnische Volkszeitung* ist der Meinung, dass „die ganze Aktion bedeutungslos ist und bleiben wird“; dagegen versichert Dr. Bitter:

„Die Anschauungen der Versammlung decken sich mit den Anschauungen der überwiegenden Mehrzahl des katholischen Volks, und die Bestrebungen der Versammlungsteilnehmer haben nach guter Information des Unterzeichneten die Sympathie des gesamten deutschen Episkopats für sich.“

Man versteht das Bemühen der *Kölnischen Volkszeitung* die Sache als belanglos, als die Angelegenheit einiger Eigenbrödler, hinzustellen. Ist das rheinische Zentrumsblatt doch der Hauptvertreter jener Bestrebungen, die von den Herren Bitter und Genossen bekämpft werden. Von jeher hat die *Kölnische Volkszeitung* darauf Wert gelegt zu betonen, dass das Zentrum eine politische, keine konfessionelle, also ausschliesslich katholische Partei sei; ihr politischer Leiter, Justizrat Dr. Bachem, liess im März 1906 den Artikel mit dem bekannten Ruf *Wir müssen aus dem Turm heraus!* erscheinen, und immer wieder hat das genannte Blatt dem Zentrum vorgehalten, dass die Partei die konfessionelle Abgeschlossenheit aufgeben und an den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen der Zeit mit grösserem Eifer und freierem Sinn teilnehmen solle. Das ist nicht etwa die persönliche Liebhaberei des Herrn Dr. Bachem, sondern es begreift sich aus den Verhältnissen, mit denen das städtische Zentrum im Westen, namentlich im fortgeschrittenen Rheinland zu rechnen hat. Mit dem politischen und geistigen Aufwand, der in der Oberpfalz oder in Allenstein-Rössel zureicht, erobert sich das Zentrum im Rheinland weder in der Politik noch im Wirtschaftsleben die Stellung, nach der es

strebt, und wenn der Ruf eines andern Mitglieds der Familie Bachem *Wir müssen mehr katholische Kommerzienräte haben!* Gehör finden soll, dann geht das nur dadurch, dass das Zentrum *aus dem Turm heraustritt*, sich mit dem wirtschaftlich starken Gegner, statt sich von ihm abzuschliessen, in tätigen Wettbewerb begibt und die Geschäfte macht, wie sie fallen, ohne den Kunden oder den Teilhaber nach seiner konfessionellen Reinheit zu fragen. Und es begreift sich auch, dass das Zentrum im industriellen Westen die Arbeiten des *Volksvereins* und besonders dessen letztes Werk, die christlichen Gewerkschaften, begünstigt. Sein Stolz ist der Besitz der Reichstagsmandate in den grossen Städten des Westens; solange es diese hat, kann es bei seinen Anhängern noch das Ansehen als *Volkspartei* geniessen, das aber in dem Augenblick verloren ist, wo es nichts als nur noch ländliche Wahlkreise hat. Der städtische Besitz des rheinischen Zentrums ist aber durch die Sozialdemokratie seit langem bedroht, die dem schwarzen Gegner langsam zwar, aber sicher und stetig, nahe und näher rückt. Der Anheimfall der Städte des Westens an die Sozialdemokratie kann zwar nicht auf alle Zeit verhindert, aber er kann doch hinausgeschoben werden, und dazu dient dem Zentrum der *Volksverein* mit seinen Versammlungen, seinen Flugschriften, seinen Kursen, seinen Arbeitervereinen, seinen christlichen Gewerkschaften.¹⁾ Selbstverständlich geht es hierbei nicht mehr mit dem Abschliessungssystem, das man bisher bei den katholischen Arbeitern übte; sie müssen politisch und sozial geschult, sie müssen ins Leben geführt, sie müssen dem Gegner näher gebracht werden, um ihn bekämpfen zu können; sie müssen schliesslich auch dahin kommen ihre wirtschaftlichen Interessen ohne konfessionelle Beschränktheit, vom Klassenstandpunkt aus, aufzufassen. Dabei mag denjenigen, die diese Bewegung befördern, manche Nebenerscheinung nicht lieb sein, immerhin muss man zugestehen, dass der *Volksverein* — wenn letzten Endes seine Arbeit auch der Sozialdemokratie zu gute kommen muss — doch dem Zentrum im Westen wesentliche Dienste geleistet und manchen Arbeiter beim Zentrum gehalten hat, der ohne München-Gladbacher Einwirkung heute schon im andern Lager sässe. Das Zentrum im industriellen Westen weiss also genau, warum es *aus dem Turm heraus* will, weshalb es den *Volksverein* und die christlichen Gewerkschaften begünstigt. Aber nicht das gesamte Zentrum hat das gleiche Interesse, nicht einmal das gesamte Zentrum im Westen. Im kleinbürgerlichen Trier und seinem bäuerlichen Hinterland, wo es weder Liberale noch Sozialdemokraten gibt, denkt man anders als in den leitenden Zentrumskreisen in Köln, Düsseldorf und Essen, und in Münster denkt man ebenfalls anders als in Dortmund und Bochum, ganz abgesehen von weiterliegenden Zentrumsgebieten im Süden und Osten, wo noch viel weniger Verständnis für die rheinischen Gelüste vorhanden ist. Und nun gar die Kirche, der das Prinzip, die Reinheit des Glaubens, die Bewahrung der Masse vor Selbständigkeit und Begehrlichkeit, über alles geht, die *Modernismus* in allem wittert und alles fürchtet, was am Bestehenden ändert und neuen Bedürfnissen entgegenkommt: sie muss sich auch hier ihrem Wesen und ihrer Überlieferung gemäss ablehnend verhalten, und aus diesen Gründen heraus darf sich, wie mir scheint, Dr. Bitter darauf berufen, dass er und seine Gesinnungsgenossen nicht nur die überwiegende Mehrzahl der Katholiken sondern auch den gesamten Episkopat auf ihrer Seite haben.

¹⁾ Siehe meinen Artikel *München-Gladbach* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 2. Band, pag. 793 ff.

In namhaften Organen des deutschen Klerikalismus, namentlich in den alten und angesehenen *Historisch-politischen Blättern*, begegnet man in letzter Zeit vielfach Klagen über die Hinneigung zur *modernen Religion*, die sich unter dem katholischen Volk immer mehr ausbreite. In einem Artikel, der unter dem Titel *Religion in Theorie und Praxis* Anfang Februar in der genannten Zeitschrift erschien, wird diese *moderne Religion* als eine »Art von Gefühlschwärmerei, eine gehobene, festtägliche Stimmung, eine Begeisterung für Ideale, für alles Schöne in Natur und Kunst« geschildert; man könne begreifen, dass eine solche Religion »viele Anhänger hat, denn es lässt sich bequem und behaglich mit ihr leben; sie ist Privatsache und nicht berufen eine Rolle im Gesellschaftsleben zu spielen«. Und leider, so meint der besorgte Verfasser, habe es den Anschein, dass »auch im katholischen Volksteil derartige Religionsauffassungen immer mehr an Boden gewinnen«. Nun würden die kirchlichen Glaubensmächte über die *moderne Religion* nicht gar so erbittert sein, wenn sie die Liebhaberei eines kleinen Kreises bildete, aber sie sehen die Massen von ihr bedroht, und der *Volksverein für das katholische Deutschland* erscheint ihnen als der Übeltäter, der durch die Hinlenkung der Arbeiter auf die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen, durch seine Förderung der interkonfessionellen Gewerkschaften die Massen vom wahren Glauben abführt. Ende des vorigen Jahres nahmen sich die *Historisch-politischen Blätter* das von der Zentralstelle des *Volksvereins* herausgegebene Verzeichnis sozialer Literatur vor; sie erwähnen eingangs die gegenwärtig herrschende Strömung zur Interkonfessionalität der Organisationen und stellen fest, dass auch der *Volksverein* von derartigen Bestrebungen nicht fern geblieben sei. Dann heisst es, von einem Verein für das katholische Deutschland erwarte wohl jeder, dass er an erster Stelle und mit Vorzug katholische Literatur empfehle und verbreite. An diesen Grundsätzen habe auch das München-Gladbacher Verzeichnis in den früheren Auflagen festgehalten. In der jetzigen Auflage wehe ein anderer Geist.

»Die empfohlenen Werke rühren zum weit überwiegenden Teil von Protestanten und Sozialdemokraten her, und von katholischen Werken werden nur solche sichtlich bevorzugt, die nicht allzu *ultramontan* sind sondern sich in der Richtung bewegen, die ängstlich jedes starke Betonen des konfessionellen Gedankens zu vermeiden sucht. . . Man bekommt überhaupt fast den Eindruck, dass die Verfasser des Verzeichnisses im Interesse der *Objektivität* und *Parität* das spezifisch Katholische in den Hintergrund schieben und ignorieren. Wer soll das begreifen?»

Der *Volksverein*, so heisst es zum Schluss, sei eine gewaltige Armee, die von der Zentralstelle in München-Gladbach mit fast souveräner Gewalt geleitet werde. Die Zentralstelle sei zu einer wahren Grossmacht geworden, mit der alle katholischen Kreise, bis hinauf zu den höchsten, heute schon rechnen und in Zukunft wahrscheinlich noch mehr rechnen müssten. Deshalb bestehe für die Katholiken »das Recht, ja die Pflicht, darauf zu achten, dass die Zentralstelle in München-Gladbach nicht etwa in interkonfessionelle Bahnen lenke, die schliesslich den deutschen Katholiken zum Nachteil, um nicht zu sagen: zum Verderben, gereichen könnten«.

Seit der Zeit haben die Angriffe auf den *Volksverein* nicht aufgehört. Ausser den *Historisch-politischen Blättern* beteiligte sich die in Köln erscheinende *Apologetische Rundschau* daran. Die letztgenannte Zeitschrift erblickt in der München-Gladbacher Zentralstelle des *Volksvereins* den »Herd einer ganz eigenen Auffassung des katholischen Gedankens«, München-Gladbach sei »eine

Schule geworden, auf die ein bestimmter Geist sein festes Siegel geprägt habe: die christlichsoziale Demokratie; dieser eigenartige Geist kümmere sich wenig um Theologie und Kirchenrecht, er schaffe »nicht so sehr soziale Pioniere des katholischen Gedankens als katholische Pioniere der Volkswohlfahrt«, und der junge in diesem Geist erzogene Klerus »wächst hinein in die Pfarrämter und trägt den Geist seiner Schule mitten hinein in das kirchliche Leben«. Es müssten Garantien geboten werden, dass München-Gladbach »den tiefen und weiten Einfluss seines Programms in engerem Anschluss an die kirchliche Hierarchie vollzieht«: eine Forderung, die vorher schon die *Historisch-politischen Blätter* erhoben und genauer formuliert hatten, indem sie für die Bischöfe das Recht beanspruchten »zum mindesten im Vorstand einen Platz zu haben, an der Leitung dauernd und entscheidend teilzunehmen«. Die Selbständigkeit des *Volksvereins* und die Art seines Vorgehens gefällt den Bischöfen nicht. München-Gladbach gilt ihnen als der Sitz der *christlichen Demokratie*, die in Italien bereits der Verurteilung durch den Papst verfallen ist; in München-Gladbach wird der *moderne Katholizismus* (ein gelinder Ausdruck für Irrglaube) gepflegt; von hier aus wird die *Interkonfessionalität* gepredigt, die in den Augen der Rechtgläubigen den Anfang vom Ende der wahren Religion bedeutet. Im Zusammenhang der Dinge wird man auch einsehen, dass das Fuldaer *Pastorale* vom Jahre 1900 etwas mehr bedeutet als die Verurteilung der christlichen Gewerkschaften, dass es sich letzten Endes gegen den *Volksverein* richtete, der die christlichen Gewerkschaften gegründet, ihnen ihr Programm gegeben und sie auf die Interkonfessionalität — im konfessionell gemischten Industriebezirk des Westens übrigens die einzig mögliche Form der Organisation — verpflichtet hatte. An der Zentralstelle des *Volksvereins* in München-Gladbach ist das Vorgehen der Bischöfe gegen die christlichen Gewerkschaften und die sich daraus ergebende Begönnerung der katholischen Arbeitervereine mit ihrer Fachabteilungsbewegung nie anders gewürdigt worden als dass es sich dabei um einen Feldzug gegen den *Volksverein* handle. Die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), die namentlich die Gunst des Bischofs Korum von Trier und des Fürstbischofs Kopp von Breslau genossen, stellen sich in offenen Gegensatz zu den vom *Volksverein* beeinflussten Arbeitervereinen Westdeutschlands. Sie dulden in ihren Gebieten nicht die Literatur des *Volksvereins*, dem dort überhaupt in jeder Beziehung, auch von den Geistlichen, Hindernisse bereitet werden, so dass der Abgeordnete Giesberts wohl recht hat, wenn er in einer jüngst erschienenen Schrift bemerkt, dass die von namhaften Bischöfen begönnernten Arbeitervereine der Berliner Richtung »systematisch darauf ausgehen den *Volksverein für das katholische Deutschland* zu ersetzen.«²⁾

Kardinal Fischer hat nun zwar bei einem Besuch in München-Gladbach den Herren von der Zentralstelle einige tröstende Worte gependet, er hat sie ermutigt in der bisherigen Weise weiter zu arbeiten, und er hat es eine *Verleumdung* genannt, dass der *Volksverein* »in Gegensatz oder in Feindschaft gegen den Episkopat stehe«, womit allerdings nicht bestritten oder gar widerlegt ist, dass der Episkopat in Gegensatz oder in Feindschaft zum *Volksverein* steht. Ausserdem lässt es sich verstehen, dass Kardinal Fischer dem rheinischen Zentrum, dessen Bestand vom *Volksverein* abhängig ist, schon mal gefällig

²⁾ Siehe Giesberts *Friede im Gewerkschaftsstreit?* (Köln 1909), pag. 46.

ist und auch wegen der kirchlichen Weiterungen es nicht gern auf einen offenen Bruch der Bischöfe mit dem *Volksverein* ankommen lässt. In dieser Hinsicht vermag das Zentrum viel. Als das Fuldaer *Pastorale* erschienen war, geriet man in Köln und München-Gladbach in arge Bestürzung; hier wusste man, was die bischöfliche Verurteilung der christlichen Gewerkschaften für die katholischen Arbeiter und für das Zentrum im Westen bedeutete. Genau wie jetzt in München-Gladbach, so erschien damals kurz darauf Kardinal Fischer in einem Kölner Arbeiterverein und sprach einige wohlmeinende Worte über die christlichen Gewerkschaften. Ich traf einige Tage darauf den mir bekannten Redakteur eines Zentrumsblatts und meinte: »Na, da hat der Kardinal ja nett eingelenkt.« »Ja«, schmunzelte mein Zentrumsman, »aber erst, als der N. [hier nannte er den Namen eines Politikers aus dem Krëise der *Kölnischen Volkszeitung*] beim *Tünnes* war.« *Tünnes* ist die kölnische Vulgärform für Antonius, und wenn's kein Gesalbter hört, pflegen auch fromme Kölner ihren geistlichen Oberhirten Antonius Fischer mit diesem Kosenamen zu bezeichnen. Allem Anschein nach ist auch in Sachen des *Volksvereins* wieder einer aus Köln oder München-Gladbach beim *Tünnes* gewesen. Jedenfalls stürzen die Trostesworte, die Kardinal Fischer an die Herren von der Zentralstelle des *Volksvereins* richtete, die Tatsache, dass in weiten Kreisen des Zentrums und an hervorragenden Stellen der Kirche die sozialpolitische Tätigkeit des *Volksvereins* übel angesehen wird, ebenso wenig um wie die Versicherung der *Kölnischen Volkszeitung*, dass der durch die Kölner Osterversammlung eingeleiteten Bewegung keine Bedeutung zukomme. Man mag über den *Volksverein* denken wie man will, er hat die katholische Arbeiterschaft, wenigstens im Westen Deutschlands, aufgerüttelt, hat sie sozialpolitisch geschult, hat sie in Arbeitervereinen und Gewerkschaften organisiert, beides Organisationen, die doch um einiges von den *Grosskinderbewahranstalten*, in denen sich ehemals die katholischen Arbeiter genügsam ergingen, verschieden sind. Selbstverständlich geschah das alles nicht aus Arbeiterfreundlichkeit, deren sich der Klerikalismus zu rühmen pflegt, sondern aus dem Zwange heraus sich der Sozialdemokratie zu erwehren. Es geschah, weil es geschehen musste, wenn das Zentrum samt der Kirche ihre Anhänger in den Industriegegenden nicht in aller kürzester Zeit der Sozialdemokratie zum Opfer fallen sehen wollten. Aber die Entwicklung, die diese Dinge im klerikalen Lager genommen haben, ist den edlen Herren der Kirche und der Partei über den Kopf gewachsen; sie sehen in den Einrichtungen und Bestrebungen, die der Sozialdemokratie das Wasser abgraben sollten, nur eine Gelegenheit die rote Flut hoch und höher zu treiben. Ein Jahrzehnt nach der Gründung des *Volksvereins* verdammen die Bischöfe die christlichen Gewerkschaften, München-Gladbachs eigenstes Werk und grössten Stolz. Und das zweite Jahrzehnt ist noch nicht vorüber, da verbietet ein geistlicher Oberhirt, Fürstbischof Kopp von Breslau, dem Direktor Brauns von der Zentralstelle des *Volksvereins* das Abhalten sozialer Konferenzen in seiner Diözese. Was würde der selige Windhorst zu der Behandlung sagen, die dem *Volksverein*, seinem vielgepriesenen *Vermächtnis* an das katholische Volk, zu teil wird?

Ohne Zweifel sind derartige Vorgänge ein Beweis für die Gegensätze im Zentrum, die zwar immer vorhanden gewesen sind, aber zu bedrohlicher Stärke erst gedeihen konnten, als die mancherlei Interessen auch ihre Organisation

und damit das Mittel fanden sich auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet durchzusetzen. Namentlich hat in dieser Beziehung die christliche Gewerkschaftsbewegung aufwühlend gewirkt. Sie lehnte sich zwar an das Zentrum an, schickte ihre Vertreter als Abgeordnete in die Zentrumsfraktionen, um, wie man meinte, hier anregend und fördernd im Sinne der Arbeiterinteressen zu wirken. In Wirklichkeit aber haben jene ultramontanen *Arbeitervertreter* in den Parlamenten durch ihr Verhalten erwiesen, dass im Gefolge einer Partei wie des Zentrums keine Arbeiterpolitik zu machen ist, dass dort das Rückgrat jedes Proletariers gebrochen wird, bei den Giesberts und Schiffer noch schneller und gründlicher als beim alten Stötzel, der als ein aufrechter Kämpfer 1877 den Reichstag betrat, um unter den Fittichen seiner ultramontanen Gönner dann bald alle Stufen und Streiche der volksfeindlichen Zentrums politik durch- und mitzumachen. Die gegenwärtigen Arbeitervertreter im Zentrum haben, wie ihr Verhalten bei der Reichsfinanzreform beweist, bereits mit vielem Geschick die Aufgabe übernommen den katholischen Arbeitern nachzuweisen, wie vergeblich die Hoffnung derjenigen ist, die da meinen, ein Arbeitervertreter könne im Zentrum andere als klerikale, das heisst arbeiterfeindliche Politik treiben. Auch das wird die Gärung im ultramontanen Lager, namentlich nach unten hin, fördern. Und mit der Gärung zugleich die Klärung, die der sozialistischen Arbeiterbewegung zu gute kommen muss.

XX

GERHARD HILDEBRAND · KOLONIALE VERGLEICHE

MERRAINSPEKULATION *en gros* mit den machtpolitischen Mitteln des Staats: so kann man, wenn man will, die Besetzung von Kolonisationsgebieten nennen. Wie die Bodengesellschaften etwa in der Umgebung Gross Berlins oft gar nicht daran denken und daran denken können den erworbenen Besitz sofort zu erschliessen sondern nur darauf ausgehen sich ein zukunftsreiches Gelände zu sichern und dann einfach abzuwarten, bis die Häuserblocks der Grossstadt oder ihre Villenvororte oder eine neue Bahn oder ein Kanal dicht an das Spekulationsobjekt heranrücken und seinen Wert sprungweise erhöhen, so sind auch zahlreiche Kolonisationsgebiete in allen Erdteilen noch heute *Zukunftswerte*, die einstweilen und vielleicht auf lange hinaus brach liegen, bis der stets wachsende Bedarf an Bodenproduktion ihre Erschliessung zweckmässig und selbst notwendig macht. Das Vorhandensein zahlreicher Landreserven dieser Art scheint gerade jetzt von grosser Bedeutung werden zu solien, soweit es sich um die Versorgung des Weltmarkts mit Brotgetreide handelt. Die letzte Hochkonjunktur hatte die Industriebevölkerung übermässig anschwellen lassen, was sich besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika in einem noch nie dagewesenen Mangel nicht nur an Landarbeitern sondern selbst an Farmern zeigte. Das Endergebnis dieser Divergenz war eine Industriekrisis von besonderer Heftigkeit und eine Getreidepreissteigerung von seit langem unerhörter Hartnäckigkeit und Höhe. Die nächsten Jahre werden den Ausgleich durch verstärkte agrarische Siedelung in allen dem Verkehr erschlossenen Getreideproduktionsgebieten bringen. Was sich in dieser Konjunkturperiode mit dem Getreide abspielte, kann sich über kurz oder lang mit der Baumwolle

oder dem Bauholz oder irgend einem andern Agrarartikel wiederholen. Der Ausgleich zwischen Urproduktion und Verarbeitung, Lebensmittelversorgung und Fabrikatversorgung vollzieht sich augenscheinlich ebenso wenig ohne Störungen wie der Ausgleich zwischen Kapitalkraft und Kaufkraft. Litten die Getreideproduzenten Deutschlands früher, und leiden die Kaffeeproduzenten Brasiliens heute daran, dass sich der Markt nicht im Verhältnis zur Produktion erweiterte, so müssen seit der letzten industriellen Hochkonjunktur die Industrieschichten ernstlich damit rechnen, dass die Produktion irgend welcher Nahrungs-, Genuss- oder agrarischen Rohstoffe mit der Aufnahmefähigkeit des Markts zeitweilig nicht mehr gleichen Schritt hält. Hatten die Industriearbeiter während der bisherigen Krisen immer noch den schwachen Trost billiger Lebensmittel, so kann sich von jetzt ab der augenblickliche Zustand wiederholen, dass gerade mit dem Einbruch der Krisis die Zeiten der höchsten Lebensmittelpreise zusammenfallen. Denn jede industrielle Hochkonjunktur bedeutet eine relative Entvölkerung des Landes, also eine Weltkonjunktur um so mehr eine Weltknappheit an Lebensmittelproduzenten je mehr agrarische Produktionsgebiete eigene Industrien entwickeln, die zeitweilig die Bevölkerung an sich saugen. Unter diesen Umständen gewinnt auch die Industriearbeiterschaft notwendig ein erhöhtes Interesse an der Frage der agrarischen Siedelung. Die Zeit ist vorbei, in der die Agrarfragen dem Arbeiter gleichgültig sein konnten; und auch die Fragen der inneren und äusseren Kolonisation werden praktische Bedeutung für die Arbeiterschaft erhalten.

Ist es heute schon möglich festzustellen, welche Bedeutung die wichtigsten Kolonialgebiete Deutschlands, die afrikanischen, in der zukünftigen Weltversorgung mit Agrarprodukten gewinnen werden oder können? Unsere Kolonialpropheten geben sich seit langem die erdenklichste Mühe zu beweisen, dass diese Rolle sehr gross werden könne. In der Sozialdemokratie herrscht umgekehrt ein extremer Pessimismus. In beiden Fällen handelt es sich zweifellos um Übertreibungen, auf der einen Seite mit der Tendenz möglichst viel Geldbewilligungen für die Kolonien herauszuschlagen, auf der andern zu dem Zweck die *grundsätzliche* Gegnerschaft gegen die heutige Kolonialpolitik mit praktisch-rechnerischen Beweisgründen zu unterstützen. Die Bildung eines objektiven Urteils über die Entwicklungsfähigkeit der afrikanischen Kolonien Deutschlands wird uns nun durch den Zufall erleichtert, dass ihnen allen englische Kolonien von wesentlich gleichartiger Struktur benachbart sind, die aber bereits eine ältere Geschichte hinter sich haben. Neben Togo finden wir die britische Goldküste, neben Kamerun British Nigeria, neben dem deutschen das britische Ostafrika und schliesslich, jetzt sogar einschliesslich der Diamanten vergleichbar, neben Deutsch Südwestafrika die Kapkolonie. Angesichts der gewaltigen Ausdehnung des britischen Kolonialreichs wird man nicht annehmen können, dass die hier genannten englischen Kolonien etwa besonders begünstigt, vielleicht gar mit aussergewöhnlichen Opfern der heimischen Steuerzahler künstlich emporgezüchtet seien. Während bei uns allerdings ständig, auch für die Zukunft, die Gefahr vorliegt, dass man eine Art kolonialer Liebesgabenpolitik zu treiben versucht, wäre es für die Engländer unmöglich eine derartige Politik zu finanzieren. Wir besitzen also in den britischen Nachbarkolonien ziemlich zuverlässige Normalbei-

siele afrikanischer Kolonialentwicklung, die einen Vergleich sehr lohnend erscheinen lassen. In der nachstehenden Tabelle gebe ich zunächst eine Übersicht über Grösse und (meistens geschätzte) Bevölkerung sowie Einnahmen und Ausgaben der genannten Kolonien im Jahre 1907, wobei zu bemerken ist, dass Nigeria infolge seines ausgedehnten Hinterlandes möglicherweise noch um 150 000 Quadratkilometer grösser einzuschätzen ist — wie es beispielsweise Professor Juraschek tut — als die amtlichen englischen Angaben besagen, an die ich mich halte.

Kolonie	Grösse Quadrat- kilometer	Einwohner- zahl	Einnahmen Mark	Ausgaben Mark
Goldküste	308 870	1 696 965	14 074 360	12 042 480
Togo	87 200	982 000	1 771 000	1 650 000
Nigeria	802 330	15 000 000	32 591 060	34 346 720
Kamerun	495 600	3 500 000	4 561 000	4 979 000
Deutsch Südwestafrika	835 100	200 000	6 343 000	11 472 000
Kapkolonie	717 387	2 500 000	154 023 840	166 986 320
Deutsch Ostafrika . . .	995 000	7 000 000	7 836 000	11 681 000
Britisch Ostafrika ein- schliesslich Uganda . .	1 033 600	7 500 000	—	—
Britisch Ostafrika aus- schliesslich Uganda . .	—	—	9 495 200	13 833 540

Als Einnahmen sind nur die eigenen Einnahmen der Kolonien ohne die Zuschüsse des Mutterlandes aufgeführt, während bei den Ausgaben der englischen Kolonien diejenigen für öffentliche Arbeiten — einschliesslich Eisenbahnbau —, bei denen der deutschen Kolonien die als einmalig respektive ausserordentlich bezeichneten fehlen. Der Einfachheit halber ist das englische Pfund Sterling hier wie bei den nachfolgenden Angaben in 20 Mark umgerechnet, so dass in Wirklichkeit die englischen Ziffern durchweg um etwa 43 Pfennig auf je 1 Pfund Sterling zu gering angegeben sind. Eine auffallende Parallellität zeigt sich zwischen Deutsch und Britisch Ostafrika, die sich wohl zwanglos aus dem gleichen Alter der beiden Kolonien erklärt und auch durch die nachfolgende Tabelle über den Wert der Ein- und Ausfuhr bestätigt wird, der für das Jahr 1907 angegeben ist.

Kolonie	Einfuhr Mark	Ausfuhr Mark
Goldküste	47 323 900	52 833 480
Togo	6 699 684	5 915 609
Nigeria	88 778 140	84 054 080
Kamerun	17 296 547	15 891 418
Deutsch Südwestafrika	32 395 918	1 615 661
Kapkolonie	309 502 440	325 547 980
Deutsch Ostafrika . . .	23 806 369	12 500 179
Britisch Ostafrika ein- schliesslich Uganda . . .	22 676 080	12 636 580

Diese Tabelle enthält durchweg auch den Wert der Edelmetalle und des Bargeldes, ausser bei der Kapkolonie, wo infolge der eigentümlichen südafrikanischen Handelsstatistik das ganze über Kap gehende Transvaalgold mitgezählt werden müsste, wenn die Edelmetalle mit aufgenommen werden sollten: eine Summe von mehr als 500 Millionen Mark, die das Bild vollkommen verwirren

würde. Auch jetzt noch leiden die Ziffern der Kapkolonie an Mängeln, die sich aus ihrer Lage als Durchfuhrland nach politisch verbundenen Nachbargebieten erklären. Die Einfuhr enthält auch die Überlanddurchfuhr ins Innere von Britisch Südafrika, wohin die gesamte kapländische Überlandausfuhr — also eigene Produktion und Transit — 158 Millionen Mark betrug. Umgekehrt enthält die Ausfuhrziffer zwar alle aus den befreundeten Nachbarbarkolonieen stammenden Werte, soweit sie über Land kommen und zum Export über See gelangen, aber nicht den eben hervorgehobenen Überlandexport ins Innere Britisch Südafrikas. Die Einfuhrziffer der Kapkolonie selbst müsste also schätzungsweise um 75 bis 100 Millionen verringert, die Ausfuhrziffer um ebenso viel erhöht werden. Das gewaltige Ausfuhrplus ist in erster Linie durch die Diamantengewinnung zu erklären, deren Bedeutung für die Ausfuhr in der weiter unten folgenden Tabelle dargestellt ist. Auffallend ist das starke Überwiegen der Ausfuhr auch bei der Goldküste, das sich aus ihrem Goldexport erklärt.

Die Ähnlichkeit der beiden Nachbarbarkolonieen Goldküste und Togo ist wohl am besten daraus zu erkennen, dass sich beide Kolonien aus eigenen Einnahmen erhalten. Das gleiche gilt annähernd für Nigeria und Kamerun. Wenn Nigeria, trotz seines viel höheren Alters als Kolonie, heute noch nicht vollständig zur finanziellen Selbständigkeit gelangt ist, so liegt das wohl in der Hauptsache an der schon erwähnten Ausdehnung des Hinterlands, die noch immer neue Aufschliessungsarbeiten erfordert. Als die Goldküste noch keine Meile Eisenbahn besass, war der Ausfuhrhandel dieser Kolonie längst mehr als doppelt so stark wie der von Togo heute ist. Mitte 1901 wurden die ersten 65 Kilometer Schienenweg eröffnet, Ende 1902 waren 160, seit Ende 1904 sind 270 Kilometer in Betrieb. Mit diesem Jahr schnellte die Ausfuhr auf 27, 1905 auf 33, 1906 auf 40 und 1907 auf 52 Millionen empor, doch spielt gerade bei dem Zuwachs dieser letzten Jahre das Gold eine sehr wesentliche Rolle (1902 2 Millionen, 1903 6 Millionen, 1904 8, 1905 12, 1906 16, 1907 22 Millionen). In Togo sind jetzt rund 340 Kilometer Bahn im Betrieb und im Bau. Nigeria hat ausser dem günstigen Flussweg seit 1902 200, seit 1907 309 Kilometer fertige Bahnen und bekommt jetzt 108 Kilometer hinzu, wofür 1907 eine Anleihe von mehr als 30 Millionen Mark aufgenommen wurde. Die Ausfuhr Nigerias hat sich von 1900 bis 1907 mehr als verdoppelt, war aber ebenfalls vor dem Bau der Eisenbahn schon mehr als doppelt so gross wie es heute die Kameruner ist. Britisch Ostafrika besitzt seit Ende 1898 360, seit Ende 1901 940 Kilometer Schienenwege: bemerkenswert, dass sich trotzdem sein Ausfuhrhandel nicht wesentlich günstiger entwickelt hat als der von Deutsch Ostafrika, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass der deutsch-ostafrikanische Handel durch die englische Ugandabahn bedeutend profitiert hat; mehr als ein Fünftel ging 1907 über die Binnengrenze, das heisst zum wesentlichen Teil über die Ugandabahn. Nach Fertigstellung der jetzt im Bau befindlichen Bahnen wird sowohl Deutsch Ostafrika seine britische Nachbarbarkolonie wie Kamerun das britische Nigeria um je über 100, Togo die Goldküste immer noch um 70 Kilometer Bahnlänge übertreffen.

Doch nun zur Darstellung der wichtigsten Exportwerte der afrikanischen Nachbarbarkolonieen Deutschlands und Englands. Die nachstehende Tabelle gibt an, was die einzelnen Kolonien ausführten.

sagen, worin die gemeinsamen Merkmale aller dieser verschiedenen Genossenschaften bestehen. Man darf mit Fug und Recht die Frage aufwerfen, ob beispielsweise zwischen einem von Arbeitern gegründeten Konsumverein und einer Brennereigenossenschaft, die von Grossgrundbesitzern ins Leben gerufen wird, überhaupt ein innerer ökonomischer oder sozialer Zusammenhang bestehe. Nichtsdestoweniger ist es eine Tatsache, dass das Genossenschaftswesen einen einheitlichen Ursprung hat, dass alle genossenschaftlichen Gebilde aus einer Wurzel hervorgewachsen sind.

Wie bekannt, ist England das Mutterland der Kooperation, was nicht ausschliesst, dass auch in anderen Ländern eine spontane Entwicklung des Genossenschaftswesens stattgefunden hat. Wo immer wir jedoch die Anfänge des Genossenschaftswesens studieren, stossen wir auf die Tatsache, dass Notstände innerhalb der arbeitenden Klassen den Anstoss und die Veranlassung zu den ersten genossenschaftlichen Bildungen gegeben haben. Es lässt sich sowohl für England als auch für Deutschland und die Schweiz die frappierende Tatsache nachweisen, dass die ersten Genossenschaften logisch und tatsächlich die Weiterbildung gewisser gemeinnütziger Unternehmungen und wohlthätiger Anstalten gewesen sind. In England wurden am Ende des 18. Jahrhunderts sogenannte *Antikornmühlen* ins Leben gerufen, die bezweckten der armen und notleidenden Bevölkerung unverfälschtes Mehl zu billigem Preis zu verschaffen. Diese Mühlen entsprangen der Initiative wohlmeinender Fabrikanten und sonstiger Angehöriger der wohlhabenden Klassen. Sie wurden auch von diesen verwaltet. Die Anteile dieser *Subscription Mills* waren so hoch, dass Arbeiter nicht daran denken konnten sich finanziell zu beteiligen. In Deutschland waren die Liedtkeschen *Sparvereine* die Vorläufer der Genossenschaften. Sie gingen darauf aus die arbeitenden Klassen zu veranlassen Rücklagen in Geld zu machen, mit denen dann gemeinschaftliche Einkäufe von Holz, Kartoffeln und anderen Gegenständen des Lebensbedarfs gemacht wurden. Die Anregung zu diesen Sparvereinen ging ebenfalls von wohlmeinenden Leuten aus, die die Spargelder verwalteten und die Einkäufe besorgten sowie die Waren zur Verteilung brachten. In der Schweiz lässt sich das Genossenschaftswesen auf die *Fruchtvereine* zurückführen, die in den vierziger Jahren von humanen Männern gegründet wurden, um den Arbeitern billigen Weizen, teilweise auch billige Kartoffeln, zu beschaffen. Das Wesentliche an diesen gemeinnützigen Veranstaltungen bestand darin, dass sie im Interesse der Konsumenten, speziell der konsumierenden Arbeiter, wirken sollten. Jede Gewinnabsicht war ausgeschlossen. Indessen waren sie kaum als permanente Einrichtungen gedacht. Sie sollten nur über augenblickliche Not- und Missstände hinweghelfen.

Der Geist der Gemeinnützigkeit ist aber nicht identisch mit dem Geist der Genossenschaft. Auch dem letzteren liegt zwar jede Gewinnabsicht fern, jedoch handelt es sich bei den Genossenschaften nicht nur um die Linderung von Übelständen sondern um eine bewusste Änderung ökonomischer Zustände in der Absicht jene Übelstände überhaupt nicht aufkommen zu lassen. Die Genossenschaft wirkt nicht *charitativ* sondern *präventiv*. Sie negiert in einem gewissen Sinn die bestehende Wirtschaftsverfassung, will sie jedenfalls mit Einrichtungen durchsetzen, die die Mitglieder gegen wirtschaftliche Gefahren und Nachteile schützen. Nichtsdestoweniger sehen wir alle genossenschaftlichen Bestrebungen an mehr oder weniger philanthropische Veranstaltungen

gen anknüpfen. Selbst für England lässt sich das nachweisen. Bekanntlich gilt hier Robert Owen als der Vater der Genossenschaftsbewegung. Es wäre jedoch verkehrt zu glauben, dass Robert Owen in irgend einer Periode seines Lebens zielbewusst auf die Gründung und Entwicklung von Organisationen hingearbeitet hätte, die wir heute mit dem Namen *Genossenschaft* bezeichnen. Robert Owen war im Grunde seines Wesens ein philanthropischer Sozialist, ein Mann, der auf grund seiner Erfahrungen als Fabrikbesitzer in New Lanark einen utopischen sozialen Reorganisationsplan entwarf, der in der Gründung von sogenannten *Communities* gipfelte. Diese *Communities* sollten aus 1500 bis 1800 Personen bestehen, die auf einem Grundstück von bestimmter Grösse anzusiedeln seien, und die teils in der Industrie teils in der Landwirtschaft beschäftigt werden sollten. Über den Gedanken mittels solcher sozialistischer Kolonien die Welt umzugestalten ist Robert Owen im Grunde Zeit seines Lebens nicht hinausgekommen. Es ist für seine Stellung zur Genossenschaftsbewegung charakteristisch, dass er dort, wo die Arbeiter auf eigene Faust dazu übergingen Genossenschaften in unserem Sinn zu gründen, diese nicht nur nicht anerkannte sondern sogar prinzipiell verwarf. Er wollte, von seinem Standpunkt mit Recht, nicht zugeben, dass sie in irgend welchem Sinn in Beziehung zu seinen eigenen Plänen ständen, und dass sie für die Schaffung der neuen moralischen Welt von irgend welchem Belang seien. Umgekehrt begeisterten sich die Arbeiter nur in Ausnahmefällen für Owens Projekte, deren utopisch-doktrinären Charakter sie empfanden. Die von Owen befürworteten Kolonien erforderten zu ihrer Begründung und Betriebssetzung relativ gewaltige Kapitalien. Owen forderte für sie ein Kapital von mindestens 1 Million Mark und erklärte sogar bei späterer Gelegenheit, dass sich nur mit etwa 20 Millionen die Sache richtig anfangen lasse. Owen wandte sich denn auch mit seinen Projekten mehr an die Aristokratie und die besitzenden Klassen als an die Arbeiter. Allerdings wurde dort, wo praktische Versuche mit den *Communities* angestellt wurden, versucht eine mehr oder weniger demokratische Verwaltung einzuführen, indes war ihr ganzer Zuschnitt doch ein philanthropischer. Es gelang nicht bei den Beteiligten jenes Gefühl der Einmütigkeit und Selbstverantwortung hervorzurufen, das zum Gelingen derartiger Experimente unbedingt erforderlich ist.

Die Aussichtslosigkeit auf dem Weg und mit Hilfe der Owenschen sozialen Kolonien eine praktische Reform der sozialen Zustände herbeizuführen scheint zuerst von dem Brightoner Arzt Dr. William King eingesehen worden zu sein. Dieser Mann, der in der Geschichte der Genossenschaftsbewegung heute eine noch gar nicht genügend gewürdigte Bedeutung besitzt, fasste den Plan die Arbeiter seines Wohnorts zur Selbsthilfe zu veranlassen und eine Genossenschaft mit weitgehenden sozialen Zielen zu bilden. Es gelang ihm auch im Jahre 1828 eine grössere Anzahl von Arbeitern zu bewegen durch wöchentliche Einlagen in einen gemeinsamen Fonds eine Geldsumme zusammenzusparen, mit der zunächst ein Laden eingerichtet und gemeinsam die notwendigsten Artikel des täglichen Bedarfs eingekauft wurden. Wöchentlich einmal versammelten sich diese Arbeiter zu gemeinschaftlichen Besprechungen und zur Beratung ihres praktischen Vorgehens, wobei Dr. King die Rolle des Raters und Lehrers zufiel. Nachdem man die Summe von 5 Pfund Sterling zusammengesparrt hatte, wurde mit dem Betrieb eines Lebensmittelladens

begonnen. Die Sache liess sich gut an. Der Umsatz wuchs von Woche zu Woche, und immer mehr Arbeiter schlossen sich an. Der Überschuss dieses primitiven Konsumvereins wurde nun nicht verteilt sondern dem Genossenschaftsvermögen zugeschrieben. Es bestand die Absicht dies Vermögen beständig zu vergrössern und es, sobald es gross genug sei, dazu zu benutzen, um einige Mitglieder im Dienst der Genossenschaft, sei es nun als Schuster, Schneider oder Gemüsegärtner, zu beschäftigen. Die leitende Idee bei dieser Genossenschaft war ein gemeinsames Vermögen anzusammeln, um mit seiner Hilfe alle Mitglieder in die Lage zu versetzen für sich selbst respektive für die Genossenschaft zu arbeiten und sie aus dem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber kapitalistischen Unternehmern zu befreien. Zur Propagierung dieser Ideen gab Dr. King die erste wirkliche Genossenschaftszeitung heraus, die unter dem Titel *Co-operator* in Gestalt eines Quartblättchens einmal monatlich vom Mai 1828 bis zum August 1830 erschien. Dank den anfänglichen Erfolgen der Genossenschaft in Brighton und der Propaganda durch Dr. Kings *Co-operator* breitete sich nun diese Genossenschaftsform mit grosser Schnelligkeit in den Kreisen der Arbeiter aus. Nach Verlauf weniger Monate bestanden schon über 70 derartige Genossenschaften in verschiedenen Fabrikstädten Englands. Bis zum Jahre 1832 soll ihre Zahl schon 400 überstiegen haben. Dann freilich kam über diese junge Genossenschaftsbewegung eine schwere Krisis, die sie fast vollständig vernichtete. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, dass wir in den damaligen Gebilden die erste Form wirklicher Genossenschaften vor uns haben. Sie beruhten auf der Selbstverwaltung ihrer Mitglieder und hatten eine demokratische Grundlage. Aus dem Schoss der Mitglieder wurde ein Vorstand wie auch der Ladenhalter gewählt. Der Zweck aller dieser Genossenschaften ging eingestandenermassen darauf aus ein gemeinschaftliches Vermögen anzusammeln, damit allmählich sämtliche Mitglieder beschäftigt werden könnten. Die Losung war *Auf dem Weg der Organisation des Konsums zur genossenschaftlichen Produktion!*

Der Konsumverein und die Produktivgenossenschaft liegen in dieser ersten Genossenschaftsform der Idee nach noch zusammengebetet. Es war ein hohes Ideal, das sich diese Genossenschaften steckten, jedoch zeigte ihr Schicksal, dass die Arbeiter jener Zeit dafür noch nicht reif waren. Infolge des Mangels einer genossenschaftlichen Gesetzgebung erlangten diese Arbeitervereinigungen nicht das Recht der juristischen Person, sie konnten daher auch nicht Rechte erwerben und Verpflichtungen eingehen, die gegebenenfalls rechtlich zu erzwingen gewesen wären. Dieser Umstand führte dazu, dass gegen ungetreue Buchhalter und Kassierer nicht eingeschritten werden konnte. Das führte wieder zu einer allgemeinen Demoralisation und Korruption. Die Tatsache ferner, dass die Mitglieder meistens von der Genossenschaft keinen unmittelbaren Vorteil hatten sondern im Gegenteil wöchentlich an den gemeinsamen Fonds Beiträge leisten mussten, liess das Interesse an diesen Genossenschaften erschaffen. Der individuelle Egoismus kam nicht auf seine Rechnung. Die Genossenschaft war sozialistisch, aber die Arbeiter, die ihre Mitglieder bildeten, waren keine Sozialisten. So scheiterte naturgemäss diese unter dem Namen *Union shops* bekannt gewordene erste Genossenschaftsbewegung in England.

Es ist bekannt, dass die englischen Arbeiter in den vierziger Jahren einen neuen Anlauf zur Bildung von Genossenschaften unternahmen, und dass hier-

bei die Pioniere von Rochdale vorbildlich wirkten. Auch sie stellten als das Ziel ihres Strebens ein grosses genossenschaftliches Ideal auf. Auch sie wollten mit der Genossenschaft die soziale Welt reformieren und mit Hilfe der Genossenschaft schliesslich sogar die politische Macht erobern. Tatsächlich jedoch waren sie genötigt die Verfassung der Genossenschaft dem Egoismus der Genossen besser anzupassen als Dr. King es getan hatte. Sie führten daher das Prinzip ein den erzielten Überschuss in der Hauptsache nicht dem Geschäftsvermögen zuzuschreiben sondern ihn *pro rata* der Bezüge den Mitgliedern zurückzuvorgüten. Hierdurch kam zuerst ein individualistischer Zug in die sozialistisch gedachte und zur Realisierung eines sozialistischen Wirtschaftssystems ersonnene Genossenschaft. Aber gerade durch diesen Kompromiss zwischen sozialistischen, auf Bildung von Gemeineigentum gerichteten Prinzipien und dem Verlangen der Mitglieder nach einem sofortigen individuellen Vorteil wurde die Genossenschaft erst lebens- und entwicklungsfähig gemacht. Das unmittelbare Interesse der Arbeiter wurde befriedigt. Die Verbesserung ihrer Lebenshaltung und dadurch die Anteilnahme breiter Volksmassen an der Bewegung ermöglichte die Berücksichtigung der privatwirtschaftlichen Interessen der Mitglieder, und dieser Umstand hat die Genossenschaftsbewegung in allen Ländern zu dem werden lassen, was sie heute ist. Es liegt auf der Hand, dass die Genossenschaft, die aus dem Geist des Sozialismus geboren war, diesem durch ihre Entwicklung entfremdet wurde, und es ist abermals begreiflich, dass die strengen Anhänger des sozialistischen Prinzips von diesen Genossenschaften lange nichts wissen wollten und von ihnen nichts erhofften. Sie übersahen, dass die natürliche Entwicklung der Genossenschaftsbewegung doch wieder in sozialistische Bahnen einlenken musste. Auch diejenigen Genossenschaften, die der *Dividendenseuche* ihrer Mitglieder unbedenklich Vorschub leisteten, konnten doch nicht so weit gehen den gesamten Überschuss in Gestalt von Dividende zu verteilen; auch sie mussten gemeinsame Fonds anlegen, auch sie wurden in die genossenschaftliche Föderationsbewegung hineingetrieben, die auf die Bildung von nationalen Konsumvereinen in Gestalt von Grosseinkaufsgesellschaften hinauslief. Das Programm, das sich die ersten Konsumvereine in den zwanziger und dreissiger Jahren stellten, nämlich die konsumierten Gegenstände selbst zu produzieren, nahmen die Grosseinkaufsgesellschaften wieder auf. Sie erst gaben den Boden für eine umfassende Organisation der Produktion, weil durch sie allein Waren fabrikmässig und in grossem Massstab erzeugt werden konnten. Damit ergaben sich für die praktische Genossenschaftspolitik nun wieder neue Gesichtspunkte. Hatte man früher lange Zeit den Hauptzweck der Genossenschaften in der Förderung der Privatwirtschaft ihrer Mitglieder erblickt, so erkannte man jetzt, dass die Genossenschaft, besonders in ihrer föderativen Verbindung, eine volkswirtschaftliche Funktion zu erfüllen im stande sei, dass durch sie eine neue Wirtschaftsordnung angebahnt werden könne, wenn planmässig die Organisation der Konsumkraft in den Dienst genossenschaftlicher Produktion gestellt würde.

In der Gegenwart sehen wir diesen Entwicklungsprozess vor sich gehen. Es ist naturgemäss, dass es dabei nicht ohne Reibung und Kampf abgeht. Diejenigen, die in der privatwirtschaftlichen Auffassung des Genossenschaftswesens gross geworden sind, haben Mühe es in seiner heutigen Phase als Faktor sozialer Umgestaltung zu begreifen und zu würdigen. Dennoch schreitet dieser Entwicke-

lungsprozess ungebrochen in allen Ländern vorwärts, und es kann für den objektiven Beobachter kein Zweifel bestehen, dass in nicht allzu langer Zeit die neue Auffassung des Genossenschaftswesens, die im Grunde eine Rückkehr zu den Auffassungen ist, die schon früher im Vordergrund standen, allgemein zum Durchbruch kommen wird.

XX

EDMUND FISCHER · DIE SEXUELLEN PROBLEME



ON jeher sahen sich die Völker gezwungen auf eine Regelung des Sexualverkehrs hinzuwirken, und sie suchten diese gewöhnlich durch Gebote der Religion zu erreichen. Aber das, was man bis vor verhältnismässig wenigen Jahren über das sexuelle Geheimnis wusste, war sehr gering, und deshalb auch das, was zur vernünftigen Regelung des Sexuallebens geschehen konnte. Obgleich das Leben sich früher in viel einfacheren Formen abspielte, kannten schon die ältesten Zeiten die furchtbarsten Schäden, die aus dem Sexualverkehr entsprangen. In dem Masse indes wie das soziale Leben komplizierter wurde, wuchsen auch die sexuellen Gefahren. Allzu viel Positives wissen wir auf sexuellem Gebiet noch nicht, da die Sexualwissenschaft erst ein junger Zweig am Baum der Erkenntnis ist. Aber sie ist auf dem besten Weg sich zu einer grossen selbständigen Wissenschaft, der Sexologie, zu entwickeln und bietet heute schon so viel, dass man ohne ihre Hilfe nicht an die Lösung der sexuellen Frage wird herangehen können. Sie ist es, die gezeigt hat, dass die sexuelle Frage auf viel mehr Gebiete übergreift als nur auf die der Ehe, der Prostitution und der Geschlechtskrankheiten.

Eine vernünftige Regelung des Sexualverkehrs kann nicht lediglich durch eine Umgestaltung des ökonomischen oder des allgemeinen sozialen Zustands bewirkt werden. Sich mit der sexuellen Frage beschäftigen heisst sich mit dem Menschen, mit dessen innerstem Wesen beschäftigen. Die Erkenntnis, dass eine Reihe von sozialen Erscheinungen, wie eine bestimmte Art von Elend, das Verbrechen, die Prostitution usw., nicht lediglich der jeweiligen ökonomischen Struktur der Gesellschaft, den Produktions- und Austauschverhältnissen oder den gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen, überhaupt *naturnotwendig* entspringen sondern ihre Ursachen auch in der verschiedenartigen Beschaffenheit der einzelnen Menschen haben, dass also der Mensch nicht ganz allgemein das Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse ist sondern sich auch umgekehrt soziale Zustände aus dem ureigensten Wesen der Menschen erklären, nimmt mit den Fortschritten der biologischen Disziplinen wieder zu und zwingt auch den Sozialpolitiker sich mehr als bisher mit dem Menschen selbst, mit dessen anthropologischen und physiopsychologischen Eigenheiten zu befassen und diese bei den sozialen Reformen in betracht zu ziehen. Diese Erkenntnis verneint nicht ohne weiteres den Determinismus, sie schliesst auch Marx' Auffassung, dass die Produktionsweise des materiellen Lebens den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt bedinge, nicht gänzlich aus, aber sie schränkt sie ein. Auch Marx und Engels haben die Menschen nicht für Idealwesen von Natur aus gehalten, die nur durch ihre materiellen Lebensbedingungen und ihre Klassenstellung zu antisozialen Handlungen oder einem ihnen selbst verderblichen Lebenswandel kommen. So schrieb Engels:

»Nun liegt es aber schon in der Abstammung des Menschen aus dem Tierreich, dass der Mensch die Bestie nie völlig los wird, so dass es sich also immer nur um ein Mehr oder Minder, um einen Unterschied des Grades der Bestialität respektive Menschlichkeit handeln kann.«¹⁾

Aber die ethische Ungleichheit der Menschen suchte Engels im wesentlichen aus der verschiedenen Klassenlage zu erklären. Bewusst oder unbewusst schöpften die Menschen »ihre sittlichen Anschauungen in letzter Instanz aus den praktischen Verhältnissen . . ., in denen ihre Klassenlage begründet ist: aus den ökonomischen Verhältnissen, in denen sie produzieren und austauschen.«²⁾ Und weiter heisst es bei ihm:

»Eine Einteilung der Menschen . . . in Gute und Böse, Schafe und Böcke, kennt ausser der *Wirklichkeitsphilosophie* [Dührings] nur noch das Christentum, das ganz konsequent auch seinen Weltrichter habe, der die Scheidung vollziehe. Wer soll aber Weltrichter sein in der *Wirklichkeitsphilosophie*? Es wird wohl hergehen müssen wie in der christlichen Praxis, wo die frommen Schäflein das Amt des Weltrichters gegen ihre weltlichen Bocksnächsten selbst, und mit bekanntem Erfolg, übernehmen.«³⁾

Diese Auffassung steht nicht jenseits von Gut und Böse, aber sie erklärt, jede Moral sei eine Klassenmoral. Und in einem anderen Zusammenhang wirft Engels die Frage auf:

»Was für Gründe hat der Proletarier nicht zu stehlen? Für den, der kein Eigentum hat, hört die *Heiligkeit des Eigentums* von selber auf.«⁴⁾

Jede Art des Verbrechen und der Unmoralität, Diebstahl, Raub, Sittlichkeitsverbrechen, Prostitution, Vagabondage, Trunksucht usw., sollten auf diese Art den ökonomischen oder doch den allgemeinen sozialen Verhältnissen entspringen und mussten daher auch einmal mit diesen Ursachen verschwinden. Die Aufgabe war deshalb lediglich andere, bessere ökonomische und soziale Verhältnisse herbeizuführen. Diese Auffassung war gegenüber der christlichen Anschauung von den guten und schlechten Menschen und auch gegenüber der *Aufklärungstheorie*, die alle Ursachen nur auf Unwissenheit, Mangel an Erziehung und Bildung zurückführte, ein wesentlicher Fortschritt, sie führte zu der grossen sozialen Bewegung unserer Zeit und zu der sozialen Gesetzgebung. In ihrer starren Einseitigkeit bedarf sie heute aber einer wesentlichen Korrektur. Schon Engels widersprach sich selbst, wenn er weiterhin schrieb:

»Es gibt freilich auch unter den Arbeitern eine Anzahl, die moralisch genug sind, um nicht zu stehlen, selbst wenn sie aufs Äusserste gebracht werden, und diese verhungern oder töten sich.«⁵⁾

Die Armut führt demnach also doch nicht so ohne weiteres zu der *Klassenmoral*, die das Stehlen gerechtfertigt erscheinen lässt. Und heute wissen wir, dass der Diebstahl aus Not nur in relativ wenigen Fällen vorkommt, und dass zur Erklärung der Verbrechen wie der allgemeinen *Unmoralität*, der *unsozialen* Handlungen der Menschen, die wirtschaftliche oder soziale Lage nicht ausreicht. Engels sprach in seiner Polemik gegen Dühring noch von dem grossen Rückstand der Biologie. Aber seit dieser Zeit haben einzelne biologische Disziplinen, so die Anthropologie, die Physiopsychologie, die Pathologie usw., so zahlreiche und grossartige Forschungsergebnisse geliefert, dass wir die *Moral*

¹⁾ Siehe Engels *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, 2. Auflage (Zürich 1886), pag. 89.

²⁾ Siehe Engels, loc. cit., pag. 81.

³⁾ Siehe Engels, loc. cit., pag. 89.

⁴⁾ Siehe Engels *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* (Leipzig 1845), pag. 145.

⁵⁾ Siehe Engels, loc. cit., pag. 146.

der Menschen auch wo anders als nur in ihrer Klassenlage zu finden vermögen. Seit Lombroso den ersten Anstoss gegeben, hat uns die Wissenschaft über das innere Wesen der Menschen so viel wertvolle Aufschlüsse verschafft, dass uns heute der Verbrecher, die Prostituierte, der Landstreicher usw. in ganz anderer Beleuchtung erscheinen als dies vor einem Menschenalter überhaupt möglich war. Wir wissen also heute, dass es auch unsägliches Elend gibt, für das uns nicht die Sozialwissenschaft, oder wenigstens diese nicht allein, die Erklärung verschaffen kann sondern die Naturwissenschaft. Die Zehntausende von Landstreichern irren nicht ihr ganzes Leben auf den Landstrassen umher, das erbärmlichste Dasein von der Welt führend, das nur durch den Aufenthalt in einem Gefängnis, Arbeitshaus oder Spital zeitweise eine Unterbrechung erfährt, weil sie keine Arbeit finden oder infolge des erlittenen Elends moralisch so gesunken sind, dass sie nicht mehr arbeiten wollen, sondern weil sie — die teilweise sogar wohlhabenden Familien entstammen, eine gute Erziehung genossen, einen tüchtigen Beruf erlernt haben und sich bereits in guter sozialer Stellung befanden —, wie heute durch zahlreiche Untersuchungen feststeht, meistens von Kindheit an geistig minderwertig sind, in vielen Fällen von einem geheimnisvollen Wandertrieb (eine Erscheinung der Geisteskrankheiten) getrieben werden ihr unglückseliges Leben zu führen. Diese geistigen Erkrankungen sind auch nicht auf soziale Einflüsse zurückzuführen, ihnen liegen die verschiedensten Ursachen zu grunde. So wahr es beispielsweise ist, dass Alkoholismus zum Irrsinn führen kann, so steht andererseits durch zweifelsfreie Untersuchungen fest, dass viele geisteskranke Alkoholiker umgekehrt infolge ihre geistigen Defekts Trinker geworden sind. Jedenfalls lässt sich heute die Tatsache nicht mehr bestreiten, dass weder die Vagabondage noch das Verbrechen noch die Prostitution, kurz die grosse Elenderscheinung, die von dem sogenannten *Lumpenproletariat* gebildet wird, sich erklären und mit Erfolg bekämpfen lässt, ohne auch die körperliche und geistige Beschaffenheit der Menschen, aus denen es sich rekrutiert, in betracht zu ziehen. Und deshalb muss heute der Sozialreformer sein Material auch aus jenen naturwissenschaftlichen Disziplinen schöpfen, die sich mit dem Wesen des Menschen beschäftigen, wenn er den richtigen Weg zu sozialen Reformen finden will.

Dem Mangel einer vernünftigen Regelung des Sexualverkehrs, der gesunden Befriedigung des Geschlechtstrieb, entspringt die weitverbreitete Masturbation, dann vor allem die Prostitution, in deren Gefolge die Syphilis und andere venerische Krankheiten über Hunderttausende von Menschen Elend und Verderben bringen, Millionen körperlich schwer schädigen und deren Lebensglück zerstören. Wenn die Prostitution *naturnotwendig* den ökonomischen Verhältnissen entspränge, wäre es zwecklos an ihre Bekämpfung anders heranzutreten als dadurch, dass man ihre ökonomischen und sozialen Vorbedingungen beseitigt. Dann aber wäre die Prostitution, wenigstens für die heutige Zeit, eine notwendige Einrichtung, es wäre ein Widerspruch sie als verwerflich zu bezeichnen und eine grausame Verirrung der Menschen die Prostituierte zu verstossen und zu verachten. Von einer *Klassenmoral* kann hier nicht geredet werden: alle Klassen liefern der Prostitution Angebot und Nachfrage, und alle Klassen stossen die Prostituierte als einen Auswurf der Menschheit von sich; die Arbeiter vielleicht noch mehr als andere. Kein sozialdemokratischer Verein dürfte geneigt sein eine öffentliche Dirne als Mitglied aufzunehmen. Wie

kann man etwas Notwendiges verwerflich finden? Es gibt also doch eine *sexuelle Moral*, die über allen Klassen steht und die Prostitution verwirft. Aber abgesehen von der *Moral*: Die allgemeine Auffassung von der Verwerflichkeit der Prostitution entspringt im wesentlichen der richtigen Erkenntnis, dass sie *antisozial* ist, die Gesellschaft, die Menschheit auf das schwerste schädigt und daher bekämpft werden muss.

Über die ungeheuren Schäden, die die Prostitution am Volkskörper verursacht, liefert jede neue Untersuchung neue erschreckende Belege. Zu der Enquete, die die *Österreichische Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* im Jahre 1908 veranstaltete, äusserte sich von Noorden unter anderem, dass nach einigen Autoren bei zirka 80 % aller Menschen, die schon in mittleren Lebensjahren arteriosklerotisch werden, Syphilis zu grunde liege. Die Zahl sei vielleicht etwas hoch; in der Hälfte treffe sie aber sicher zu. Wenn man bedenke, dass bei Individuen jenseits des 40. Lebensjahrs die Arteriosklerose und die von ihr abhängigen Krankheiten die Mortalität ganz überwiegend beherrschen, so könne man ermassen, welchen enormen Einfluss diese späten Ausläufer einer in der Jugend akquirierten Syphilis auf die Verkürzung der Lebensdauer ausüben.⁶⁾ Und Professor Wagner von Jauregg sagte, man sei jetzt zu der Anschauung gelangt, dass die Syphilis »eine notwendige Vorbedingung der Paralyse sei.«⁷⁾ Da, wie diese Autorität ferner mitteilte, allein in den Irrenanstalten des preussischen Staats sich gegen 3000 an progressiver Paralyse Erkrankte befinden, auch nur etwa 2 bis 3 % der Syphiliskranken diesem Schicksal verfallen, so kann man ermassen, wie verheerend allein die eine — allerdings auch fürchterlichste — der venerischen Krankheiten wirkt. Zwar wird auch Syphilis heute teilweise vollständig geheilt, und Kinder syphilitischer Eltern können bei grosser Vorsicht und guter Pflege sogar von allen Nachteilen verschont bleiben. Aber in den meisten Fällen trifft dies nicht zu, und die Zahl der idiotischen, schwachsinnigen, epileptischen und sonstig zeitlebens kranken Nachkommen syphilitischer Eltern ist sehr gross. Der Brüsseler Arzt Dr. Bayet teilte kürzlich mit, dass von 100 Brüsseler Männern der Arbeiterklasse 26, also ein Viertel, Syphilis akquirieren und auf ihre Familie, auf ihre Frau und bisweilen auch auf ihre Kinder übertragen.⁸⁾ Rechnet man zu alledem noch die Folgen der übrigen venerischen Krankheiten, ferner das Elend der Prostituierten selbst und die Verbrechen, die von den schwachsinnigen, epileptischen und halbidiotischen Nachkommen syphilitischer Eltern begangen werden, dann hat man ungefähr das schaurige Bild, das uns die Prostitution in ihrer ganzen Scheusslichkeit und Schädlichkeit bietet.

Ohne die völlige Überwindung der Prostitution lassen sich die Geschlechtskrankheiten nicht ausrotten. Weder die Kontrolle noch die völlige Freiheit der Prostituierten hat eine Eindämmung der Ansteckungen erzielt. Die Bekämpfung der Prostitution kann auch nicht bei den Prostituierten einsetzen. Es trifft auch nicht zu, was Frau Schlesinger-Eckstein zur Wiener Enquete äusserte:

⁶⁾ Siehe Ehrmann *Die Enquete der Österreichischen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* /Leipzig 1908/, pag. 18 ff.

⁷⁾ Siehe Ehrmann, loc. cit., pag. 26.

⁸⁾ Siehe Bayet *Die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in Brüssel* in der *Zeitschrift für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten*, 1908-1909, pag. 393.

»Was die Prostitution zur Prostitution macht, das sind die Klassengegensätze.«⁹⁾

Die Prostitution hat mit Klassengegensätzen gar nichts zu tun. Fast alle Gesellschaftsklassen sind unter den Prostituierten vertreten, und Männer aus allen Klassen benutzen die Prostitution. Oberkommissar Dr. Baumgarten kam auf grund seiner Untersuchungen zu dem Resultat, dass, so wenig die anthropologische Theorie von der geborenen *donna prostituta* die Prostitution zu erklären vermöge, dies die ökonomische Theorie, die ausschliesslich in den wirtschaftlichen Verhältnissen die Ursachen der Prostitution zu erblicken glaube, ebenso wenig tue. Und er meint, wer die Verhältnisse der grossstädtischen Prostitution kenne, werde zugeben müssen, dass nur der geringste Prozentsatz der Prostituierten anscheinend sorgenlos lebt, während die überwiegende Mehrzahl in unsagbarem Elend schmachtet, das jenes der niedersten Magd oder Tagelöhnerin weit übertrifft.¹⁰⁾ Trotz alledem wollen die Prostituierten nicht wieder zu einem geordneten Leben mit Arbeit zurückkehren. Alle derartigen Versuche, die man auch in Wien unternahm, seien gescheitert.¹¹⁾ Die Lebensverhältnisse von 100 Prostituierten hat Dr. Kyrle untersucht und gefunden, dass von ihnen 34 aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammen, selbst Lehrer und Beamte sind unter den Vätern.¹²⁾

Als Resultat all dieser Untersuchungen drängt sich der Schluss unabweisbar auf, dass sich die Prostituierten aus jenen *geistig minderwertigen psychopathischen* Elementen des weiblichen Geschlechts zusammensetzen, deren männliche Schicksalsgenossen als Säufer und Vagabunden die Landstrassen und Korrektionsanstalten bevölkern oder einen Teil des Verbrechertums bilden. Der Kampf gegen die Prostitution und deren Folgen wird daher auch im wesentlichen durch Einwirkung auf das männliche Geschlecht versucht, das Mittel ist die Aufklärung. Damit hofft man wenigstens der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten entgegenwirken zu können. Die sexuelle Aufklärung ist gewiss von dringender Notwendigkeit. Dr. Magnus Hirschfeld meinte einmal, wer nicht in der Praxis stehe, könne sich kaum vorstellen, wie ausserordentlich die Unwissenheit auf geschlechtlichem Gebiet sei, und er schilderte folgenden Fall:

»Vor einiger Zeit suchte mich ein Mädchen aus guter Familie auf, die unverheiratete Tochter eines Rittergutsbesitzers, in gravidem Zustand mit florider Syphilis. Als ich der Geschichte ihres Leidens nachging, erfuhr ich, dass sie einen Bräutigam hatte, einen Beamten, der ihr gesagt hatte, und zwar ihrer Meinung nach selbst in gutem Glauben, er sei in einer schwachen Stunde zu einer schweren Geschlechtskrankheit gekommen; um diese zu beseitigen, sei es notwendig, dass er mit einem unschuldigen Mädchen verkehre, dies hätte sie ihm geglaubt, und deshalb hätte sie sich ihm hingegeben.«¹³⁾

Dieser fürchterliche Aberglaube war vor zwei oder drei Jahrzehnten noch weit verbreitet, heute dürfte er wohl in dieser krassen Weise nur noch vereinzelt zu finden sein. Aber immerhin ist die Unwissenheit in sexuellen Dingen ganz allgemein ausserordentlich gross, und eine Aufklärung durch Schriften, Vorträge, auch, wie es jetzt geschieht, durch Ausstellungen kann manches erreichen; nicht minder eine entsprechende Erziehung der Jugend in Schule

⁹⁾ Siehe Ehrmann, loc. cit., pag. 223.

¹⁰⁾ Siehe Ehrmann, loc. cit., pag. 132.

¹¹⁾ Siehe Ehrmann, loc. cit., pag. 145.

¹²⁾ Siehe Ehrmann, loc. cit., pag. 198 ff.

¹³⁾ Siehe Hirschfeld *Über Sexualwissenschaft* in der *Zeitschrift für Sexualwissenschaft*, 1908, pag. 5.

und Haus, zu der der Schularzt sehr viel beitragen kann. Aber vor allem ist eine sexualwissenschaftliche Aufklärung derjenigen notwendig, die berufen sind an der Lösung der sexuellen Frage mitzuarbeiten und das sind nicht zuletzt die Gesetzesmacher. Die Art, wie beispielsweise die Frage der Homosexualität im vorigen Jahr in der Presse und in Reichstag behandelt wurde, hat gezeigt, dass die moderne Sexualwissenschaft über den engsten Kreis der Fachgelehrten hinaus noch wenig Beachtung gefunden hat, und dass sexuellen Fragen gegenüber auch unter sonst sehr gebildeten Leuten noch eine Scheu und eine Voreingenommenheit herrschen, die als die grössten Hindernisse der sexuellen Aufklärung und einer gesunden Regelung des Sexuallebens zu gelten haben.

Die Frage der Homosexualität ist ein wichtiger Teil der allgemeinen sexuellen Frage und eine der bedeutungsvollsten Fragen unserer Zeit. Die Zahl der Homosexuellen wird in Deutschland von den Gelehrten auf eine halbe bis eine Million geschätzt. Nach Dr. Hirschfeld soll es in Deutschland 1 200 000 Homosexuelle geben, davon in Berlin allein 65 000. Der Berliner Polizei sind 20 000 Homosexuelle bekannt. Homosexualität kommt auch unter allen Schichten der Bevölkerung in verhältnismässig gleich starker Zahl vor, unter den Frauen wie unter den Männern. Die Geschichte der Homosexuellen weist viele Namen der tüchtigsten und edelsten aller Menschen auf. Es seien hier nur von Künstlern Leonardo da Vinci, Michelangelo, Shakespeare, Molière, Byron, Platen, Lenau, Grillparzer, Graf Schack, Wilde genannt, von den Gelehrten Montaigne, der Altertumsforscher Winckelmann, der Geschichtsschreiber Johannes von Müller, Alexander von Humboldt. Die geistig hervorragenden Frauen waren sogar zum grössten Teil homosexuell, so auch George Sand und Louise Michel. Schon diese Tatsachen zeigen, dass es sich bei den Homosexuellen nicht um verkommene Wüstlinge handelt, die nach einem ausschweifendem Leben, aus Übersättigung, zu der gleichgeschlechtlichen *Verirrung* gekommen sind, wie es im vorigen Jahr auch in vielen sozialdemokratischen Blättern noch zu lesen war. Gerade das für den *normal*, das heisst heterosexuell empfindenden Menschen Unbegreifliche, Unnatürliche, Abscheuliche, dass ein Mann einen andern Mann geschlechtlich lieben kann, sollte zu bedenken geben, dass hierbei unmöglich eine frivole Ausschweifung in Frage kommen kann. Aber ein fleissiges Studium der modernen Sexualwissenschaft muss auch jedermann zu der Überzeugung bringen, dass die homosexuelle Empfindung der Uranier nichts im Leben Erworbenes sondern in ihrer Natur Begründetes ist, dass sie mindestens für ihr gleichgeschlechtliches Empfinden nicht verantwortlich zu machen sind, dass sie auch nicht als Kranke gelten können. Die äussere Gestaltung eines Menschen und die äusseren Kennzeichen seiner Geschlechtszugehörigkeit sind — darüber ist sich die Wissenschaft einig — eben nicht bestimmend für das sexuelle Empfinden, denn dieses hat seinen Sitz im Gehirn. Wie sich das Geschlecht beim Menschen bildet, ist zwar wissenschaftlich noch nicht zweifelsfrei aufgeklärt, aber man nimmt an, dass der Embryo weder männlichen noch weiblichen Geschlechts sei, und dass sich das Geschlecht erst nach einigen Monaten nach der einen oder anderen Seite hin ausbilde. Nach dieser Hypothese soll nun die Entstehung der Urninge auf eine Art Vermischung bei der Geschlechtsentwicklung zurückzuführen sein. Wenn nun aber sämtliche männliche Eigenschaften gelegentlich

vereinzelt oder in grösserer Anzahl bei einem Weib und umgekehrt sämtliche weibliche bei einem Mann auftreten können, so würde es allerdings etwas Ausserordentliches sein, wenn der Geschlechtstrieb hier die einzige Ausnahme bilden sollte. Im Grunde genommen, meint Dr. Hirschfeld, sei jeder Mensch erst durch das ihm innewohnende Mischungsverhältnis männlicher und weiblicher Teile verständlich, selbst im gröberen sei die Verschiedenartigkeit und Menge der Abweichungen so gross, dass alle Versuche die körperlichen und geistigen Zwischenstufen in eine bestimmte Ordnung zu bringen gescheitert seien. Der Vollmann, das Vollweib seien in Wirklichkeit nur imaginäre Gebilde.

»Einen 100prozentigen Mann gibt es nicht, solange noch jeder die Brustwarzenrudimente und den *Uterus masculinus* aufweist, wohl aber einen, der zu 95, 94, 93 usw. % männlich, zu 5, 6, 7 usw. % weiblich ist. Die männlichen Qualitäten nehmen ab, und wir erreichen die Stelle, wo 50 % Männliches und 50 % Weibliches in einem Körper verbunden sind, von nun an überragen die weiblichen Charaktere die männlichen, bis wir ganz allmählich dicht an den Typus des Vollweibes gelangen, an dem vielleicht nur noch die Paradiidymis an den Mann erinnert. Es ist durchaus nicht gesagt, dass ein Individuum, das zu 75 % weiblich, zu 25 % männlich ist, ein *Weib* sein muss, es kann ebenso gut ein *Mann* sein, an dem alles, abgesehen von dem Membrum und seinen Adnexen, weiblich ist.«¹⁴⁾

Selbstverständlich kann man nicht verlangen, dass jedermann diesen Anschauungen auch beipflichtet, die ja noch nicht völlig geklärt sind. Aber die Wissenschaft kennt ausser dieser nur noch die Theorie, dass das homosexuelle Empfinden eine Art suggestiver Erscheinung, und dass demgemäss auch durch Hypnose eine Heilung zu erzielen sei. Ein klarer Beweis von Heilerfolgen liegt aber nicht vor, und die ganze Auffassung hat wenig für sich. Aber auch die Gelehrten dieser Richtung halten von ihrem wissenschaftlichen Standpunkt aus die gesellschaftliche und gesetzliche Verfolgung der Urninge nicht nur für inhuman und grausam sondern auch für widersinnig und schädlich für die Allgemeinheit. Dass die Homosexuellen entartete Wüstlinge seien, wird von keinem Sachkenner angenommen. Die Gelehrten, die einer Verfolgung der Homosexuellen das Wort reden, gehen von dem Standpunkt aus, es sei richtig, dass die Homosexualität angeboren sei, aber der einzige natürliche Zweck des sexuellen Verkehrs sei die Fortpflanzung, und jeder sexuelle Verkehr, der diesen Zweck nicht haben kann, sei widernatürlich und müsse unterdrückt werden. Aber dann wäre der sexuelle Verkehr in 999 von 1000 Fällen widernatürlich, und auch die Prostitution müsste gesetzlich bestraft werden. Am radikalsten, um nicht zu sagen: brutalsten, vertreten einige Rassenpolitiker diesen Standpunkt. So schrieb kürzlich Dr. W. Hentschel:

«Wollen wir hier ins Reine kommen, so gibt es nur einen Weg: Wir müssen den Rechtsphilosophen durch den Rassenpolitiker ersetzen. Solange das aber nicht geschehen kann, müssen wir wenigstens danach trachten bei der Ausgestaltung des Rechts diesem sein züchterisches Element zu wahren ... Wenn die Gleichgeschlechtlichen ... durch Erpresser an den Bettelstab oder zum Selbstmord gebracht werden, so liegt das durchaus im Interesse der Gattung; denn es kommt nicht auf eine imaginäre Gerechtigkeit und auf sentimentale Rechtsverfeinerung an, vielmehr darauf, dass solche lebensfeindlichen Perversionen mit ihren Trägern ausgerottet werden.»¹⁵⁾

Danach wären die Erpresser Wohltäter der Menschheit und müssten eigent-

¹⁴⁾ Siehe Hirschfeld *Ursachen und Wesen des Uranismus* im *Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen*, 1903, 1. Band, pag. 128.

¹⁵⁾ Siehe Hentschel *Die Ursachen der Gleichgeschlechtlichkeit in der Politisch-anthropologischen Revue*, 1909, pag. 93.

HERMANN MÜCKE · VERSICHERUNGSTRÄGER UND VERSICHERUNGSBEHÖRDEN NACH DEM ENTWURF DER REICHVERSICHERUNGSORD- NUNG

NACHDEM durch den Schluss der Reichstagssession der Entwurf der Reichsversicherungsordnung offiziell wieder verschwunden ist, und nachdem auch das Reichsamt des Innern seinen Leiter gewechselt hat, könnte es überflüssig scheinen sich noch mit jenem Projekt zu beschäftigen. Es ist aber anzunehmen, dass die Vorlage im wesentlichen wieder in der selben Form eingebracht werden wird, da der neue Staatssekretär schwerlich das Werk seines Vorgängers und jetzigen Vorgesetzten von Grund aus umzugestalten geneigt sein dürfte. Man tut daher gut daran in der Kritik der Einzelheiten des Entwurfs nicht innezuhalten. Man muss ja auch dem Staatssekretär die Möglichkeit geben diese Kritik bei der erneuten Einbringung der Vorlage zu berücksichtigen.

Die Versicherungspflicht und die Leistungen der Versicherung sind hier bereits behandelt worden.¹⁾ Als Abschluss diene jetzt eine Betrachtung der Organisation der Versicherungsträger und der Versicherungsbehörden.

Träger der Versicherung sind nach dem Entwurf: 1. für die Krankenversicherung die Krankenkassen; 2. für die Unfallversicherung die Berufsgenossenschaften und zugelassenen Zweiganstalten; 3. für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Versicherungsanstalten und zugelassenen Sonderanstalten. Änderungen in der Organisation der Versicherungsträger sind nur bei der Krankenversicherung vorgenommen worden. Hier sind diese von tiefeinschneidender Bedeutung, ohne indes die berechtigten Wünsche der Versicherten zu erfüllen; im Gegenteil: sie bedeuten zum Teil eine Aufhebung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen. Die Unfallversicherung bleibt in den Händen der Unternehmer; die Versicherten haben nicht den geringsten Einfluss in den Berufsgenossenschaften. Die Invalidenversicherung ist wieder der Bürokratie überlassen. Auch hier ist den Versicherten ein grösserer Einfluss in der Verwaltung nicht eingeräumt worden.

Alle Rufe nach Ausschaltung der Innungs- und Betriebskrankenkassen, um eine Vereinfachung im Krankenkassenwesen durchzuführen, sind ungehört verhallt. Wohl sind die Bau- und die Gemeindekrankenkassen durch den Entwurf beseitigt worden, doch sieht dieser eine neue Kassenart, die Landkrankenkassen, vor und behält die Betriebs- und Innungskrankenkassen mit unwesentlichen Beschränkungen bei. Ebenso wird an der Ausnahmestellung der Bergarbeiter zum Schaden dieser Arbeiter nichts geändert, da auch die Knappschaftskassen in alter Form weiter bestehen sollen. Die Zersplitterung in der Krankenversicherung bleibt somit immer noch gross. Es würden noch folgende Kassenarten bestehen bleiben: Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, Knappschafts- und Ersatzkassen (eingeschriebene Hilfskassen). Betriebs- und Innungskrankenkassen sollen zwar nur dann zugelassen werden,

¹⁾ Siehe meine Artikel *Die Versicherungspflicht nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung* und *Die Leistungen der Arbeiterversicherung nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 821 ff. und 907 ff.

wenn der Bestand und die Leistungsfähigkeit vorhandener Orts- oder Landkrankenassen durch Errichtung jener nicht gefährdet wird, und wenn deren Leistungen denen der Orts- oder Landkrankenasse gleichwertig sind. Es werden also in dieser Beziehung keine grossen Anforderungen an die Betriebs- und Innungskrankenkassen gestellt, denn die Leistungen der Landkrankenassen werden nicht hoch sein. Ebenso wird nicht bald der Fall eintreten, dass die Orts- und Landkrankenassen in ihrem Bestand und ihrer Leistungsfähigkeit gefährdet werden. Von den Betriebskrankenkassen wird ausserdem noch gefordert, dass die nachhaltige Leistungsfähigkeit ausreichend gesichert ist. Der Entwurf unterscheidet zwischen dem Errichten und Fortbestehen der Betriebskrankenkassen. Für die Errichtung werden mindestens 500 dauernd beschäftigte Versicherungspflichtige gefordert, während schon existierende Betriebskrankenkassen weiter bestehen können, wenn sie dauernd mindestens 250 Mitglieder haben. Der Landeszentralbehörde wird aber das Recht eingeräumt die Mindestgrenze bei Errichtung einer Betriebskrankenkasse von 500 auf 250 herabzusetzen; für Binnenschiffahrtbetriebe kann sogar eine Herabsetzung auf 50 erfolgen. Wird eine grössere Anzahl von Personen vorübergehend in Baubetrieben beschäftigt, so sind die Bauherren auf Anordnung des Obergewerksamts verpflichtet Betriebskrankenkassen zu errichten. Kommen die Bauherren der Aufforderung in der gesetzten Frist nicht nach, so errichtet das Obergewerksamt die Kassen. Was unter einer *grössern-Zahl* zu verstehen ist, wird in dem Entwurf nicht gesagt, es wird nur hervorgehoben, dass die Bestimmungen über die Mindestzahl von Mitgliedern auf diese Fälle keine Anwendung finden. Auch die Begründung des Entwurfs gibt keine genügende Erklärung dafür; dort wird lediglich erwartet, dass die zuständige Behörde die Neuzulassung solcher Kassen von dem Vorhandensein einer Mitgliederzahl, die die Leistungsfähigkeit garantiert, abhängig machen wird.

Neben den Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen sollen aber auch noch schon bestehende Ortskrankenkassen als *b e s o n d e r e* Ortskrankenkassen weiter bestehen bleiben, wenn sie mindestens 500 Mitglieder haben und die bei den Betriebs- und Innungskrankenkassen angeführten Voraussetzungen erfüllen. Der Entwurf sieht ausserdem für die Innungskrankenkassen eine Mindestgrenze der Mitgliederzahl überhaupt nicht vor; und die für die Betriebskrankenkassen ist viel zu niedrig. Will man, was das Beste wäre, all diese Sonderkassen nicht völlig beseitigen, so müsste wenigstens die Mindestgrenze der Mitgliederzahl um das Zehnfache erhöht werden. Denn die Zersplitterung im Krankenkassenwesen wird bei Annahme des Entwurfs nur hemmend auf den Ausbau der Kassen wirken. Ist schon durch das Nebeneinanderbestehen so vieler und verschiedenartiger Krankenkassen die gewünschte Einheitlichkeit nicht eingetreten, so wird die Zerfahrenheit im Kassenwesen noch durch die Verschiedenartigkeit der gesetzlichen Bestimmungen über die innere Organisation der Kassen gefördert. In Zukunft sollen die Angelegenheiten der Krankenkassen in allen Fällen von einem Vorstand und einem Ausschuss wahrgenommen werden. Für die Landkrankenassen ist aber die Bildung des Ausschusses nicht obligatorisch sondern nur fakultativ vorgesehen; desgleichen die Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte, die durch die Satzungen dem Vorsitzenden allein übertragen werden können. Die Statuten werden von dem

zuständigen Kommunalverband errichtet, ohne dass die beteiligten Versicherten irgend welchen Einfluss auf deren Gestaltung ausüben könnten, denn sie sowohl als auch die beteiligten Arbeitgeber sind vor Errichtung der Satzungen nur zu *hören*. Die Entrechtung der Mitglieder in den Landkrankenkassen geht aber noch weiter: Der gesamte Vorstand wird nicht von den Kassenmitgliedern und den beteiligten Arbeitgebern gewählt sondern einfach von dem zuständigen Kommunal- oder Zweckverband ernannt. Wenn also das Statut von der Errichtung eines Ausschusses nicht absieht, so wird dieser nicht von den beteiligten Versicherten und Arbeitgebern gewählt, sondern die Vertretung des zuständigen Kommunal- oder Zweckverbands wählt die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten aus deren Mitte. Die alte Gemeindekrankenversicherung lebt also nicht nur in den etwas erweiterten Leistungen der Landkrankenkassen fort, sondern sie kehrt auch in veränderter Form in der Organisation und Verwaltung der Landkrankenkassen wieder. Schon die Errichtung der Satzungen für die Orts- und Landkrankenkassen durch die Kommunalverbände bedeutet eine Benachteiligung dieser Kassen gegenüber den Betriebs- und Innungskrankenkassen, bei denen der bestehende Zustand aufrecht erhalten bleibt; das Statut der Betriebskrankenkassen wird durch den Unternehmer, das der Innungskrankenkassen durch die Innung errichtet. Den rückständigsten Innungen traut man mehr zu als den fortgeschrittenen Verwaltungen der Ortskrankenkassen. Der Vorstand der Ortskrankenkasse ist durch den Ausschuss zu wählen und zwar je zur Hälfte aus den Arbeitgebern und den Versicherten. Hier tritt eine Neuerung zum Nachteil der Versicherten in Erscheinung, die mit der Halbierung der Beiträge begründet wird. Der Vorsitzende wird von den Vorstandsmitgliedern gewählt. Der Entwurf verlangt, dass sich auf den Vorsitzenden sowohl die Mehrheit der Arbeitgeberstimmen als auch die der Versicherten im Vorstand vereinigen müssen, wenn er als gewählt gelten soll. Wird diese Majorität in zwei Wahlen nicht erreicht, so bestellt das Versicherungsamt einen Vertreter, der so lange den Kassenvorsitzenden ersetzt, bis eine gültige Wahl zu stande gekommen ist. Damit scheint man auf Umwegen den unparteiischen Vorsitzenden erreichen zu wollen, und die Möglichkeit, dass dies tatsächlich eintritt, liegt sehr nahe. Die Fälle, in denen sich bei beiden Parteien — den Arbeitgebern und den Versicherten — eine Mehrheit für eine Person ergeben würde, dürften selten sein. Die Wahl der Ausschüsse erfolgt bei den Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen in geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, wobei die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden kann, die bis zu einem von den Satzungen bestimmten Zeitpunkt vor der Wahl einzureichen sind. In der Organisation der Betriebskrankenkassen hat sich nichts geändert. Der Betriebsunternehmer ist von Gesetzes wegen Kassenvorsitzender; er kann den Vorsitz aber auf seinen Vertreter übertragen. Für die Wahlen des Ausschusses und des Vorstands gilt das von den Ortskrankenkassen Gesagte mit der Massgabe, dass dem Unternehmer oder dessen Vertreter die Hälfte der Stimmen im Vorstand zustehen. Das gleiche gilt auch für die Innungskrankenkassen, nur dass hier die Innung den Vorsitzenden bestimmt. Der Entwurf engt sogar die Befugnis der Kassenvorstände bei Anstellung der Beamten ein. Zwar sind die Kassenvorstände berechtigt und auch verpflichtet die erforderlichen Anstellungen vorzunehmen und die Dienstführung zu beaufsichtigen, aber es ist bei Anstellungen die selbe Majorität erforderlich

wie sie für die Wahl des Vorsitzenden vorgesehen ist; es muss die Mehrheit der Arbeitgeber und der Versicherten im Vorstand für den Anzustellenden stimmen.

Die Träger der Unfallversicherung, die Berufsgenossenschaften, setzen sich ausschliesslich aus den vereinigten Unternehmern der versicherten Betriebe zusammen. Dieses Verhältnis wird aus dem alten Gesetz unverändert übernommen. Alle die Tatsachen, die seit Bestehen der Unfallversicherung bekannt geworden sind, und die unzweideutig nachgewiesen haben, dass ein grosser Teil der Berufsgenossenschaften die ihnen gestellten sozialen Aufgaben nicht erfüllen, weil den Vertretern in den Genossenschaftsorganen grösstenteils der Einblick in die sozialen Verhältnisse der Versicherten fehlt, haben es nicht vermocht den Versicherten auch nur eine geringe Vertretung in den Verwaltungen der Berufsgenossenschaften zu verschaffen. Die Verweigerung der Anteilnahme an der Verwaltung der Unfallversicherung ist eine nicht zu rechtfertigende Benachteiligung der Versicherten. Auch durch den Einwand, dass die Unternehmer die Mittel allein aufbringen, wird dieser Ausschluss nicht gerechtfertigt.

Unverändert bleibt auch die Organisation der Versicherungsanstalten (jetzt Landesversicherungsanstalten), der Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Wie bei den Berufsgenossenschaften bleibt auch bei den Versicherungsanstalten die Zusammensetzung des Vorstands und Ausschusses den Satzungen überlassen. Hier wird kein Mehrheitsprinzip, wie bei der Krankenversicherung, aufgestellt. Die Vertreter bei den Versicherungsämtern im Bezirk der Versicherungsanstalt wählen die Vertreter in den Ausschuss der Versicherungsanstalt. Jene ersteren sind aber nicht durch die Versicherten selbst zu wählen, sondern sie werden — wie nach altem Recht die Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden und Rentenstellen — von den Vorständen der Krankenkassen gewählt, die im Bezirk des Versicherungsamts Mitglieder haben. Bei der Zusammensetzung der Vorstände der Land-, zum grossen Teil auch Betriebs- und Innungskrankenkassen sowie der Knappschafts- und Seemannskassen ist dafür gesorgt, dass die Vertretung der Versicherten im Vorstand und Ausschuss der Versicherungsanstalt ohne Bedeutung bleibt, zumal dem Vorstand ja auch noch die vom Kommunalverband oder der Landesregierung ernannten beamteten Vorstandsmitglieder angehören. Da bei den Landkrankenkassen die Möglichkeit besteht, dass ein Vorstand überhaupt nicht vorhanden ist, so ist für diese Fälle durch den Entwurf das Wahlrecht auf die Vertreter im Ausschuss übertragen. Wie soll das aber geschehen, da die Landkrankenkassen — wie schon vorher hervorgehoben worden ist — das Recht haben von der Bildung eines Ausschusses abzusehen und die ganze Geschäftsführung dem Vorsitzenden allein zu übertragen?

Den weiblichen Versicherten, denen in der Krankenversicherung das aktive und passive Wahlrecht eingeräumt ist, wird in der Invalidenversicherung die Wählbarkeit zum Vertreter beim Versicherungsamt abgesprochen. Im § 65 heisst es: »Wählbar zu Versicherungsvertretern sind nur die nach § 13 wählbaren männlichen Personen.« Für die Wahlen zu den Versicherungsbehörden ist den weiblichen Versicherten also nur das aktive Wahlrecht eingeräumt, während ihnen für die Wahlen zu den Ausschüssen der Versicherungsanstalten auch das passive Wahlrecht zusteht. Es ergibt sich daraus

ein eigenartiges Verhältnis: Zur Wahl der Versicherungsvertreter bei den Versicherungsämtern haben weibliche Versicherte das aktive Wahlrecht, aber nicht das passive, bei den Wahlen zu den Ausschüssen der Versicherungsämter steht ihnen hiergegen das passive, aber nicht das aktive Wahlrecht zu, denn nur die Vertreter bei den Versicherungsämtern wählen die Vertreter in die Ausschüsse der Versicherungsanstalten.

Der bedeutendste Fortschritt und wesentlichste Vorteil der Reform ist neben der Ausdehnung der Krankenversicherung auf Landarbeiter, Dienstboten, unständig Beschäftigte, Haus- und Wandergewerbetreibende die Vereinheitlichung der Versicherungsbehörden, der Versicherungsinstanzen und des Verfahrens vor diesen. Das bunte Durcheinander der Behörden und Gerichte, die jetzt für Streitigkeiten aus der Arbeiterversicherung zuständig sind, wird endlich beseitigt und durch ein einheitliches System ersetzt, das allerdings noch grosse Mängel hat, die dringend der Beseitigung bedürfen. Die Verwaltungsbehörden, die früher mit der Beaufsichtigung der einzelnen Versicherungsträger betraut waren, sowie auch die Verwaltungs- und ordentlichen Gerichte werden durch Versicherungsämter, Oberversicherungsämter, Landesversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt ersetzt, denen für die meisten Fälle sowohl die Beaufsichtigung über die Versicherungsträger als auch die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Versicherungsträgern und Versicherten sowie zwischen den ersteren und Arbeitgebern und zwischen den Versicherungsträgern unter einander übertragen worden ist. Zweifellos bedeutet diese Neuerung einen ganz erheblichen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand; indessen müssen noch einige Änderungen und Ergänzungen vorgenommen werden, damit auch die Versicherten bei den Versicherungsbehörden die ihnen billigerweise zustehenden Rechte eingeräumt erhalten, und ihnen ferner die ihnen zu Gebote stehenden Rechtsmittel nicht verkümmert werden, wie dies leider durch den Entwurf geschieht.

Die Versicherungsbehörden gliedern sich, wie schon angeführt, in Versicherungsämter, Oberversicherungsämter, das Reichsversicherungsamt, an dessen Stelle in besonderen Fällen Landesversicherungsämter treten. Versicherungsämter sind in der Regel für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde zu errichten, jedoch kann die Landeszentralbehörde die Bezirke anderweitig bestimmen. Die Regierungen mehrerer Bundesstaaten können ein gemeinsames Versicherungsamt für ihre Gebiete oder Gebietsteile errichten. Ausserdem können noch besondere Versicherungsämter für Reichs- und Staatsbetriebe errichtet werden, für die besondere Betriebskrankenkassen bestehen, und für Betriebe, die durch eigene Einrichtungen die Reichsversicherung ausführen. Vor der Errichtung eines Versicherungsamtes sind die örtlich zuständigen Träger der Unfall- und Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu hören. Die Krankenkassen werden nicht um ihre Meinung befragt, wie wohl sie an der Errichtung eines Versicherungsamtes ebenso interessiert sind wie die Versicherungsanstalten und die Berufsgenossenschaften. Das Versicherungsamt setzt sich aus 1 Vorsitzenden und mindestens 20 Versicherungsvertretern zusammen. Dem Vorsitzenden wird die Bezeichnung *Versicherungsamtmann* beigelegt; die Landeszentralbehörde kann ihn aber auch anders benennen. Die Versicherungsvertreter, die zu gleichen Teilen Arbeitgeber und Versicherte sein müssen, werden durch die Krankenkassenvorstände gewählt.

Infolge dieses Wahlverfahrens dürften sie in den meisten Fällen nicht dem Wunsch der Versicherten entsprechen, worunter aber das Ansehen der Versicherungsämter leidet. Jedes Versicherungsamt hat einen Beschlusausschuss zu bilden, dem alle Angelegenheiten übertragen werden, die im Beschlussverfahren zu erledigen sind. Dieser Ausschuss besteht aus dem Vorsitzenden (Versicherungsamtmann) und 4 Versicherungsvertretern, von denen je 2 in getrennter Wahlhandlung von den Versicherungsvertretern der Arbeitgeber und der Versicherten zu wählen sind. Für die Wahl ist nur einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Neben den 4 Vertretern sind in der selben Weise noch 4 Stellvertreter zu wählen. Auf Anordnung der Landeszentralbehörde kann das Versicherungsamt die höheren technischen Staats- und Kommunalbeamten, die in dem Bezirk des Versicherungsamts tätig sind, zu den Verhandlungen des Beschlusausschusses zuziehen. Diese Beamten haben nur beratende Stimme. Aussér dem Beschlusausschuss sind bei jedem Versicherungsamt ein oder mehrere Spruchausschüsse zur Erledigung der Geschäfte, die von dem Gesetz dem Spruchverfahren überwiesen werden, zu errichten. Der Spruchausschuss besteht aus dem Vorsitzenden und nur je 1 Versicherungsvertreter der Arbeitgeber und der Versicherten. Ferner gibt es noch einen Schiedsausschuss, der aus dem Vorsitzenden und 2 Versicherungsvertretern besteht, und zu dessen Verhandlungen 2 Ärzte oder 2 Apotheker zugezogen werden müssen, wenn es sich um die Behandlung ärztlicher oder Apothekerangelegenheiten handelt. Dem Schiedsausschuss liegt die Vermittlung und Entscheidung in Streitigkeiten zwischen Krankenkassen einerseits und Ärzten oder Apothekern andererseits ob. Die Zusammensetzung des Ausschusses erfolgt durch die Versicherungsvertreter beim Versicherungsamt, indem diese getrennt die Versicherungsvertreter im Beschlusausschuss zu Vertretern im Schiedsausschuss bestimmen, und zwar einen zum Mitglied des Ausschusses, den anderen zum Stellvertreter.

Obersicherungsämter werden in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde errichtet, sie können aber von der Landeszentralbehörde, auch anderweitig bestimmt werden; für sie gilt auch das von der Errichtung der Versicherungsämter Gesagte. Das Obersicherungsamt setzt sich aus Mitgliedern und aus Beisitzern zusammen. Die Mitglieder werden von der Landeszentralbehörde ernannt, und zwar aus den öffentlichen Beamten. Für jedes Obersicherungsamt wird ein Direktor auf Lebenszeit von der Landeszentralbehörde angestellt. Die Beisitzer des Obersicherungsamts werden von den Versicherungsvertretern bei den im Bezirk des Obersicherungsamts liegenden Versicherungsämtern gewählt, dabei setzt das Obersicherungsamt die auf die einzelnen Versicherungsämter entfallende Stimmenzahl fest. Die Beisitzer dürfen indes nicht Mitglieder einer andern Versicherungsbehörde sein. Die Zahl der Beisitzer wird durch den Entwurf nicht bestimmt; es bleibt der Landeszentralbehörde überlassen sie nach Bedürfnis festzusetzen. Für jeden Beisitzer sind 2 Stellvertreter zu bestellen. Die Obersicherungsämter sind als höhere Spruch-, Beschluss- und Aufsichtsbehörde gedacht, deshalb sind die bei den Obersicherungsämtern errichteten Kammern die gleichen wie bei den Versicherungsämtern. Auch die Zusammensetzung geschieht auf die selbe Weise, nur dass an Stelle der Versicherungsvertreter bei den Versicherungsämtern die Beisitzer des Obersicherungsamts die ent-

sprechenden Funktionen übernehmen. Die Kammern bei den Oberversicherungsämtern bestehen durchweg aus dem Direktor des Oberversicherungsamts, 1 Mitglied und 2 Beisitzern. In den Schiedskammern der Oberversicherungsämter muss ferner der von der Landeszentralbehörde bestimmte beamtete Arzt des Bezirks hinzugezogen werden. Die in den Schiedskammern mitwirkenden Ärzte und ihre Stellvertreter werden bei den Oberversicherungsämtern von der örtlich zuständigen Ärztekammer, bei den Versicherungsämtern von den Ärzten des Bezirks nach näheren Bestimmungen der Landeszentralbehörde gewählt. Die Apotheker in den Schiedskammern werden von den zuständigen Apothekerkammern bestellt. Sind Apothekerkammern oder sonstige ständige Ständesvertretungen der Apotheker nicht vorhanden, so bestellt das Oberversicherungsamt die Apotheker in die Schiedsausschüsse. Nur solche Ärzte und Apotheker sollen in die Schiedsausschüsse berufen werden, die mindestens 4 Jahre im Bezirk wohnen und dort ihren Beruf ausüben.

Das Reichsversicherungsamt als oberste Spruch-, Beschluss- und Aufsichtsbehörde wird wie früher zusammengesetzt: Der Kaiser ernennt auf Vorschlag des Bundesrats den Präsidenten und die übrigen ständigen Mitglieder auf Lebenszeit. Aus den ständigen Mitgliedern ernennt er dann die Direktoren und die Senatsvorsitzenden. Der Reichskanzler ernennt die übrigen Beamten. Die Zahl der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts ist auf 30 erhöht worden. Hiervon werden 6 vom Bundesrat, 12 von den Vertretern der Arbeitgeber und 12 von den Vertretern der Versicherten gewählt; und zwar die Vertreter der Arbeitgeber von den Vorständen der Berufsgenossenschaften und den Arbeitgebervertretern in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten zu gleichen Teilen, die Vertreter der Versicherten von den Versichertenbeisitzern bei den Oberversicherungsämtern.

Mit Ausnahme der Versicherungsämter, die erst neu eingeführt werden sollen, weist die Organisation der Versicherungsbehörden wesentliche Änderungen nicht auf. Die Oberversicherungsämter treten an Stelle der Schiedsgerichte. Zu verurteilen ist besonders die Übernahme des alten, überlebten Wahlverfahrens durch die Krankenkassenvorstände usw. Dieser unnütze Ballast muss beseitigt und an seine Stelle das bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bestehende Verfahren, das sich dort gut bewährt hat, gesetzt werden. Nur wäre die Verhältniswahl obligatorisch einzuführen. In der Begründung des Entwurfs wird hervorgehoben, dass sich die Einrichtung des unparteiischen Vorsitzenden bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten gut bewährt habe. Ebenso wie diese Einrichtung hat sich bei diesen Gerichten aber auch die der paritätischen Vertretung der Arbeiter und Arbeitgeber bewährt. Das dürfte doch auch im Reichsamt des Innern nicht unbekannt sein. Es ist also nicht einzusehen, warum sich das, was sich in der gewerblichen Rechtsprechung als gut erwiesen hat, nicht auch für die Versicherungsbehörden und ihre Rechtsprechung eignen soll. Die Beseitigung des bürokratischen Übergewichts bei den Versicherungsbehörden und die Einführung der paritätischen Vertretung der Arbeitgeber und Versicherten, hervorgegangen aus dem gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht, das allen Arbeitgebern und Versicherten über 21 Jahre zustehen muss, ist das Ziel, um das die Arbeiterorganisationen werden kämpfen müssen.

XX

ELISABETH SIEWERT · GEGENSÄTZE



ETZT sollte es wirklich zu Frau Annchens Reise nach Mehlsack kommen. Aus Mehlsack war sie gebürtig, da hatten sich auch ihre wenig erquicklichen Ehejahre abgespielt. Wenig erquicklich: ein zahmer Ausdruck für das Elend und Zetermordio, das der verstoffene Bäckermeister Jäschke zu wege gebracht hatte! Wenn die herrschaftlichen Kinder auf dem Landgut, wo Frau Annchen den Posten einer Kinderfrau bekleidete, ihren Erzählungen zuhörten, in denen so viel Schauerliches und so viele Niedrigkeiten vorkamen, dann wurden sie ganz hilflos, sobald aber Frau Annchens Redefluss aufhörte, war der Bann gebrochen. Das, was sich damals in Mehlsack in der Küche, der Backstube, dem Hof und der ganz und gar verhexten Schlafstube abgespielt hatte, war ihnen ganz fremd. Dies letzte hässliche, hämische Wesen, das mit dem Tod, dem Grab, dem Nachlass des verschiedenen schrecklichen Bäckermeisters zusammenhing, nein, nein: Ali Baba und die vierzig Räuber standen ihnen weit näher als dies.

Seit dem vorigen Herbst plante Frau Annchen die Reise. Wilma und Luise, die Grössten aus der Schar, hatten abwechselnd an die einzige lebende Schwester Frau Annchens nach Mehlsack schreiben müssen. Es war Bedingung, dass jeder Satz in diesen Briefen mit *Liebe Schwester* anfang; im übrigen war von Liebe nicht viel die Rede sondern von 400 Talern, einem Nussbaumschrank, drei Stühlen und einem Stück extrafeiner Leinwand. Scharfe Anspielungen darauf, dass die liebe Schwester eine Betrügerin sei, die das Erbteil der veredelichten Jäschke zurückhielt, traten reichlich auf.

Die Herrschaft erlaubte ihrer Kinderfrau zu reisen, wann es ihr beliebte. Sie war Frau Annchen noch von der monatelangen, schweren Krankheitszeit der Kinder her, wo sie sich vorzüglich bewährt hatte, eine Erkenntlichkeit schuldig. Aber Frau Annchen konnte und konnte sich nicht entschliessen zu reisen. Eine Reise hiess eine Trennung von ihrem Idol, dem bleichen Lenchen. Das arme, kranke, liebreizende Lenchen, das letzte Kind einer erschöpften Mutter, war unter der lebhaften, trotzigen, pfeffrigen Schar mit dem heillosen Annchen an der Spitze wie ein Feenkind. Sie sollte auch nicht so lange leben, um auch nur von ferne so etwas wie den Bäckermeister Jäschke, seine Taten und Gesinnungen und das Verhältnis zu seiner Frau zu begreifen; sie starb mit drei Jahren. Noch war ihre kleine weisse Blumenerscheinung vorhanden, und sie war die Hauptperson. Die grossen Kinder begriffen: Frau Annchen konnte sich nicht von Lenchen trennen. Die Tage vom Morgen bis zum Abend und eigentlich auch die Nächte waren eine Kette von Hingabe, Dienen, leidenschaftlicher Vergötterung von seiten Frau Annchens. Sie war auch eine eifersüchtige Liebhaberin, die sich wahrscheinlich mit den andern Geschwistern beständig gezankt hätte, wenn diese, so verschieden sie auch waren, nicht alle einig in ihrer Liebe zu Lenchen gewesen wären.

Das Jahr war mittlerweile wieder in den Herbst gekommen, als sich Frau Annchens Reisepläne verwirklichen sollten. Die Bande mit ihrer Führerin erlebte gerade eine Art von Hochsaison. Bei dem Akt des Vorzeigens der Michaeliensuren hatte sich Frau Annchen in ihrem Glanz gezeigt. Die Erzieherin und sie waren feindliche Mächte. Die erstere hatte nicht ganz das Zeug dazu die gesittete, kultivierte Sphäre zu repräsentieren; Frau Annchen hingegen strotzte

von elementaren Kräften: das reine Feuerwerk war sie. Den Kindern zog sie nach, als diese mit den verhängnisvollen Blättern in Händen zum Vater gingen. Und da plädierte sie für die Rechte der Jugend. Ehe der Vater noch etwas sagen konnte, war ihr rasches *Gnå' Herrchen, se sin' jung, wie sin' auch mal jung gewest* da und rückte die Sachlage in ein richtiges Licht. Also, wenn man jung war, durfte man unbeschadet in allen Fächern *Ungenügend* haben und ein *mangelhaftes* Betragen? Ja, die wirklichen Qualitäten der Jungen stehen nicht in den Zensuren geschrieben, war Frau Annchens Meinung; sich dem Zwange nicht fügen hiess für sie begabt sein, den Deibel im Leibe haben. So ungefähr. Dem Vater war das Ansehen von Zensuren, die Töchter brachten, ohnehin eine herzlich überflüssige Zeremonie. Also setzte er rasch seinen Namen dahin, wo er hinkommen sollte, und liess die Mädchen laufen. Und sie liefen. Frau Annchen äusserte ihren Triumph dadurch, dass sie im Gehen das kleinliche Trippeln und Schwänzeln der Erzieherin nachahmte. Abends verkleidete man sich, hinter einem grünen Bettschirm kam die Rotte hervor und spielte aus dem Stegreif eine Ritterkomödie. Darauf blies Frau Annchen auf dem Kamm. Nachdem das Tanzfieber eine Weile getobt hatte, waren die Anwesenden erschöpft. Unter dem Tisch lag ein Knäuel Kinder, auf dem Kleiderschrank sass Wilma in Hosen, blutrote Rosetten in wilden Haaren. Luise lag auf dem Sofa und phantasierte laut. Da schmetterte Frau Annchen unverdrossen das Lied von des Müllers schön Rösel. Der Rhythmus war bezaubernd und ihre Stimme von der Art, dass sie ein ganzes Orchester darstellte. Und wie ihr die Augen flunkerten! Bei dem dritten Vers, der so nett von dem Korporal anfang und damit endete *Schön Röschen, die Tür aufgemacht*, klopfte es recht vernehmlich an der Tür, die zur Wohnstube führte. Wahrscheinlich hatte sich die Mutter, die da nebenan mit einer Perlenstickerei und einem Freitagschen Roman sass, erhoben und geklopft. Frau Annchen machte eine Grimasse und die Kinder dachten: man wird doch auch immer gestört! Aber nun konnte man zum *Stummen Weibchen* übergehen; wie dieses Weibchen gelobt wurde: es war eine ganz annehmbare Portion Witz darin.

Sehr drollig war es, dass das alte Frau Annchen Verehrer hatte. In ihrer Jugend war sie nach ihrer eigenen Aussage wie ein Blitz unter die Mannsleute gefahren. Dass ihr für ihre reiferen Jahre immer noch ein hübscher Rest von Elektrizität geblieben war, ging über das Fassungsvermögen der Kinder. Zudem dachten sie, Frau Annchen wird Lenchen nie und nimmer verlassen.

Die Tage, in denen es so stand, waren bewölkt und trocken. Die Erde hatte Sprünge, und welke Blätter lagen in den Beeten und Rabatten, auf dem kränklich grünen Rasen. Die Johannisbeerbüsche standen gelichtet da; die einzelnen Träubchen schmeckten konzentriert, und die Schale fühlte sich welk an. Die Gartenblumen, so schien es, litten am meisten unter dem trockenen Zugrundegehen. Über farblosen Blättern und Stengeln überraschte ihre Buntheit. Die Asten und Skabiosen, die harten blau- und kupferroten Nelken, der letzte Phlox, sie standen in den grauen Tagen von Erinnerungen umlagert und hatten keine Lust mehr da zu sein. Das reiche Erleben, das in dem Revier vor sich gegangen war, verklang in einem müden Seufzer. Die Historie des Sommers machte die Blumen matt. Wie lebte man einst in Festesfreude! Jetzt war es hier leer oder höchstens von ohnmächtiger Klage erfüllt. Ja, und Frau Annchen würde morgen nach Mehlsack reisen. Es war eigentlich bedenklich in solch

grauen Tagen zu verreisen, in solch unheimlich grämlichen Tagen, man konnte nicht wissen, ob man jemals wieder zurückkam.

An der Hängelampe nahmen Wilma und Luise ihre Bleistifte und Tuschkasten vor und die Mappen mit Papierblättchen in lauter verschiedenen Formaten und Farben, wovon jedes einen besonderen Anspruch darauf machte besonders verwandt zu werden. Eine Nähterin sass am Tisch, die man am besten nicht ansah, denn sie war sehr hässlich von Nase und Mund, und ihre Augen hatten keinen Mut sondern warben immer um Beachtung; das war lästig. Zu Lenchen war sie natürlich sehr gut, wenn sie jemals an sie heran durfte. Sie machte ihr statt zwei Säumen sechs in ihre Schürzen. Es wurde stillschweigend angenommen, dass Antonie Frau Annchen während ihrer Abwesenheit vertreten würde; Lenchen ging ja zu ihr. Frau Annchen, die nebenan mit ihrer Herrschaft wegen ihrer Reise verhandelte, kam zurück in die Kinderstube und war aschfahl im Gesicht, ihre Nase war ganz kalkig. Alle wussten es: so sah sie aus, wenn es in ihr stürmte; so arg aber hatte es noch nie in ihr gestürmt. Sie sah nur Lenchen. Mit zunehmender zörniger und gramvoller Eregung trat sie an deren hohes Stühlchen.

»Die Herrschaft bestimmt, dass die Waltersche aus'm Dorf an meine Stell' kommt«, sagte sie unter kurzen Atemstössen. Die Kinder sahen sie erwartungsvoll an. »Sie wird dem Kind unrecht tun, sie wird ihm in der Nacht nich' den Willen tun. Willst du, dass die Waltersche zu dir kommt, mein Schäfchen, mein Goldhähnchen?«

»Bei Anna bleiben«, sagte das Kind weinerlich und ungeduldig.

»Da hört ihr's!« rief die Alte wild und ihre gläsernen Augen bekamen Feuer.

»Die Waltersche ist 'ne Hexe, die will das Kind nich'!«

»Nein, Frau Annchen, das ist nicht so, sie ist eine gute Frau«, erhob eine der Zeichnerinnen ihre Stimme.

»Gose, gose«, das hiess so viel wie papperlapapp oder: geht ab.

Die Schullehrerwitwe aus dem Dorf und Frau Annchen waren vor einiger Zeit einmal zusammengetroffen. Kaffee trinkend hatte man die beiden beisammen gesehen. Darum konnten sie einander doch nicht leiden. Frau Walter, ein Bild ehrbarer strenger Weiberart, Frau Annchen wie ein Spotteufel daneben, doch äusserlich freundlich. Nach dem Besuch wurden die Kinder mit Geschichten von Adelbert und Kunigunde unterhalten. Albert und Clara hiessen die beiden wohlgestalteten Kinder der braven Frau, von denen sie auf eine eitle und langweilige Art soviel erzählte, wenigstens Frau Annchens raschem, scharfem Geist war es langweilig. Der Tonfall, in dem die Waltern von Adelberts Gaben, seiner Laufbahn als Tischlerlehrling oder über Kunigundens Sittsamkeit, ihre blonden Zöpfe, auf die sie sich setzen konnte, sprach, was wurde darüber gelacht!

Frau Annchen verlor im Laufe dieses Abends das kalkige Aussehen ihrer Nase, blieb aber fahl und in grimmiger Laune, erst als sie Lenchen zu Bett brachte, löste sich ihre Stimmung, und knieend blies sie dem Kind das Süppchen; um jeden Löffel, den es zu sich nahm, bat sie himmelhoch. Und ob denn die Kutschpferde, der Feldmann, der grosse Hahn, *Langer Mann* genannt, nicht auch jedes zu seinem Löffelchen kommen sollten? Lenchen wollte die Tiere nicht vernachlässigen, schliesslich schob sie aber mit gequälter, überdrüssiger Gebärde den Teller zur Seite. Frau Annchen nahm den Rest der Suppe zu sich;

nur weil Lenchens Lippen den Löffel berührt hatten. Dann blieb sie mit geducktem Kopf, die Arme über das Bett geworfen eine Weile still liegen. Mit einem schweren Seufzer erhob sie sich, sah Lenchen in das Gesicht mit den geschlossenen Augen und wandte sich weinend ab. Wie es anzunehmen war, verschwand sie darauf in der Kleiderkammer nebenan, in der ihre Kommode und ihr Schrank standen. Da spielten sich öfter den Kindern unerklärliche Szenen ab, Ausbrüche von Zorn und Kummer, wozu sich Frau Annchen auf die Erde setzte. Heute war alles zu erklären. Das Abschiedsweh war es, das in Frau Annchen tobte. Ja, das setzte ihr furchtbar zu. Wenn irgend etwas feststand, wenn irgend etwas Vollwert hatte und imponierte, dann war es Frau Annchens Liebe zu Lenchen. Davor hatten die Kinder Achtung; sie achteten die Leidenschaft.

Das Weh riss mit immer stärkerer Krallen an Frau Annchens Herzen. Das war mehr als sie ertragen konnte, dafür gab es Abhilfe. Zunächst riegelte sie die beiden Türen, die nach der Kinderstube und die, die nach aussen führte, mit fliegenden Händen ab. Und jetzt zu ihrer gefährlichen Trösterin, ihrer tückischen Retterin die Zuflucht genommen. Die Kornusflasche lag versteckt unter ihrer Wäsche in der untersten Schublade der fichtenen Kommode. Mochte Valentin, der herrschaftliche Kutscher vom Nachbargut, der sich zu heute abend angesagt hatte, bis zum jüngsten Tage klopfen. Frau Annchen nahm gute Züge aus ihrer teuren Flasche, um zu dem Mut zu kommen ihm zu entsagen, seinem Häuschen, seinen zwei Morgen Ackerland, seinem Garten und seinen zwei Kühen. Sie blieb bei ihrem Lenchen, mochten all die Witwer, die ihr nachstellten, zur Hölle fahren. Sie — blieb — bei — ihrem Lenchen! O blutiger Heiland! Frau Annchen wackelte der Kopf hin und her; sie riss sich die Taille vorne auf und rang nach Luft. »Mein blutiger Heiland ist Zeuge, was ich auszustehn hab' im Leben«, keuchte sie mit aufwärts gedrehten Augen. Und da war die Flasche, nur die Flasche der einzige Trost.

Es kam die steinerne Treppe herauf, es pochte an der Aussentür. Frau Annchen richtete sich auf, versteckte die Flasche, musterte ihren Anzug, setzte eine kokett überlegene Miene auf und riegelte die Tür auf. Da stand der grossnasige, glattrasierte Kutscher und grinste mit schmalen Lippen. Was er hier rumzuspionieren hätte? fragte Frau Annchen mit verstellter Schroffheit. Er liess sich auf keine Plänkeleien ein. Ob sie nun reisen würde, und wie die Aussicht mit dem Erteil stände, fragte er zurück und sah dabei die Kommode prüfend an. Frau Annchen brach in ein erregtes Gelächter aus.

»Die Aussicht is meist gut, wenn man die Ansicht gut sein wird.«

»Die Kommode is fichten. Hab' sie zuerst für Magoni taxiert«, bemerkte der Kutscher.

Es entspann sich ein Disput. Frau Annchen spielte einen Trumpf aus, indem sie bemerkte, dass das Vorhandensein eines krüpplichen Sohnes in Valentins Hauswesen keine Annehmlichkeit sei, worauf er gelassen sagte:

»Ich weiss, dass Sie mit Schwachen und Kranken eine gute Hand hat, Sie wird meinem Jannek nicht Überlast antun.«

Die kleine brünette Person, die ihrer Sinne nur halb mächtig war, zierte sich mit untergeschlagenen Armen und duldete es, dass des Kutschers wurzlige Hand mit dem aufgebogenen Daumen, um den er die Leine zu legen pflegte, eine Weile ihren Rücken tätschelte. Dann bäumte der Gram um Lenchen wieder in ihr

auf, die Eifersucht auf die Waltern streute Pfeffer in die Wunde; kurzerhand sohob sie den verdutzten krummen, alten Freiersmann der Tür zu.

»Mit der wird mir der Winter nicht lang werden«, das war die günstige Mutmassung, mit der Valentin endlich abzog.

In der Nacht wachte Luise auf und sah einen grossen Schatten an der Wand, der von Frau Annchen herkam. Der Schatten zeigte jemand, der eine Flasche an den Mund hält, und richtig, Frau Annchen hatte einen Nachtjacketärmel erhoben und trank ausgiebig aus einer Flasche. Für ein paar Augenblicke war der Gegenstand und sein Schatten für Luise recht unterhaltend, doch auf ihre Lider drückte es bleiern, aus naher Tiefe lockten und flüsterten allerhand seltsame Stimmen: farbige herrliche Szenerieen warteten sanftmütig auf sie. Ah, es regnete goldene Sterne sachte herab. Frau Annchen trinkt von Lenchens Milch, weil sie durstig ist, mit dieser einfachen Erklärung drehte sich das grosse Kind der Wand zu, lächelte und gab sich den lieben, schönen Traumgaukeleien hin.

N

UN sing du«, forderte Betty, Wilmas und Luisens jüngere Schwester, die mit den weizengelben, glatten Haaren und den hellroten Pausbacken, »nun sing'«

Sie und der kleinere Bruder sassen auf dem Schaukelpferd, das heisst auf seinen weit ausholenden Vorder- und Hinterbeinen, während Lenchen in dem sicheren Mittelsitz ritt.

Am Ofen sass Frau Walter, pellte Mandeln ab und schüttelte milde ihren starren Kopf.

»Kamm blasen?« erkundigte sich der kleine Max.

Ein wiederholtes Kopfschütteln von der Waltern und eine Miene, als ob sie sich freue dergleichen dämonische Künste nicht betreiben zu können.

»Kannst du Englisch tanzen oder wenigstens Kossak?« fragte der Blondkopf weiter.

Da lächelte die Waltern recht erhaben und geringschätzig zugleich. »Übrigens sind die Mandeln gezählt«, sagte sie, als sich Betty, vom musiklosen Reiten gelangweilt, ihr verstohlen näherte.

Frau Walter war in diesem Punkte wieder einmal langweilig, doch sie war in anderer Art interessant. Ihre Nase war eine stattliche Turmnase, ihre Stirne angenehm zwischen den ergrauenden Scheiteln. Sie hatte klare Blauaugen. Und ihr Kleid schlug schöne Falten, ihre Schürzen waren in anderer Art rein als Frau Annchens Schürzen, man hatte mehr Respekt vor ihren Schürzen. Und dann musste man wissen, wie sie es von zu Haus her gewöhnt war, man musste wissen, dass sie eine Kommode besass mit allerhand kleinen Sachen darauf, worunter Stücke waren, die geradezu bezaubern konnten: ein weisses herzförmiges Kästchen mit einer dicken, üppigen blauen Weintraube darauf, ein Mohrenknabe auf einem Kissen sitzend und eine Ziege, der leider ein Bein fehlte, alles aus Porzellan. Vor Frau Walters Hintertür schattete eine Ulme dunkel, eine herrliche grüne Nacht am hellen Tage; an ihrem Brunnen stand das Gras wie Seide und nickte, und ihr kleiner Blumengarten war über die Massen lustig. Frau Walter kochte auf geheimnisvolle Art in einem schwarzen Winkel ihrer feinen Stube. Ihr Bett sah aus als sei es aus weissem Stein gebaut.

Wenn man alle Vorzüge von Frau Walters Zuhause bedachte, dann musste man

sagen, dass es viel von ihr war, dass sie hier in der meist unordentlichen, geräuschvollen Kinderstube sass und Mandeln abzog. Die Waltern gestaltete das Zubettgehen zu einer Art Feierlichkeit, sonst war es eher der Anfang einer Walpurgisnacht gewesen. Sie sagte zwar zu Betty: warum nicht ein wenig im Hemdchen auf der Diele herumspringen; meinte damit aber ein artiges Hopsen, drei-, viermal, dass es eine lächerliche Zumutung war. Über ein Buch gebeugt las sie zu guter Letzt mit leisem Murmeln einen Abendsegen und machte dann nochmals die Runde an den Betten; es lag eine gewisse beruhigende Wirkung in ihrem Benehmen, aber auch Zwang. Die Kinder taten so, als ob sie bereits schliefen und strampelten erst, wenn die weisse Haube im Bett lag.

Wilma und Luise bekamen bald heraus, dass die Waltern von der Freude Dinge von verschiedenen Seiten zu beleuchten nichts wusste; gar nichts von der Kunst Gespräche scherzhaft zu führen hielt und keine Witze verstand, die auf Übertreibungen gegründet waren. Ausserdem, wenn man sich nicht für Feen, wilde Helden, die Pracht von *Tausend und eine Nacht* begeisterte, den Tanz nicht liebte und den Gesang von Schelmenliedern und freiheitsdurstigen Gedichten nicht schätzte, dann war es eine einfache Sache fromm zu sein. Das meinten Wilma und Luise.

Die abwesende Frau Annchen wurde gar schlecht von ihrer Stellvertreterin behandelt. Nicht etwa durch aburteilende Reden, nein, durch weit schlimmere Mittel. Brachte irgend wer die Rede auf die Verreiste, dann wehrte die Waltern mit einer Handbewegung und einem eisigen, verletzten Blick ab; gerade so tat sie, als ob es den Kindern schaden könnte nur von ihr zu hören, zugleich liess sie dann und wann durchblicken, dass sie etwas wüsste.

Der Tag kam, wo es sich zeigte, was die Waltern wusste und beabsichtigte. Sie stand am Nähtisch der Gnädigen mit über dem Leib zusammengelegten kaffeebraunen Händen und tat ihre Pflicht. Auf eine von der Hausfrau hingeworfene Klage, dass Frau Annchen öfters viel zu lebhaft, ja zu aufgeregt sei, um mit so lebhaften Kindern auszukommen, kam die Enthüllung.

Du lieber Himmel! Diese Überraschung, dies Entsetzen! Einer Frauensperson, die dem Trunke ergeben war, war das zarte Lenchen seit 2 Jahren anvertraut, einer Frau, die mit Männern. . . . Ja, jetzt sei es der herrschaftliche Kutscher Valentin aus Lubschin, vorher zu gleicher Zeit bewarben sich der Schafmeister Drews und der Bauer Drangowski um sie, erläuterte die Waltern prompt. In der Kleiderkammer abends oder auch nachts empfing sie die Betreffenden.

Die Waltern ersparte der Gnädigen keine Einzelheiten. Beflügelten Fusses und erhobenen Hauptes kehrte sie in die Kinderstube zurück, um eine Brause-limonade für die fassungslose Hausfrau zu bereiten.

Die Kinder erfuhren die schlimme Neuigkeit. Die Luft war bleischwer, der Horizont von drohenden, nahen, verzerrten Gebilden verengt. Wilma und Luise vergegenwärtigten sich diese und jene Szene; eine Menge rätselhafter Begebnisse stürmten in der Erinnerung auf sie ein, es schlangen sich Verbindungslinien zwischen den und jenen Äusserungen. Frau Annchens Bild leuchtete grässlich, als sei eine Feuersbrunst um sie aufgegangen. Welche bittere Enttäuschung! Frau Annchen vermochte es Valentins wegen ihren Dienst und ihre Liebe zu verlassen! Ah, mochte sie trinken, wenn sie Lenchen nur wahrhaft geliebt hätte!

Die Waltern aber gedieh und war Liebling bei der Herrschaft, sprach extra gewählt, sie sagte sogar statt jetzt *getzt* vor lauter Bildung und Bravheit. Sie schlug auch manchmal die Hände zusammen und seufzte mit emporgerichteten Augen wegen der Schlechtigkeit einer gewissen Person. Bald darauf konnte man sie mit einem Handtuch den Platz ausmessen sehen, wo demnächst ihre Kommode und ihr Kleiderspind in der Kammer stehen sollten. Frau Walter musste nämlich ihre hübsche Stube mit den Nippes und dem geheimnisvollen Kochofen aufgeben, weil ihre Witwenpension verpfändet war.

Frau Annchen kam zurück. Es war an einem windigen Tage, es regnete dann und wann, einige Tropfen hingen verloren an den Scheiben. Sie kam in eine gänzlich veränderte Welt zurück, o Himmel, in eine Fremde, die sie ausstieß. Grossäugig und bleich traten ihr die grossen Kinder entgegen, die kleineren beneidend, die sich über den in verschiedenen Bahnhofsrestaurationen eingesteckten Zucker freuten und die roten und gelben Bonbonfischchen in einer braunen Tüte. Lenchen streckte die Arme von dem Schoss der Waltern nach ihrer Anna aus, ihr mattes Gesichtchen strahlte. Es kam zu einer langen, feurigen, von Lauten der Wonne und innigen Küssen unterbrochenen Umarmung. Mit zwei Fingern strich Frau Annchen dem Kind die Wangen und drückte ihre Füsse an ihre Brust. Wie es vorauszusehen war, sahen sich die beiden Weiber nicht.

»Wie steht es denn mit Ihrer Schwester und Ihrem Erbteil, Frau Annchen?« fragte die geschmeidige Luise errötend.

»Ah, gose«, sagte Frau Annchen zerstreut, während sie Lenchens Anzug musterte. »Warum hat mein Goldengel die schlechteste Schürz' um? Sin' nich' bessre da? Oder will man sich mit der Wäsche schonen?«

»Wir hatten gestern Wäsche«, entgegnete Frau Walter mit Überlegenheit.

»Wie in Lumpen lässt man das schöne Kind gehn«, fuhr Frau Annchen verächtlich fort die Spitze von einem Volant herunterreisend. »Na warte mein Vögelchen, mein Herzsternchen, d e i n e A n n a macht das anders.« Lenchen schlang ihre Arme fester um Annchens Nacken. »Nu' geh ich bei meine Herrschaft«, erklärte Frau Annchen resolut. »Ich hab' für sie auch was mitgebracht, einen zwei Pfund schweren Käse, Sahnenkäse, fetten, der kost' jetzt teuer.« In einen sauberen Lappen gewickelt holte sie den Käse aus ihrer buntgestickten Reisetasche.

»Es wird geschickter sein, Sie lassen den Käse, die Herrschaft ist nicht auf Geschenke von Ihnen«, kam es vom Spirituskocher her, an dem sich die Waltern mit Würde zu schaffen machte.

Frau Annchen fuhr zusammen. Mit erschrecktem, wildem Blick sah sie die Kinder an, als wolle sie Aufklärung von ihnen, und als sie da ebenfalls Erschrecken und Mitgefühl und Hoffnungslosigkeit spürte, blickte sie mit verstellter harter Miene zu Boden. Dann ging sie, ohne den Käse.

Der Tag war zerrissen wie das harte Gemüseland draussen; doch das erlebte jetzt einen reichlichen Regen, für die Menschen aber in ihrer Verstörtheit, Verarmung und Beschämung, wo war da der Balsam zu finden?

Frau Annchen bekam den Losschein. Sie war anfänglich wie zu Stein erstarrt, fahl und stumm. Die Kinder ängstigten sich schrecklich, dass sie mit einemmal umfallen und tot sein könnte. Endlich kamen ein paar gemeinzornige, rachsüchtige Worte. Sie würde bei Leben bleiben! Schliesslich verschwand

sie in der Kleiderkammer und man konnte sich auf eine Szene gefasst machen. Die, die kam, war die äusserste in ihrer Art. Frau Annchen raufte sich die Haare, und wie sie heulte, pff. . . .

Die Hausfrau sprach mit der Waltern, und diese verzog sich noch den selben Abend ins Dorf; in vierzehn Tagen sollte sie dann ständig ihren Dienst antreten. Die vierzehn Tage Aufschub und der Waltern Abzug nahm Frau Annchen als einen Trost in ihrem gedemütigten Zustand. Ihre Redegewandtheit jedoch trat erst zu tage, als Valentin eines Nachmittags erschien. In zorniger, verächtlicher Art fuhr sie ihn an, so, als ob er an allem schuld hätte. Er hielt stand. Würde das Erbeil ausgezahlt werden? Ja, das würde es. Also lag dem nichts im Wege dass sie sich heirateten, denn, ungeachtet dass Valentin von seiner Zukünftigen wie ein Hundejunge behandelt wurde und den Eindruck gewann, als sei sie geistesgestört, wankte sein Entschluss auch nicht um Haaresbreite sie zu ehelichen.

Lenchen wurde von der gnädigen Frau für Frau Annchen abgezeichnet. Es kam zu einem Kniefall der ganz zerknirschten Kinderfrau, zum Heraufbeschwören all der gemeinsamen Erlebnisse in der schweren Krankheitszeit. Das verachtete Annchen, da hatte sie mehr geleistet als ein anderer! Die Gnädige zog ihr Taschentuch. Wilma und Luise lehnten an der Wand und wunderten sich wie unvollkommen es in der Welt herging; so unvollkommen.

Mitte November war es, da wachten die Kinder auf und fanden sich in eine andere, viel leisere, weichere, reinere Welt versetzt. Es war über Nacht Schnee gefallen. Ach, der reine neue Schnee, der von all dem, was mit Frau Annchen zusammenhing, nichts wusste. Er wusste nichts vom Laster des Trunks und abgöttischer Liebe und Abfall, nichts, nichts wusste er davon. Sein Sinn war nicht so rasch zu fassen. Man musste darüber nachdenken, was er wohl bedeutete. Man musste nachsinnen darüber, was für eine Bewandnis es mit ihm hatte; zu dem Zweck gingen Wilma und Luise dahin, wo er seine beste Entfaltung hatte, das war natürlich in dem Kiefernwäldchen mit seiner Vorhalle aus Birken. Der merkwürdige Schneeschaten, der Duft, der Duft nach Reinheit! Was meinte die veränderte Welt mit ihren weissen stillen Augen, die überall von allen Seiten blickten und die selbe rätselhafte Forderung oder Botschaft ausdrückten? Das niedrige Gebüsch, wie wunderbar mit seiner weiss gezeichneten Wirrnis, und die Meise zirpte verstohlen. Vielleicht wusste sie etwas von der Bedeutung der veränderten Welt.

Zum erstenmal nach der schlimmen Kinderfrauenaffäre erhoben sich die vor Erregungen und schrecklichen Bildern beladenen Gedanken der Kinder und schwebten, ein wenig mitgenommen und schüchtern, doch aufwärts zu reinem, dankbarem Geniessen.

Wilma und Luise kamen ins Haus zurück in die Kinderstube, die Arena für die Geschehnisse der letzten Wochen: Hsch, eine neue Zeit hatte angefangen, die Schneezeit, die leise, gute Zeit. Mit dem da draussen waren sie hoch zufrieden, doch leider, die Waltern vorzufinden passte nicht zu dem neuen Zustand. Mit einemmal wissen Luise und Wilma wonach sie verlangen: Auf der Bank vor dem veilchenfarbenen pockennarbigen Ofen, wo die Waltern mit Mäxchen auf dem Schoss sitzt, da sollte ein Engel sitzen, ein erbarmender, starker Engel. Mit Flügeln? Nein, das konnten Wilma und Luise nicht erwarten, einer ohne Flügel, einer, der ein einfaches Kleid anhat und auf den

ersten Blick gar nicht so verschieden von Menschen ist. Doch sieht man näher hin, und das muss man tun, weil man nicht anders kann als dieses Wesen scharf aufs Korn nehmen, dann sieht man, dass Licht in ihm ist, man merkt, dass er alles weiss und das Beste will, dass er Frau Annchen begreift und die Waltern und alles auf dem Landgut, dass er lächelt und schlichtet und den Weg weiss. Wenn er den Mund auftut: ah, mit Zustimmung von ganzer Seele, mit Entzücken muss man ihm zuhören. Solch ein höheres Geschöpf, das durchaus mehr weiss als Wilma und Luise nur im stande sind zu fordern, dass jemand wissen müsste, eins, das so schön und beschwichtigend ist wie der Schnee, das sollte da unter ihnen sein.

Die Waltern wusch indes dem unartig quarrenden Mäxchen umständlich die Ohren, dabei erzählte sie der Mamsell, die mit einer grossen Gabel in der Faust in der Türe lehnte, mit geschmeicheltem Tonfall vom Albert. Was gab's denn schon wieder mit Albert zu prahlen? Er bastelte seiner Mutter ein Nähkästchen aus Zigarrenkistenbrettern in den Feierstunden, und Mutter und Sohn fühlten sich hochbegabt. Ach, du Himmel, und die Kunigunde. . . Wilma und Luise sahen sich unter hochgezogenen Augenbrauen wehmütig, ironisch an und verzogen sich nach dem Fensterplatz. Da verständigten sie sich mit wenigen Worten; es war an der Zeit ihre Mäppchen mit Papierabfällen herauszusuchen und die Bleistifte. Emsig fingen sie an zu zeichnen. Es wurden Sybillen daraus, mächtige, herrlich gedachte Frauengestalten vor dem Ofen, mit Mäxchen im Schoss, die Zeichnerinnen selber und die Geschwister rund herum in den Falten ihrer grossen Kleider. Wilma nahm Buntstifte, um eine Gloriole herzustellen für das höhere Wesen. Luise konnte sich zu Farben nicht entschliessen, sie zeichnete Schnee als Hintergrund, und als ihr der zu eintönig wurde, füllte sie die freien Stellen rechts und links vom Ofen mit Meerespflanzen aus, die ebenso gut Perlenschnüre und Kronen als Blüten und Früchte trugen.

Das waren ein paar herrlich ausgefüllte Stunden. Wilma und Luise hatten glücklicherweise auch in diesem Fall den Zugang zu der ergänzenden, tröstenden Welt des Gedankens, der Kunst, gefunden.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Maurenbrecher

Regierungswechsel

Fürst Bülow liebt die unerwarteten Lösungen. Er hat die Ablehnung der Erbschaftssteuer durch den agrarischen Block nicht mit einer Reichstagsauflösung beantwortet, weil er, wie er selbst sagte, eine Verstärkung des Radikalismus im Parlament und einen Wahlkampf nach rechts nicht wünsche. Er hat sich aber auch persönlich dem Willen der neuen Mehrheit nicht gefügt sondern ist gegangen. Der Kaiser hat zu seinem Nachfolger denjenigen Mann er-

nannt, der schon bisher der erste Gehilfe der Bülow'schen Politik gewesen war. Bülow hat also formell recht behalten, wenn er den Konservativen gesagt hat einen konservativeren Kanzler als ihn würden sie jedenfalls nicht erhalten. In der Sache aber haben doch die Konservativen gesiegt. Trotz der Ernennung eines nicht streng parteipolitisch konservativen Reichskanzlers hat auch der Kaiser die konservative Finanzreform unterschrieben. Der Konflikt löste sich in einer wochenlangen Zeitungspolemik zwischen Bülow, Regierung und Nationalliberalen auf der einen und der konservativ-klerikalen Tages-

presse auf der andern Seite über die Frage, wer eigentlich der Ministerstürzer gewesen sei. Die konservativ-klerikale Mehrheit fühlt sich in der Rolle einer konstitutionellen Mehrheitspartei im Parlament unbehaglich. Es ist ihr offenbar sehr angenehm, dass sie nicht die Regierung durch einen ihrer Parteimänner zu besetzen braucht. So haben wir wiederum das erbärmliche Schauspiel, dass die Mehrheit unseres Reichstags sich zu der parlamentarischen Macht, die sie in Wahrheit heute schon besitzt, öffentlich nicht selbst bekennen will. Das Grundübel der deutschen Politik, nämlich die Furcht vor der Verantwortlichkeit, die die politischen Parteien verhindert nach englisch-französischem Muster eine Parlamentsherrschaft zu errichten, liegt damit wiederum offen zu Tage.

Der Bundesrat hat vielleicht zum erstenmal in der Geschichte des neuen Deutschen Reichs entscheidend in die Lösung einer Krisis eingegriffen. Er hat sein Möglichstes getan die Auflösung des Reichstags zu verhindern und auch über die Leiche des Reichskanzlers hinweg die agrarische Steuerreform zu akzeptieren. Die Motive dafür sind wenig erfreulicher Natur. Die bundesstaatlichen Regierungen brauchten Geld; die Mehrheit kam ihnen entgegen, indem sie die bisher gestundeten Teile der Matrikularbeiträge auf Anleihekonto der Reichskasse übernahm. Der Abgeordnete Singer hatte recht diesen Handel als eine *Lumperei* zu bezeichnen. Die einzelstaatlichen Regierungen haben damit bewiesen, dass sie für die Umgestaltung der politischen Kräfte in Deutschland nicht mehr in betracht kommen. Sie nehmen das Geld, woher sie es kriegen. Sie werden mit jeder Parteikonstellation sich verständigen, die überhaupt Einnahmen gewährt; und das muss ja jede Partei tun, die die Regierung übernimmt. Der Widerspruch des Bundesrats gegen die Erbschaftssteuer ist ein reines *Lamfari* geworden. Er wird auch die Erbschaftssteuer akzeptieren und ebenso schliesslich die Reichseinkommensteuer, wenn ihm kein anderer Ausweg bleibt.

X
Partei- X
gruppierung Bei der entscheidenden Abstimmung stimmten die Nationalliberalen, die freisinnige Fraktionsgemeinschaft und die Sozialdemokratie zusammen. Sie lehnten gemeinsam sowohl die Besitzsteuern

der Rechten als auch die von der Regierung geforderten indirekten Steuern ab. Beurteilt man die Parteien nur nach ihren Taten und nicht nach ihren vorherigen Reden, so ist die Einheitlichkeit auf der Linken von *Bassermann bis Bebel* in diesem Augenblick verwirklicht gewesen. Aber den Parteien selbst war bei dieser Gruppierung unheimlich zu Mute. Die sozialdemokratische Fraktion liess durch den Parteivorsitzenden Singer erklären, sie werde die Liberalen nicht nach ihren Taten sondern nach ihren Absichten behandeln und sie um der 400 Mill. M. indirekter Steuern willen, die sie zwar nicht bewilligt haben, aber unter Umständen bereit gewesen wären zu bewilligen, ebenso rücksichtslos zu bekämpfen wie die agrarische Mehrheit. Und auch die liberale Fraktionsgemeinschaft erklärte durch den Mund ihres Vorsitzenden Wiemer, dass sie an den Block von *Bassermann bis Bebel* nicht glaube. Beide Erklärungen sind durch die masslose agitatorische Verbitterung, die zwischen den Parteien besteht, zu erklären und geben ohne Zweifel in beiden Parteien der derzeitigen Stimmung der Mehrheit Ausdruck. Die Frage der Zukunft bleibt, ob diese Erklärungen nicht an der ehernen Notwendigkeit der Stichwahlentscheidungen bei den nächsten Wahlen eine gewisse Korrektur erleiden werden. Das heisst, die Frage ist in erster Linie die, ob die freisinnige Fraktionsgemeinschaft und die Nationalliberalen gegebenenfalls einem Sozialdemokraten gegen einen Agrarier zum Sieg verhelfen werden. Für die Sozialdemokratie aber wird die Frage sein, ob wir uns durchgängig und in allen Landesteilen daran gewöhnen können das Zentrum und die Polen nicht mehr als das kleinere Übel gegenüber einem Nationalliberalen oder Freisinnigen zu betrachten. Stärker als die Einigung der gesamten Linken tritt die Einigkeit innerhalb des bürgerlichen Liberalismus hervor. Die Einigungsverhandlungen zwischen den 3 linksliberalen Parteien sind in ein neues Stadium getreten und unterliegen zurzeit der Beratung eines aus 3 Männern bestehenden Ausschusses. Was sie ergeben werden, ist noch nicht zu sagen. Die Stimmung zur organisatorischen Verschmelzung der 3 Parteien ist aber ohne Zweifel im Wachsen begriffen; ob sie schon stark genug sein wird die ihr entgegenstehenden persönlichen Interessen einzelner Berliner Parteiführer zu überwinden bleibt abzuwar-

ten. Auch die Nationalliberalen erleben eine Regeneration nach der Linken. Die 3 Mitglieder des *Bundes der Landwirte*, die in der nationalliberalen Fraktion sassen (Lehmann-Jena, Freiherr von Heyl, Graf Oriola), sind ausgetreten oder vielmehr, wie die Ausführenden des Freiherrn von Heyl zu beweisen scheinen, durch einen Beschluss der Fraktion zum Austritt gedrängt worden. In den beiden Landesteilen, in denen bisher die Verquickung mit den Agrariern innerhalb der nationalliberalen Partei am stärksten gewesen ist, in Hessen und in der Pfalz, sind bemerkenswerte Zeichen für eine Verbindung der Nationalliberalen mit den Linksliberalen zu beobachten. In Darmstadt hat eine Versammlung stattgefunden, in der Pfarrer Korrell, der Führer der hessischen Linksliberalen, der selbe, den kurz zuvor die Nationalliberalen einem Zentrumsmanne gegenüber hatten durchfallen lassen, und der Vorsitzende der nationalliberalen Landespartei freundschaftliche Erklärungen über ein mögliches Zusammengehen in der Zukunft gewechselt haben. Und in der Pfalz haben die Nationalliberalen sich bei der Nachwahl in Landau, auf den Druck der Parteileitung hin, vom *Bund der Landwirte* getrennt und gemeinsam mit den Linksliberalen eine Kandidatur aufgestellt, während der *Bund* selbständig in die Wahlen ging. Die Wahl in Landau ist überhaupt ein gutes Symptom für den Einfluss, den die politischen Vorgänge der letzten Monate auf die Entwicklung der einzelnen Parteien gehabt haben. Es sind im ganzen diesmal 3354 Stimmen weniger abgegeben worden als bei den Blockwahlen des Jahrs 1907. Die damaligen Blockparteien haben trotz ihrer jetzigen Spaltung, die auf die Agitation der einzelnen doch hätte belebend wirken müssen, über 3600 Stimmen verloren (Rückgang von 14 613 auf 10 945). Auch das Zentrum hat über 1600 Stimmen eingebüsst; dagegen ist die Sozialdemokratie um fast 2000 Stimmen gewachsen und ist mit dem Liberalen in die Stichwahl gekommen. Sie hat also beiden bürgerlichen Gruppen Stimmen abgenommen. Ausserdem ist bemerkenswert, wie klein die *bündlerische* Gruppe innerhalb des Blocks von 1907 gewesen ist. Jetzt, wo sie mit einem eigenen Kandidaten hervortreten musste, hat sie nur 2088 Wählerstimmen auf sich vereinigt; das ist nur ungefähr ein Siebentel der Blockstimmen von 1907. Man darf also

sagen, dass die vereinigten Liberalen gegenüber dem *bündlerischen* Ansturm das Feld glänzend behauptet haben, wenn sie auch nach der Seite der Sozialdemokratie hin wohl starke Verluste erlitten.

× **Bauernbund** Ein Zeichen, dass die Nationalliberalen den ersten Wunsch haben sich von der parteipolitischen Umgarnung durch den *Bund der Landwirte* zu lösen ist neben dem *Hansabund*, von dem bereits in meiner letzten Rundschau (siehe pag. 856 ff.) und in dem Artikel Calwers (*Die Organisation des mobilen Kapitals*, pag. 875 ff.) die Rede war, die Gründung des *Deutschen Bauernbundes*, die Ende Juni im polnischen Ansiedlungsgebiet vollzogen wurde. Mit Bauern aus Hannover, aus Pommern und aus den Ansiedlungsbezirken selbst soll hier dem *Bund der Landwirte* eine rein bäuerliche Konkurrenzorganisation entgegengestellt werden, die zurzeit unter nationalliberaler Führung steht. Die Gründer haben mit grossem Geschick diejenigen Interessen in den Vordergrund ihrer Agitation gerückt, in denen wirklich bäuerliches Berufsinteresse dem politischen und wirtschaftlichen Interesse der Grossgrundbesitzer widerspricht. Wenn diese Gründung Erfolg hat, wenn es ihr gelingt eine Berufsvertretung vielzuchtender Bauern zu bilden, kann das für die Gesundung unserer politischen Verhältnisse in Deutschland nur vorteilhaft sein. Auch hier wäre demnach mehr freundliche Aufmunterung als billiger Spott am Platz.

× **Persien** Nach langen Vorbereitungen hat nun auch in Persien die liberale Bourgeoisie den revolutionären Hauptschlag geführt. Dem Staatsstreich des Schahs, der vor einem Jahr das Parlament geschlossen und die eben gegebene Verfassung wieder suspendiert hatte, ist nunmehr die militärische Erhebung der Revolutionäre gefolgt. Sie haben es verstanden die wichtigsten Teile der nomadischen Bevölkerung des inneren Persiens für sich in Aktion zu setzen. So haben sie, nachdem sie schon vor langer Zeit die Provinzhauptstadt Täbris in ihre Gewalt gebracht hatten, nunmehr auch den militärischen Vorstoss gegen die Landeshauptstadt Teheran gewagt. Es schien einen Augenblick, als sollten die russischen Truppen, die in das nördliche Persien vorgeschoben waren, ihnen Schwie-

rigkeiten bereiten. Aber der rasche Sieg der Revolutionäre hat diese Pläne vereitelt, wenn sie überhaupt bestanden haben. Der Schah ist entthront. Die neue Regierung ist in den Händen der Liberalen. Und Russland und England haben bis jetzt ihren Segen zu dieser Entwicklung gegeben. Ob aus den vollständig unfertigen Zuständen des Landes selbst sich kontrerevolutionäre Kräfte entwickeln werden, die die augenblickliche Ordnung der Dinge wieder umstürzen könnten, ist eine Frage, die man aus der Ferne nicht leicht beantworten kann.

× **Kurze Chronik** In Frankreich ist das Ministerium Clemenceau am 20. Juli bei einer Abstimmung über die Missstände in der Marine in der Minderheit geblieben. Clemenceau musste daraufhin seine Demission einreichen. Über die wichtigen Begleitumstände dieses Regierungswechsels wird in der nächsten Rundschau berichtet werden. × Die türkische Regierung hat zwei wichtige Errungenschaften zu verzeichnen. Durch Eingreifen der Schutzmächte ist sowohl die kretische Bevölkerung wie die griechische Regierung davon abgebracht worden den Plan der Angliederung Kretas an Griechenland im Augenblick weiter zu verfolgen. Das war das meiste, was die türkische Regierung in der kretischen Frage für jetzt vernünftigerweise erhoffen durfte. Und in Albanien ist es ihr gelungen durch drakonische Unterdrückung die auf Autonomie gerichtete Bewegung im Blut zu ersticken. × In Griechenland ist die bisherige Regierung gestürzt. Das Ministerium Rhallis, das an ihre Stelle tritt, hat zwar erklärt die Mahnung der Schutzmächte in der kretischen Frage annehmen zu wollen, bedeutet im übrigen aber doch den Übergang zu einer aktiveren antitürkischen Politik und als Vorbereitung dazu zu einer gründlichen Reorganisation der Armee. × In Marokko sind plötzlich die Spanier in ernsthaftere, militärische Schwierigkeiten verwickelt worden. Sie haben lebhaft und schwierige Kämpfe mit einheimischen Stämmen zu bestehen gehabt. Das ist der Anlass gewesen, dass manche Gruppen in Spanien die Parole einer Aufteilung Marokkos ausgegeben haben. Offenbar stehen dahinter die wirtschaftlichen Interessen der spanischen Minenbesitzer an der Nordküste Marokkos. Zu welchen weiteren Komplikationen die Affäre zu führen vermag,

ist noch nicht zu übersehen. × Der *Hansabund* entfaltet in allen grösseren Orten Deutschlands eine rührige Agitation. Er hat bereits mehrere grosse und zahlungsfähige Ortsgruppen gebildet. Es scheint, als habe ein Teil der nationalliberalen Professorenschaft die Absicht sich an seiner Agitation zu beteiligen. Laband und Helfferich sind schon hervorgetreten, und andere werden wahrscheinlich folgen.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Genossenschaftstag 1909 Das goldene Mainz war es, das in diesem Jahr die Ehre hatte in seiner prächtigen Stadthalle das Konsumgenossenschaftliche Parlament zu begrüssen. Über 600 Delegierte hatten sich zu dem 6. Genossenschaftstag des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine*, der vom 14. bis zum 16. Juni abgehalten wurde, eingefunden, ausserdem die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen der in den Genossenschaften beschäftigten Arbeiterkategorien, ein Delegierter der *Generalkommission* und zahlreiche Gäste von ausländischen Genossenschaftsorganisationen. Die hessische Regierung hatte auf die Einladung des Verbands nicht reagiert; dagegen war der Bürgermeister von Mainz Dr. Schmidt erschienen, dessen Begrüssungsrede sich durch eine vorurteilslose und grosszügige Auffassung der Konsumgenossenschaften auszeichnete. Als Vorsitzende fungierten Verbandsdirektor Radestock - Dresden, Barth-München und Bauer-Mainz. Nach den üblichen Begrüssungsreden und den Ansprachen der Gäste, bei denen besonders von den englischen Delegierten der völkerverbrüdernde und allem Chauvinismus abholde Charakter der Genossenschaftsbewegung stark betont wurde, ergriff der Sekretär des *Internationalen Genossenschaftsbundes* Dr. Hans Müller-Zürich das Wort zu einem Referat über die Aufgaben und Ziele dieser Organisation, in dem er hervorhob, dass es in erster Linie erforderlich sei den *Internationalen Genossenschaftsbund* zu einer wirklichen und permanenten Zentralstelle des internationalen Verkehrs der Genossenschaften unter einander auszubauen.

Der 1. Hauptverhandlungstag wurde durch die Berichte des Vorstands und des Generalsekretärs eingeleitet, deren wichtigste Tatsachen bereits (in diesem Bande, pag. 791 ff.) mitgeteilt wurden. Radestock-Dresden, der den Vorstands-

bericht erstattete, begründete ausserdem eine Resolution, die das Eingehen des *Jahr- und Adressbuchs deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften* bedauert und die Aufmachung einer fortlaufenden Reichsstatistik über das Genossenschaftswesen fordert. Diese Resolution, die einstimmig Annahme fand, soll dem Reichstag zugestellt werden. Sodann folgte das Referat des Redakteurs der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* Dr. August Müller über *Produzentenkartelle und Konsumentenorganisationen*. Der Redner brachte ein ausserordentlich reichhaltiges und wertvolles Material über das Bestehen und die Wirksamkeit von Kartellen vor, nach dessen Schluss ihm jedoch nicht ganz mit Unrecht der Vorwurf gemacht wurde, dass er bei der Frage nach einem wirksamen Schutz des konsumierenden Publikums gegen die preistreibende und ausbeuterische Wirksamkeit dieser Verbindungen die Notwendigkeit der politischen und gesetzgeberischen Bekämpfung völlig ausser acht gelassen habe. Allein mit der freiwilligen Organisation der Konsumenten ist es diesen mächtigen kapitalistischen Gebilden gegenüber denn doch nicht getan, und wenn auch auf einem Genossenschaftstag selbstverständlich die Konsumentenvereinigung in den Vordergrund gestellt werden muss, so ist doch schon zur Vermeidung von Missverständnissen der Hinweis auf die sonst noch dem Volk zur Verfügung stehenden Kampfmittel nicht überflüssig. Über die Entwicklung der Unterstützungskasse vom 1. Januar 1906 bis zum 31. Dezember 1908 referierte H. Kaufmann. Demnach betrug die Zahl der der Kasse angeschlossenen Vereinigungen Ende 1908 125 und die der versicherten Personen 3527. Damit ist etwa die Hälfte der gegenwärtig beitragsberechtigten Personen tatsächlich versichert. Die Einnahmen der Kassen betrugen im letzten Jahr aus Beiträgen 339 247 M., aus Zinsen 21 884 M.; das Vermögen 744 305 M. In dem folgenden Referat E. Kretschmers wurde den Genossenschaften, die dazu finanziell in der Lage sind, die Errichtung von Ferienheimen für ihre Angestellten und Arbeiter empfohlen, die aus den Mitteln der Unterstützungskasse hypothekarisch beliehen werden sollen. Einer vom Redner vorgeschlagenen Resolution stimmte der Genossenschaftstag einstimmig zu. Der 2. Verhandlungstag brachte als Einleitung zu dem wichtigsten Punkt der

diesjährigen Tagesordnung ein vorzügliches Referat Adolph von Elms über die Revision der Tarife mit den Bäckern und den Transportarbeitern. Von Elm betonte zunächst die Verpflichtung der Konsumvereine, soweit ihre Konkurrenzfähigkeit dadurch nicht vernichtet würde, vorbildliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise und Mieten in den letzten Jahren haben eine Erhöhung der Normallöhne unbedingt zur Notwendigkeit gemacht. So sind in dem neuen Tarif für die Bäcker in 3 Klassen Lohn-erhöhungen von 50 Pf. bis 2 M. wöchentlich vorgesehen, die vom 1. August 1912 ab je um 1 weitere Mark steigen werden. Der Anfangslohn für Bäcker-gehilfen steigt dadurch in den Orten ohne Ortszuschlag von 23 auf 24,50 M., während er in den Ortschaften mit dem höchsten Ortszuschlag von 30 % statt 29,90 M. 33,90 M. betragen wird. Zieht man ferner in betracht, dass die Arbeitszeit in den Genossenschaftsbäckereien bei kontinuierlichem Betrieb 8 Stunden einschliesslich einer Essenspause von 20 Minuten beträgt, in den nicht kontinuierlichen 9 Stunden, so muss anerkannt werden, dass die genossenschaftlichen Arbeitsbedingungen die in Privatbäckereien allgemein üblichen weit hinter sich lassen. Auch für die Transportarbeiter wurden Lohnerhöhungen festgesetzt. Hier sind ebenso wie bei den Bäckern 3 Klassen geschaffen worden, und die Lohnerhöhung tritt in 2 Absätzen ein. Die Sätze sind die selben wie bei den Bäckern; die endgültigen Lohnerhöhungen nach 3 Jahren werden 7, 9 und 14 % betragen. Auch die Löhne der weiblichen Arbeiter wurden, wenn auch nicht im gleichen Verhältnis, erhöht. Ferner wurden Vergünstigungen hinsichtlich der Arbeitszeit zugestanden. Die Erhöhung der Ortszuschläge, die von den Gewerkschaften gefordert wurde, wurde dem künftigen Tarifamt überlassen. Die vorgeschlagenen Tarife wurden, ohne dass vom Genossenschaftstag irgend welche Änderungen daran vorgenommen wurden, mit allen gegen 8 Stimmen angenommen. Es ist hoch erfreulich, dass die beiden neuen Tarife sowohl in dem Organ der Bäcker als auch in dem der Handlungsgehilfen willige Anerkennung gefunden haben, wenn es auch selbstverständlich ist, dass nicht alle Wünsche der Gewerkschaften erfüllt werden konnten. Ein Antrag des Konsumvereins Nürn-

berg, nach dem die Konsumvereine verpflichtet werden sollen beim Einkauf von Waren darauf zu achten, dass diese nicht in Zuchthäusern oder Gefängnissen hergestellt sind, und der ferner die Unterstützung aller Bestrebungen zur Beseitigung der schlimmen Zustände in der Heimindustrie fordert, wurde dem Vorstand des *Zentralverbands*, der darüber bereits mit der *Generalkommission* in Verhandlung steht, zur weiteren Behandlung überwiesen. Über die Tätigkeit des Tarifamts referierte Heinrich Kaufmann, der dem Genossenschaftstag wichtige Entscheidungen vortrug. Die Zahl der Mitglieder wurde auf 5 erhöht. Bei den Wahlen wurden Max Radestock als Vorsitzender und das ausscheidende Vorstandsmitglied Konrad Barth wiedergewählt. Ebenso wurden die drei Ausschussmitglieder von Elm-Hamburg, Staudinger-Darmstadt und Pobbig-Zwickau wieder auf ihre Posten berufen. Mit einem Schlusswort des Vorsitzenden Radestock fanden die in jeder Beziehung harmonisch verlaufenen und von Erfolg gekrönten Verhandlungen des Genossenschaftstags ihr Ende. Der nächste Kongressort wird wieder eine süddeutsche Stadt, nämlich München, sein.

Dem Genossenschaftstag ging die Generalversammlung der Unterstützungskasse des *Zentralverbands* voraus, über deren Entwicklung ich bereits oben berichtete. Von den Beschlüssen ist der zu erwähnen, nach dem der Vorstand und Verwaltungsrat ermächtigt wurde den Genossenschaften zur Errichtung und Einrichtung von Ferienheimen Hypotheken und Darlehen zu einem niedrigen Zinsfuß zu gewähren. Ferner sollen jährlich 10000 M. aus den Mitteln der Kasse zu Unterstützungen für bedürftige Mitglieder, die einer Kur bedürfen, verwendet werden.

× An den Genossenschaftstag schloss sich wie alljährlich die Generalversammlung der *G. E. G. an*. Den Geschäftsbericht, den der Geschäftsführer Scherling erstattete, habe ich bereits ausführlich besprochen (siehe diese Rundschau, pag. 733 ff.). Die Ausführungen Scherlings wurden durch die des Geschäftsführers Lorenz ergänzt, der Mitteilungen über die am 1. Januar 1911 stattfindende Angliederung der *Tabakarbeitergenossenschaft* und über den Bau der Seifenfabrik in Gröbma machte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass in jeder Jahresfrist mit der Seifenpro-

duktion sofort in grossem Umfang wird begonnen werden können. In Chemnitz wird ein neues Lagerhaus gebaut werden müssen, da das vorhandene nicht mehr ausreicht. Es wurde sodann dem Vorstand Entlastung erteilt, und die Verteilung des Reingewinns in der vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Weise vorgenommen, wonach etwa ein Viertel als Rückvergütung auf den Umsatz verteilt, das übrige zur Verzinsung des Anteilkapitals und der Fonds sowie zur Dotierung der letzteren verwandt wird. Nachdem die Erhöhung des Stammkapitals auf 2 Mill. M. einstimmig beschlossen war, und die Neuwahl und Ergänzungswahlen für den Aufsichtsrat vorgenommen waren, fand die Generalversammlung ihren Abschluss.

× England Alljährlich findet in der Pflingstwoche der Kongress des britischen Genossenschaftsbundes statt, der diesmal in Newcastle on Tyne tagte. Über die Verhandlungen des Kongresses werde ich in der nächsten Rundschau berichten, heute seien nur aus dem Bericht des Zentralausschusses die folgenden wichtigsten Zahlen und Daten wiedergegeben.

	1907	1908	Zunahme (+) resp. Abnahme (-)
Zahl der dem Bund angehörenden Genossenschaften . .	1582	1560	-22
Davon erstatteten Bericht . .	1566	1548	-18
Mitgliederzahl	2434085	2516194	+82109
Anteilkapital (i. M.)	641104580	664899600	+23795020
Umsatz (i. M.)	2114353980	2151013080	+36659100
Reingewinn „	240066820	234572940	-5493880

Über die Teilergebnisse dieser allgemeinen Statistik erfahren wir folgendes: Von den beiden Grosseinkaufsgesellschaften, die dem Verband angeschlossen sind, zählt die englische 1139 Vereine und die schottische 275. Der Umsatz der englischen *C. W. S.* hat im Berichtsjahr eine kleine Steigerung, von 495 731 360 M. auf 498 056 840 M., erfahren, während für die schottische Schwestergesellschaft die schwere Zeit der wirtschaftlichen Depression in einem Rückgang des Umsatzes von 152 069 200 M. auf 150 622 520 M. zum Ausdruck kam. Die Konsumvereine haben zwar ihre Zahl wiederum, von 1443 auf 1428, verringert, eine Folge von stattgefundenen Verschmelzungen; ihre Mitglieder-

zahl stieg jedoch von 2 323 378 auf 2 404 595, ihr Umsatz von 1 362 950 580 M. auf 1 359 665 560 M., während ihr Reinüberschuss einen kleinen Rückgang, von 217 986 640 M. auf 215 460 100 M., aufweist, der aber durch eine höhere Verzinsung des Anteilkapitals teilweise ausgeglichen wird. Von den Produktivgenossenschaften ist zu berichten, dass sich ihre Zahl um 5, auf 120, verringert hat. Auch die Zahl der beschäftigten Personen ist von 8385 auf 8181 herabgegangen. Dennoch ist der Umsatz von 59 470 980 auf 61 861 340 M. gestiegen. Weit bedeutender als die Produktion der eigentlichen Produktivgenossenschaften ist bekanntlich die der Konsumvereine und ihrer Grosseinkaufsgesellschaften. So beschäftigten die beiden C. W. S. in ihrem Produktivabteilungen 20 190 Personen (1841 mehr als im Vorjahr), und stellten darin für 160 382 980 M. Waren her. Die Konsumvereine beschäftigten 21 430 (20 785) produktive Arbeiter, die den Wert von rund 155 Mill. M. erzeugten. Der Umfang der Eigenproduktion für den organisierten Konsum hat also die Höhe von 300 Mill. M. überschritten und übertrifft damit den der Produktivgenossenschaften um das Fünffache. Insgesamt werden in der genossenschaftlichen Produktion, mit Ausnahme der von den landwirtschaftlichen Genossenschaften betriebenen, von einer Armee von 44 000 Arbeitern Waren im Werte von 377 Mill. M. hergestellt. In der Warenverteilung werden von den Konsumvereinen und ihren Zentralorganisationen 64 000 Personen beschäftigt. Über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften fehlen leider genauere Angaben. Wir erfahren nur, dass sie weitere gute Fortschritte machen, und dass der *Agricultural Organisation Society* Ende 1908 293 Genossenschaften mit 15 000 Mitgliedern und 17 Mill. M. Umsatz angeschlossen waren. Es waren dies grösstenteils Ein- und Verkauf-, ausserdem einige Molkerei- und Kreditgenossenschaften. Infolge des Gesetzes zur Schaffung kleiner Landstellen wurden allover im letzten Jahre 96 Genossenschaften neu ins Leben gerufen. Die landwirtschaftliche Eigenproduktion der Konsumvereine ist nach wie vor ein Schmerzenskind. 86 Konsumvereine bewirtschafteten 3220 ha eigenes und 216 008 ha gepachtetes Land, wobei sie Gewinne in Höhe von 124 760 M. erzielten, denen aber 119 790 M. Verluste gegenüberstehen.

Eine umfangreiche Tätigkeit entfalten wiederum die einzelnen Komitees. Das Bildungskomitee teilt mit, dass an den von ihm veranstalteten Kursen 15 112 Schüler, darunter 10 781 Jugendliche, teilnahmen. Besonders wertvoll sind die Kurse für genossenschaftliche Buchführung und Geschäftsführung, die von 2977 Personen besucht wurden. Das parlamentarische Komitee hatte sich wiederholt mit wichtigen Materien zu beschäftigen und legte dem Kongress eine Anzahl Resolutionen über diese Punkte vor.

X

X

Kurze Chronik Für die Seifenfabrik der G. E. G. wurde am 3. Mai in Gröba bei Riesa der erste Spatenstich getan. X Das Gewerkschaftskartell in Breslau hat beschlossen einen auf wirklich genossenschaftlicher Basis bestehenden Konsumverein zu errichten, nachdem es sich herausgestellt hat, dass die Organisation des am Orte bestehenden, 90 000 Mitglieder zählenden Vereins den Tausenden von Arbeitermitgliedern es sehr erschwert sich den ihnen gebührenden Anteil an der Verwaltung zu verschaffen und diese dadurch in etwas mehr sozialem Sinn zu beeinflussen. Die Schwierigkeiten, die das junge Unternehmen, zu dem die Vorarbeiten bereits kräftig gefördert sind, zu überwinden haben wird, dürften jedenfalls keine geringen sein. X Am 21. und 22. Juni fand in Oldham der diesjährige Kongress der englischen Frauengilde statt. Auf der Tagesordnung standen die Fragen des Minimallohns, der Dividendenhöhe, des Kreditgebens der Konsumvereine, des Frauenstimmrechts, des Halbtagssystems für Jugendliche, der ärztlichen Behandlung der Schulkinder und anderes, jedenfalls ein sehr reichhaltiges Programm.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Wohnungsinspektion

Vor kurzem ist der Jahresbericht des hessischen Landeswohnungsinspektors für das Jahr 1908 erschienen, der, zwar in etwas engerem Rahmen gehalten als in den Vorjahren, doch wiederum ein ausserordentlich reichhaltiges Material über die hessischen Wohnungsverhältnisse und ihre langsame Verbesserung beibringt. Das Jahr 1908 war ein Krisenjahr, und der Rückgang der Bau-tätigkeit ist infolgedessen ein sehr erheblicher gewesen. Gerade von den wirtschaftlich am höchsten entwickelten

Bezirken des Landes wurde ein Dar-
niederliegen des Baugewerbes gemeldet.
Die Aussichten auf Besserung sind bis-
her sehr gering. Dieses Versagen der
Bautätigkeit bedeutet für die Wohnungs-
inspektion ein grosses Hindernis. Sie
ist gezwungen noch langsamer und vor-
sichtiger vorzugehen als sonst. Die Er-
mittlungen über die Zahl der leerstehen-
den Wohnungen haben daher auch im
allgemeinen eine Verringerung des Woh-
nungsangebots ergeben. Das trifft nicht
nur für die grossen Städte zu sondern
eben so sehr auch für eine grosse Zahl
anderer Gemeinden. Ein durch die
Krise verursachtes Zurückfluten der Be-
völkerung aus den Industriezentren auf
das Land lässt sich allerdings aus der
Bewegung auf dem Wohnungsmarkt
nicht nachweisen. Denn gerade in den
hessischen Industriezentren ist die Ab-
nahme der leerstehenden Wohnungen
besonders erheblich. Hierbei hebt der
Landeswohnungsinspektor hervor, dass
sich nach seinen vielfachen Beobachtun-
gen der segensbringende Einfluss eines,
wenn auch nur kleinen Grundbesitzes
für die Arbeiterbevölkerung niemals in
so überzeugender Weise gezeigt habe wie
in der letzten wirtschaftlichen Krise.
Soweit die Arbeiter etwas Grundbesitz
haben, können sie sich über die bösen
Zeiten der Verdienstlosigkeit viel besser
hinweghelfen als ohne solchen. Sie be-
stellen ihren Acker und ihren Garten,
ziehen sich selbst Kartoffeln und Ge-
müse, können sich etwas Vieh halten,
finden Verdienst bei Landwirten oder
im Gemeinewald usw. Der Landes-
wohnungsinspektor empfiehlt daher die
nachdrücklichste Förderung aller Be-
strebungen, die den Minderbemittelten
ein eigenes Heim schaffen wollen, insbe-
sondere der gemeinnützigen Bauvereine,
die den Erwerb eines solchen erheblich
erleichtern.

Mit dem Mangel an Wohnungen hängt
es auch zusammen, dass aus einer
grösseren Anzahl von Gemeinden ein
Steigen der Mietspreise gemeldet wurde.
Die Steigerungen schwanken bei den aus
2 Räumen einschliesslich Küche bestehen-
den Wohnungen zwischen 3 und 40 %,
bei denen von 3 Räumen zwischen 5 und
50 %. Ein Herabgehen der Mieten war
nur in wenigen Gemeinden zu beobachten.
Der günstige Einfluss der Wohnungs-
aufsicht auf die Beschaffenheit der klei-
nen Wohnungen und die Art ihrer Be-
nutzung hat auch im Berichtsjahr wie-
der Fortschritte gemacht. (Wie ein

Ortswohnungsinspektor bemerkt, über-
legen sich die Parteien bei Abschluss
eines Mietvertrags bereits, ob die Woh-
nung auch den gesetzlichen Anforderun-
gen an Luft, Licht, Grössenverhält-
nisse usw. entspricht. Doch fehlt es im
allgemeinen immer noch an Verständnis
für die einfachsten gesundheitlichen Re-
geln wie an dem nötigen Ordnungs- und
Reinlichkeitssinn. Es wird namentlich
Sache der Schule sein, wie der Bürger-
meister von Bensheim zutreffend hervor-
hebt, in dieser Richtung nachhaltig zu
arbeiten, wenn sie die Jugend für das
praktische Leben vorzubilden will. Die
Bensheimer Stadtverordneten haben des-
halb im Einvernehmen mit der Schullei-
tung beschlossen sämtliche Schülern
und Schülerinnen des letzten Jahrgangs
das Schriftchen Dr. Weigls-München
Gesundheitspflege für die Jugend aus-
zuhändigen, um den Kindern im letzten
Schuljahr die Kenntnisse der wichtig-
sten Erfordernisse gesunden Lebens und
Wohnens leichter zugänglich zu machen.
Ein grosser Teil der Beanstandungen
ist daher auch auf die unzuweckmässige
Benutzung der Wohnung zurückzuführen.
So entsteht infolge mangelhafter
Lüftung und Kochens in der Stube leicht
die sogenannte *Winterfeuchtigkeit*, die
beim Eintritt wärmerer Tage wieder
verschwindet. Recht ungünstig sind auch
die Bettverhältnisse. Hier bringt der
Bericht einige recht krasse Beispiele aus
Offenbach und anderen Orten bei. In
Offenbach und Darmstadt klagen die
Wohnungsinspektoren darüber, dass ein
Teil der zugezogenen russischen Fami-
lien die Wohnungen und Häuser über
alle Massen ruinieren, und dass durch
sie die sittlichen Verhältnisse wesentlich
verschlechtert werden. Die Überfüllung
der Wohnungen ist zum Teil auf die
geringe finanzielle Leistungsfähigkeit,
vor allem der kinderreichen Familien,
zurückzuführen. Gerade diese haben
viel unter der Kinderfeindlichkeit der
Hausherren zu leiden, finden schwer
ausreichende und gute Wohnungen und
werden zu häufigem Wohnungswechsel
gezwungen. In diesen Fällen ist es die
Aufgabe der Gemeinden einzugreifen und
für die nötigen Wohnungen zu sorgen.
Die gemeinnützige Wohnungsfürsorge
ist im Berichtsjahr gegenüber den frühe-
ren Jahren gering gewesen. Die Bau-
vereine haben ihre Tätigkeit wesentlich
eingeschränkt, und von Gemeinden hat
nur Worms 5 Wohnhäuser für städtische
Arbeiter und Bedienstete mit einem

Kostenaufwand von zirka 56 000 M. gebaut. Den Rückgang in der gemeinnützigen Bautätigkeit führt der Landeswohnungsinspektor teils auf den Mangel an geeigneten billigen Grundstücken teils auf Schwierigkeiten bei der Geldbeschaffung teils auf die mangelnde Unterstützung seitens der Gemeinden zurück. Namentlich die Minderbemittelten in den kleinen Gemeinden finden bei den Gemeindeverwaltungen immer noch sehr wenig Förderung. Ihre genossenschaftlichen Bestrebungen werden häufig aus politischen oder konfessionellen Gründen bekämpft. So heisst es in dem Bericht: »Es sind auch im Berichtsjahr Arbeiter aus mehreren kleinen Gemeinden an den Berichterstatter mit dem Ersuchen herangetreten bei Gründung von Baugenossenschaften mitzuwirken. Die daraufhin mit den Gemeindeverwaltungen und sonst geführten Verhandlungen boten indessen keine Aussicht auf die Möglichkeit einer erfolgreichen baugenossenschaftlichen Tätigkeit, und es ist deshalb von weiteren Schritten abgesehen worden.« Um nun aber gerade den Minderbemittelten auf dem Lande die Vorteile des Wohnungsfürsorgegesetzes zugänglich zu machen, hat der Landeswohnungsinspektor versucht eine gemeinnützige Baugesellschaft für das ganze Land zu gründen, die die Wohnungsfürsorge für die Bewohner der kleinen ländlichen Gemeinden in die Hand nehmen sollte. Der Versuch hat sich jedoch noch nicht praktisch durchführen lassen. Doch ist es gelungen wenigstens einen Kreis für die Gründung einer Kreisbaugenossenschaft zu interessieren. Im allgemeinen ist die Stellungnahme der Gemeinden gegenüber den Bauvereinen mit der Zeit freundlicher geworden. Eine Übersicht zeigt, dass 20 Gemeinden die Geldbeschaffung für die Bauvereine übernommen oder Bürgerschaft geleistet, 11 Gelände zu mässigem Preis hergegeben, 9 Geschäftsanteile der Bauvereine übernommen und 7 diese Vereine in anderer Weise unterstützt haben. Wesentliche Fortschritte sind auf dem Gebiet der kommunalen Bodenpolitik zu verzeichnen. 7 Gemeinden haben im Berichtsjahre durch Grundstücksaufteilungen den Baulustigen billige Bauplätze zur Verfügung gestellt.

× Kleinwohnungs-
bau In seiner Sitzung vom
29. Juni hat der Bürgeraus-
schuss der Stadt Frei-
burg i. B. die ihm vom Stadtrat gemachte

Vorlage auf Fortführung des kommunalen Wohnungsbaus, und zwar auf Erbauung von 108 Kleinwohnungen in 6 Gruppen, von denen zunächst 2 Gruppen mit 44 Wohnungen zur Ausführung kommen sollen, mit 49 gegen 24 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die ausführliche Begründung, die dem Antrag beigegeben ist, enthält eine kurze Darstellung der Bautätigkeit der Stadt Freiburg und bespricht eingehend die Erfahrungen, die sie bei ihren Versuchen gemacht hat. Im Jahre 1886 hat sich die Stadt der Erstellung von Kleinwohnungen auf eigenem Grund und Boden und auf eigene Kosten zugewendet, nachdem ein Versuch Kleinwohnungen, besonders für Arbeiter, zu erbauen und an sie zu verkaufen insofern misslungen war als jene Wohnungen in kurzer Zeit in den Besitz anderer Privateigentümer übergegangen waren. Im Jahre 1886 wurden 16 2stöckige Wohnhäuser mit einem Kostenaufwand von 201 000 M. hergestellt. Ihnen folgte im Jahre 1889 eine zweite Gruppe von wiederum 16 Häusern, die einen Kostenaufwand von rund 183 000 M. erforderten. Diese Häuser zeigen gegenüber den erstgenannten insofern einen baulichen Fortschritt als sie um ½ m tiefer angelegt, ferner die Abtrittsgruben nach aussen verlegt, die Dächer besser konstruiert und Fensterläden angebracht wurden. Die dritte Gruppe mit wiederum 16 Häusern folgte im Jahre 1895 (Kostenaufwand 245 000 M.). Hierbei kam die offene Bauweise in grösserem Umfang zur Anwendung. Die Ausstattung im Innern wie im Äusseren wurde eine bessere und gediegener. Im Jahre 1899 kam dann als Teil eines grösseren Projekts der Bau von 18 Häusern mit 54 Wohnungen zur Ausführung (Aufwand 344 000 M.). Bei der Ausstattung der Häuser ist man den neuzeitlichen Bedürfnissen weiter gefolgt. Kanalanschluss und Wasserleitung wurden eingeführt, die Küchen auf Eisengebälk gelegt und für je 12 Wohnungen eine Waschküche mit Bädern eingerichtet.

Die Begründung geht davon aus, dass es die Pflicht der Gemeinde sei Kleinwohnungen zu erstellen, falls die Notwendigkeit dazu gegeben ist. Sie verweist deshalb auf eine Reihe von deutschen Gemeinden, auf das Ausland und auf die Schweiz, wo Zürich im Jahre 1907 2½ Mill. fr. zur Erbauung von Kleinwohnungen bereit gestellt hat. Der Wert des eigenen Hauses wird von al-

len Seiten anerkannt. Die Verteuerung des Grund und Bodens und der Baumittel machen es aber den meisten zeitlichen unmöglich ein eigenes Heim zu erwerben. Bei dieser Sachlage schafft der Bau von Häusern durch die Gemeinde einen Zustand, der dem Eigenbesitz in gewissen Beziehungen nahe kommt. Wer unter dem Gemeindedach wohnt und seinen Verpflichtungen nachkommt, sitzt in einer Wohnung so sicher wie mancher Eigentümer. In der Tat haben die Freiburger städtischen Wohnungen nur einen geringen Wechsel der Mieter aufzuweisen.

Der Gemeindebau und die Verwaltung der geschaffenen Wohnungen vollzieht sich in den einfachsten und bequemsten Formen. Der Verwaltungsapparat ist klein, die Unannehmlichkeiten der Verwaltung sind verschwindend gering, weil dank der Zufriedenheit der Bewohner sich wenig Schwierigkeiten ergeben. Der Gemeindebau vollzieht sich ohne Opfer seitens der Stadtkasse, da die Mietszinseinnahme die Kosten der Verzinsung des Baukapitals, der Unterhaltung und des Ausfalls durch Leerstehen deckt, und sogar noch ein kleiner Überschuss für Amortisierung der Bauschuld übrig bleibt. Die Einwürfe, die man gegen die kommunale Bautätigkeit gemacht hat, sind durch die Erfahrungen widerlegt worden. Von einer nicht zu rechtfertigenden Konkurrenz gegen das Privatbaugewerbe kann deshalb keine Rede sein, weil es sich bei der Bautätigkeit der Stadt bisher immer nur um eine verhältnismässig kleine Zahl von Wohnungen gehandelt hat. Die Stadt verfolgt bei ihrer Bautätigkeit andere Ziele als das Privatbaugewerbe. Sie will auf dem Gebiet des Wohnungswesens vor allem vorbildlich und gemeinnützig wirken und die Strömungen und Stauungen auf dem Wohnungsmarkt, die mit den geschäftlichen Fluktuationen verbunden sind, nach Tunlichkeit auszugleichen suchen. Die Stadt will also das Privatgewerbe nicht ersetzen sondern nur ergänzen. Auch der andere Einwurf, dass man auf anderem Wege als auf dem des Gemeindeeigenbaus den gleichen Zweck erreichen könne, wird von der Begründung als unzutreffend nachgewiesen. Das Erbbaurecht ist zu kompliziert und entspricht den Anschauungen der Bevölkerung zu wenig als dass es einzelnen Privaten gegenüber zur Anwendung kommen könnte. Ebenso hat auch das Vorgehen anderer Städte die

Privatbautätigkeit durch Gewährung billiger Bauplätze, durch den Nachlass oder die Minderung der Strassenbaukosten usw. zu unterstützen keinen nennenswerten Erfolg gehabt. Eine Übertragung des Ulmer Systems auf Freiburger Verhältnisse erscheint der Stadtverwaltung auch deshalb schon nicht angebracht, weil angesichts der vielen zivilrechtlichen Vorbehalte bei Übertragung des Eigentums an diesen Häusern sich Schwierigkeiten und Prozesse, namentlich auch bei der Entwicklung komplizierter Erbrechtsverhältnisse, ergeben können, die bei dem Freiburger System des Gemeindebaus natürlich vermieden sind. Schliesslich setzt sich die Begründung auch noch mit dem Haupteinwand auseinander, dass die Wohnungen zu teuer sind. Sie bezeichnet es gerade als eine der Aufgaben des Gemeindeeigenbaus einem Teil der zu versorgenden Bevölkerung nicht eine auf das niederste Niveau heruntergeschraubte sondern eine zwar bescheidene, aber den Anforderungen der Neuzeit entsprechende Wohnung zu immerhin erreichbarem Preis zur Verfügung zu stellen. Die Wohnungen in den städtischen Häusern kosten, je nach der Grösse und Lage, 120 bis 396 M. Es sind 16 Wohnungen, bestehend aus 1 Zimmer und Wohnküche, zum Preis von 120 M. jährlich vorhanden. Die Wohnungen mit 2 Zimmern, Küche und Zubehör kosten 168 bis 336 M., die Wohnungen mit 3 Zimmern, Küche und Zubehör 240 bis 396 M. Zu diesen Preisen sollen auch die neuen Wohnungen vermietet werden. Als Höchstsatz werden 35 M. pro Monat bezeichnet.

Wie die Begründung ferner hervorhebt, sind im Lauf der Zeit die Bauten immer teurer geworden. Die Mietspreise sind jedoch bisher im wesentlichen unverändert geblieben. Eine gewisse Angleichung der Mietspreise der alten Wohnungen an den jetzigen Preisstand wird aber in der Begründung in Aussicht genommen. Bei der Berechnung der Mieten wird der Bauplatzwert nicht nach dem Erwerbspreis sondern nach den Sätzen eines billigen Marktverkehrs in die Bilanz eingestellt. Diese Berechnungsweise beruht auf einem Beschluss des Stadtrats vom Jahre 1898, der mit Rücksicht auf das private Baugewerbe gefasst wurde. Seine Folge zeigt sich nunmehr darin, dass die neuen Gebäudegruppen des teureren Baugrunds wegen 3stöckig mit ausgebautem Dachstock erstellt wer-

den müssen, während die bereits vorhandenen nur 2 Stockwerke mit ausgebautem Dachstock enthalten. Auf je einen Eingang und eine Treppe entfallen hiernach in der Regel 8 Wohnungen. Diese Entwicklung in der Richtung der Mietskasernen kann nicht gerade als ein Vorzug bezeichnet werden.

× **Kurze Chronik** Das städtische Elektrizitätswerk in Plauen (Vogtland) soll mit einem Kostenaufwand von 1 780 000 M. in eine Überlandzentrale verwandelt werden, die etwa 60 Ortschaften im Umkreis von 25 km mit Licht und Kraft versorgen soll. × Das badische Ministerium des Innern hat eine Denkschrift über die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung ausgearbeitet, worin das Genter System vorgeschlagen wird. × Auf der Hauptversammlung der *Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst* am 29. Juni in Hamburg wurde die Bedeutung von Stadtwaldanlagen für die Gross- und Industriestädte behandelt. Mit grosser Entschiedenheit sprachen sich die Redner der Versammlung dahin aus, dass die Erhaltung und Schaffung von Wäldern eine wichtige Aufgabe der Gemeinden sei. × In Darmstadt wurde am 1. Juli das neue, mit einem Kostenaufwand von 900 000 M. errichtete städtische Hallenschwimmbad eröffnet. × Die Berliner städtischen Kollegien haben ein Ortsstatut gegen die Verunstaltung des Ortsbilds, der Nürnberger Magistrat eine ortspolizeiliche Vorschrift gegen verunstaltende Reklame erlassen. × Die städtischen Kollegien der Stadt Frankfurt a. M. haben mit den beiden privaten Gasgesellschaften einen Vertrag abgeschlossen, der diesen bis zum Jahre 1959 das Monopol der Gasversorgung gewährt und der Stadt das Recht sichert die Gaswerke im Jahre 1929 zu günstigeren Bedingungen zu erwerben als sie in dem vom Magistrat ursprünglich vorgeschlagenen Vertrag (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, I. Band, pag. 385 ff.) enthalten waren.

× **Literatur** In Edgard Milhauds Zeitschrift *Les Annales de la Régie directe* ist im 4. Heft ein sehr interessanter Artikel des Herausgebers über die Ergebnisse der Kommunalisierung der Gas- und Elektrizitätsversorgung in der Stadt Genf erschienen. Ferner bringt darin Dr. Ensch,

der Leiter des Gesundheitswesens in Schaerbeek bei Brüssel, eine Darstellung der Erfahrungen, die mit der Einrichtung kommunaler Milchversorgung gemacht sind. Ausserdem wäre noch der Artikel des Professors E. Bouvier-Lyon zu nennen, der den Erlass eines französischen Gesetzes für die Verwaltung der kommunalen Betriebe nach dem Vorbild des italienischen Gesetzes von 1903 verlangt. Diese Frage, wie die Verwaltung der kommunalen Betriebe aus dem Rahmen der allgemeinen städtischen Verwaltung herausgehoben und ihr die für sie dringend notwendige grössere Elastizität und Bewegungsfreiheit geschaffen werden könne als sie in unseren gänzlich veralteten Städte- und Gemeindeordnungen besitzt, ist in Deutschland nicht weniger dringend als in Frankreich. × Das 3. Heft der *Ergebnisse der Säuglingsfürsorge* /Wien, Deuticke/, Herausgeber Professor Dr. A. Keller, berichtet über die städtische Säuglingsfürsorge in Magdeburg. Der erste Teil enthält einen Bericht über die Organisation der Säuglingspflege, wie sie in Magdeburg mit dem 1. April 1908 ins Leben gerufen ist, der zweite den ärztlichen Bericht des leitenden Kinderarztes. Im 4. Heft sind die Ergebnisse einer Stillstatistik im Regierungsbezirk Magdeburg für die Jahre 1906 und 1907 von Dr. C. Denecke und Dr. W. Thorn bearbeitet worden. Es handelt sich um eine Aufnahme, die mit Unterstützung der Kreisärzte und Hebammen vorgenommen wurde, und nach der Zahl der geborenen Kinder, der Zahl der gestillten, der länger als 3 Monate gestillten und nach den Gründen für das Unterbleiben der Stillung fragte. Es ergab sich, dass die Frequenz des Stillens grösser war als man geglaubt hat. Die Bearbeiter kommen zu den Vorschlägen Stillprämien von Kreis wegen zu gewähren, den Hebammen eine erweiterte Kontrolle über die Ausübung des Stillgeschäfts aufzutragen und ihnen als Äquivalent dafür eine nach der Arbeitsleistung abgestufte Entlohnung zu geben. × In der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ gibt H. Kampffmeyer in seinem Büchlein *Die Gartenstadtbewegung* eine zusammenfassende Darstellung der Geschichte der Gartenstadtbewegung, ihrer Ziele und Erfolge. Eingehend werden die verschiedenen praktischen Versuche, die namentlich in England gemacht worden sind, nach ihrer wirtschaftlichen und hygienischen Bedeu-

tung gewündigt. Zahlreiche Abbildungen erleichtern das Verständnis und die Beurteilung der geschaffenen Gartenstädte. Der 2. Hauptteil beschäftigt sich mit wichtigen Einzelfragen der Gartenstadtpraxis und mit der Bedeutung der Gartenstadtbewegung in volkswirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Hier sind zum Teil die Ergebnisse früherer Publikationen der *Deutschen Gartenstadtesellschaft* benutzt worden. Der Wert dieses Abschnitts besteht vor allem darin, dass er den in der Gartenstadtbewegung tätigen Personen für ihre Wirksamkeit eine Grundlage und Anleitung gibt. Zu allen zahlreichen Fragen, die mit der Gründung einer Gartenstadt verknüpft sind, bringt der Verfasser immer im Anschluss an die Erfahrungen der Praxis wertvolles Material bei. Dabei tritt er mit erfreulicher Energie für das kleine Wohnhaus ein, das er als das mit aller Kraft anzustrebende Ideal der Wohnung bezeichnet. Die Schrift sei allen Freunden der Gartenstadtbewegung und der Wohnungsreform überhaupt zum Studium empfohlen.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Fabrikarbeit In Preussen waren im Jahre 1908 in Fabriken und sonstigen von der Gewerbeaufsicht überwachten Betrieben 560 309 Arbeiterinnen über 16 Jahre, 75 093 Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren, 890 Arbeiterinnen unter 14 Jahren, zusammen 636 292 Arbeiterinnen beschäftigt. Davon waren in der Textilindustrie 178 180, in dem Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe 170 934, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 94 605, in der Industrie der Steine und Erden 39 238 Arbeiterinnen tätig. Gegen das Vorjahr ist — eine Folge der Wirtschaftskrise — ein kleiner Rückgang der Zahl der Fabrikarbeiterinnen über 16 Jahre zu verzeichnen, indessen kein annähernd so bedeutender wie der der männlichen Fabrikarbeiter. Während die Zahl der weiblichen Arbeiter gegen 1907 um 2791 oder 0,49 % gesunken ist, finden wir bei den männlichen eine Abnahme von 47 261 oder 2,08 %. Der Gedanke an eine Verdrängung männlicher Arbeitskraft durch weibliche liegt nahe.

Es war den preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten bekanntlich aufgegeben worden in ihren Untersuchungen dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Berichte über das Jahr

1908 geben ihre Beantwortung der Frage. In bejahendem Sinne wird sie von 8 Beamten beantwortet. In erster Linie ist in der Zigarrenfabrikation und in der Metallindustrie, besonders in den Elektrizitätswerken, Frauenarbeit an Stelle von Männerarbeit getreten. Hier liegt die Ursache wohl in der grösseren Geschicklichkeit und Eignung der Frauenhand für die Arbeit. Als allgemeine Ursachen der Verdrängung geben die Berichte indessen wieder die altbekannteren: grössere Billigkeit — es werden Lohnersparnisse von 25 bis 30 % verzeichnet — und grössere Fügsamkeit der weiblichen Arbeitskräfte. Wo diese Vorzüge in Frage kommen, scheuen die Unternehmer oft auch dort nicht vor der Einstellung von Frauen zurück, wo die Tätigkeit für den weiblichen Körper denkbar ungeeignet ist, wie beim Heben schwerer Lasten in Ziegeleien, Steinbrüchen und Zellstofffabriken. Wieder werden in den Berichten Übertretungen der Vorschriften der Gewerbeordnung sowie ihre Ahndung mit ganz belanglosen und deshalb unwirksamen Strafen gemeldet.

× **Wahlrechtskongress** Von einem Vorstandsmitglied des *Weltbunds für Frauenstimmrecht* wird mir geschrieben, es treffe nicht zu, dass — wie ich in meiner letzten Rundschau (siehe pag. 862 ff.) behauptete — eine der *Suffragettesvereinigungen* von der Aufnahme in den *Weltbund* durch die auf dem Londoner Kongress angenommenen Statuten ausgeschlossen sei. Der von mir angezogene Passus — jährliche Beitragszahlung jedes Mitglieds an seinen nationalen Stimmrechtsverband — unterstelle keine Bedingung der Aufnahme in den Bund sondern beziehe sich nur auf die Regelung der relativen Stimmenzahl der einzelnen Nationalverbände innerhalb des Bundes. Nach nochmaliger Einsichtnahme des offiziellen Kongressberichts gebe ich dies zu, muss aber betonen: 1. dass meine Auffassung offenbar die allgemein geteilte war: mein Bericht über diesen Punkt folgte der Berichterstattung der *Zeitschrift für Frauenstimmrecht*; 2. dass an dem Urteil über die taktische Ungeschicklichkeit, die der *Weltbund* durch die Annahme dieser Bestimmung beging, trotzdem wenig geändert werden kann. Denn schliesst der Passus die Aufnahme der *Social and Political Union*

demnach auch wirklich nicht prinzipiell aus, so macht er sie dennoch tatsächlich unmöglich, da er ihren Mitgliedern die Möglichkeit einer ihrer Grösse entsprechenden Stimmabgabe im Bund nimmt.

Berufszählung Die ersten Veröffentlichungen aus der Berufszählung von 1907, von den Frauenkämpferinnen ebenso begierig erwartet wie von den Soziologen, liegen seit einigen Monaten vor. Sie brachten über den Fortschritt der Frauenarbeit in der Tat überraschende Ergebnisse. Es gliederte sich in den 3 Zählungsjahren die weibliche Bevölkerung wie folgt:

Erwerbstätige im	Bevölkerungs-		Zählung von 1907		Zählung von 1895		Zählung von 1882	
	Grundzahl	Verhältniszahl in %	Grundzahl	Verhältniszahl in %	Grundzahl	Verhältniszahl in %	Grundzahl	Verhältniszahl in %
Hauptberuf . . .	8 243 498	26,37	5 264 393	19,97	4 259 103	18,46		
Dienende . . .	1 249 383	4,00	1 313 957	4,99	1 288 414	5,56		
Angehörige . . .	19 974 341	63,90	18 667 224	70,81	16 827 722	72,94		
Berufslose Selbstständige . . .	1 792 207	5,73	1 115 549	4,23	702 125	3,04		
Zusammen	31 259 429	100,00	26 361 123	100,00	23 071 364	100,00		

Das heisst, von 1882 bis 1895 war eine Zunahme der weiblichen Erwerbstätigen von 23,6 % zu verzeichnen, von 1895 bis 1907 dagegen von 56,59 %. Vergleichen wir die weiblichen mit den männlichen Erwerbstätigen, deren Zahl 1907 18 583 864 betrug, so ergibt sich, dass die Frauen be-

reits 30,7 % aller Erwerbstätigen stellen, während sie 1882 erst 24,2, 1895 25,4 % stellten.

In der Industrie betrug die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den Jahren 1882 1 126 976, 1895 1 521 118 und 1907 2 103 924. In Handel und Verkehr 1882 298 110, 1895 579 609 und 1907 931 373. Prozentual ist auch die Zahl der Frauen in öffentlichen Diensten und freien Berufsarten stark gewachsen. Sie betrug 1907 288 311 gegen 176 648 im Jahre 1895. Zurückgegangen ist dagegen die Zahl der weiblichen häuslichen Dienstboten. Sie betrug 1895 1 313 957, 1907 dagegen nur 1 249 383.

Kurze Chronik Die Anstellung einer Polizeiasistentin in Wien steht in sicherer Aussicht, ebenso soll in Göteborg (Schweden) eine Frau als Polizeiasistentin angestellt werden. Am 7. und 8. August findet in Zürich der I. schweizerische Heimarbeiterkongress statt, der über Mittel und Wege zur Verbesserung der Lage der Heimarbeiter beraten soll.

Literatur Wie inzwischen bekannt geworden, schildert die anonym erschienene, in dieser Zeitschrift bereits mehrfach erwähnte *Jugendgeschichte einer Arbeiterin* /München, Reinhardt/ die Jugend unserer österreichischen Genossin Adelheid Popp. Es war von vornherein klar, dass die Heldin und Verfasserin dieses Buchs nur eine Frau von aussergewöhnlicher Tatkraft und Intelligenz sein könnte. Eine weibliche Vertreterin jenes bewunderswerten geistigen Typus, den die moderne Arbeiterbewegung geschaffen hat: des Führers und Agitators, der aus materiellem und geistigem Elend in mühevollster Selbstarbeit zu bedeutendem Wissen und Können gelangt. Eben dies, dass es aus dem Leben des Proletariats selbst geboren ist, dass es in jener eindringenden Sprache, die nur die Wirklichkeit redet, die trostlose physische und geistige Zerstörung aufdeckt, mit der unsere Gesellschaft tausendfach blühende Kräfte bedroht, leiht dem Poppischen Buch hohe kulturelle und agitatorische Bedeutung. Das Werkchen ist die beste Agitationsbroschüre, die nur geschrieben werden konnte, gerade darum, weil es keine Agitationsbroschüre sondern eine schlichte Lebensgeschichte ist. Ich wüsste kaum eine

zweite Schrift, die so geeignet wäre den ersten Funken des Nachdenkens in dem Kopf einer unaufgeklärten Proletarierin zu entzünden, ihr das eigene Lebenselend so zum Bewusstsein zu bringen, kaum eine zweite, die so packend und mit so einfachen Mitteln die Notwendigkeit erbitterten sozialen Kampfes auch jedem empfänglichen jungen Menschen in den herrschenden Klassen begreiflich machen kann wie diese. Und diese Jugendgeschichte gibt endlich auch das, was die Verfasserin selbst zum Schluss in folgenden Worten ausdrückt: »Was mich bewogen hat zu schreiben, wie ich Sozialistin geworden bin, war einzig der Wunsch jenen zahlreichen Arbeiterinnen, die mit einem Herzen voll Sehnsucht nach Betätigung lechzen, aber immer wieder zurückschrecken, weil sie sich nicht die Fähigkeit zutrauen etwas leisten zu können, Mut zu machen. Wer wahrhaft den Willen hat mitzuhelfen, dass Herweghs Worte zur Wirklichkeit werden, darf vor keiner Schwierigkeit zurückweichen. Das Ziel ist so ungemein schön, es leuchtet so verheissend, dass nichts so schwer sein kann, um nicht doch die Kraft zu finden es zu überwinden.« Es wird nicht jeder Proletarierin gelingen, was Adelheid Popp persönlicher Begabung gelang. Aber es ist schon wirksam vor müden Blicken einen hell beleuchteten Zielpunkt erstehen zu lassen, an dem die Kraft sich neu beleben kann. Die Partei sollte das kleine Buch in Massen herstellen und verbreiten lassen. X Ein kluges und feines Buch ist Helene Simons *William Godwin und Mary Wollstonecraft* /München, Beck/. Es ist mehr als eine intim nachempfindende Zeichnung der bedeutenden Frau, die aus eigenem Denken und Erleben eine erste Wegweiserin ihres Geschlechts geworden ist, und die doch tief genug war, um neben dem Kampf um die Rechte des Weibes andere und grössere Interessen zu umspannen. Wie der Titel sagt, schildert uns Helene Simons Werk auch William Godwin »den Ahnen der anarchistischen Theorie«, dessen Name auf dem Gipfel seines Lebens einen weithin hallenden Klang besass. Und es schildert uns die hochinteressante geistige und erotische Verknüpfung dieser beiden Kämpfernaturen, Lebensgeschichte, die nicht oft zu finden sind. »Ein Wirbel von Ideen, Ereignissen und Verhängnissen, in die auch Byrons Schatten fällt, steigt auf aus den weltweiten Zie-

len, den seltsamen und traurigen Geschichten der beiden sozialen Kämpfer. Fluten geistiger Anregung entströmen ihrem Wesen und Wirken.« Neben alledem verleiht noch etwas anderes dieser psychologischen Studie besonderen aktuellen Wert. Die Verfasserin selbst setzt ihre Arbeit in einem kurzen Anhang in eine Gegenwartsbeziehung durch eine Kritik der Bestrebungen der *Neuen Ethik*. Finden sich darin vielleicht noch hie und da ganz leise unbewusste Gefühlsanklänge an ererbte Familien- oder Ehetraditionen, so kann ich doch den Ausgangspunkten wie den Resultaten dieser Kritik nur rückhaltlos zustimmen. »Es ist jedoch unmöglich eine Sonderethik jenseits der gesamten Weltanschauungen für das sexuelle Gebiet zu schaffen. Unmöglich die geschlechtliche Beziehung ausserhalb ihres Zusammenhangs mit dem Gesellschaftskörper zu betrachten.« Ferner: »Nicht in ihren unleugbaren Gefahren und nicht in ihrem Subjektivismus liegt der Kurzschluss der Bewegung. Sondern darin, dass ihre Vorkämpfer nicht zu Ende denken. Sich und uns nicht eingestehen, dass ihre Lehre folgerichtig in der Weltanschauung entweder des Sozialismus oder des Anarchismus münden müsste. Dem Rahmen der individualistisch bürgerlichen Gesellschaft, die sich aufbaut auf der Einzelfamilie, deren volkswirtschaftliche Grundlage der Einzelhaushalt bildet, lässt sie sich nicht eingliedern.« Und endlich: »Die *Neue Ethik* lehnen aber Sozialismus und staatliche Kindererziehung ab. Sie glauben mit Godwin an eine Zeit, in der die Freiheit alle Leidenschaft zur Schönheit adeln wird, alle Väter und Mütter freiwillig zu einander und zu ihren Kindern stehen werden. Und glauben sogar — im Gegensatz zu Godwin — ihren erotischen Anarchismus in der bürgerlichen Gesellschaft unterbringen zu können. Die *Neue Ethik* ist somit eigentlich weder neu noch — bürgerlich-sozial gesprochen — ethisch. Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen ihre Ziele als unsittlich, weil unvereinbar mit deren sozialen Erfordernissen. Und als Ethik des Anarchismus ist sie nicht neu sondern in ihrer Eingliederung widerspruchsvoll und verwirrend.« Das ist ein schneidendes, aber unleugbar zutreffendes Urteil über jene theoretischen Bestrebungen, die gegenwärtig einen so breiten Raum in der bürgerlichen Frauenbewegung für sich in Anspruch nehmen. Es deckt sich

manches mit dem, was sich mir über die Ideologien des *Bunds für Mutterschutz* gerade in letzter Zeit, so anlässlich der Hamburger Generalversammlung, aufdrängte. Und es gibt — wie ich gerechterweise bekennen muss — zu einem Teil auch den Frauen recht, die die Ziele der *Neuen Ethik* von ihrem sozial konservativeren Standpunkt aus bekämpfen, den Vertreterinnen des rechten Flügels der Frauenbewegung.

WISSENSCHAFT

Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Luftzirkulation in den Tropen Die Erforschung der Luftzirkulation in den Tropen ist in den letzten Jahren

durch Aufstiege von Drachen und Sondenballons in sehr erheblichem Mass gefördert worden. Bereits im Jahr 1904 liess der Fürst von Monaco von seiner Jacht eine Reihe von Drachen aufsteigen, 8 im Mittelländischen Meer, 24 im Atlantischen Ozean, deren Ergebnisse Professor Hergesell-Strassburg bearbeitete. Speziell die im Atlantischen Ozean ausgeführten Aufstiege hatten den besonderen Zweck die meteorologischen Zustände des Gebiets der Passatwinde zu erforschen. Es war möglich die Richtung des Windes in verschiedenen Höhen zu bestimmen und seine Geschwindigkeit zu messen. In der untersten Schicht fand man den Passat aus Nordost mit etwa 7 m Geschwindigkeit in der Sekunde; mit zunehmender Höhe dreht sich der Wind allmählich, meist von Nordost durch Nord nach Nordwest. In der Höhe der Umkehrtemperatur, bei etwa 600 m, dreht sich die Windrichtung bisweilen plötzlich und die Stärke nimmt bedeutend ab. Die eigentliche Passatschicht ist also nur von geringer Dicke. Einen Windstrom aus Südwest von grösserer Höhe, der dem theoretischen Gegenpassat entsprechen würde, haben die Drachen niemals gefunden, obwohl sie mehreremale die Höhe des Pic von Teneriffa (3716 m) erreichten; die grösste erreichte Höhe, nördlich von den Kanarischen Inseln, betrug 4510 m. In den drei folgenden Jahren wurde von den Herren Lawrence Rotch und Teisserenc de Bort der Kreuzer *Otaria* zu Fahrten in den Atlantischen Ozean ausgerüstet. Schon die Resultate der Fahrten aus den ersten beiden Jahren, die gleich denen Hergesells in den *Comptes Rendus* veröffentlicht wurden, zeigen insofern einen Widerspruch zu

denen Hergesells als die Gegenpassate deutlich wahrgenommen wurden. Die Passatwinde aus Norden und Osten erreichten gewöhnlich nur eine Höhe von einigen hundert Metern, wobei eine starke Temperaturabnahme beobachtet wurde. Auf diese Schicht schneller Temperaturabnahme folgt eine Zone, in der der Wind an Stärke abnimmt, und in der die Temperatur gewöhnlich Umkehrungen zeigt, was übrigens auch Hergesell für die Gegend zwischen den Azoren, Madeira und 26° nördlicher Breite angegeben hatte. Doch findet sich dieser Charakter ganz allgemein in der nördlichen innertropischen Zone sowie im Südostpassat der südlichen Hemisphäre, der bis zur Insel Ascension untersucht werden konnte.

Die im Jahre 1907 wiederholten Fahrten und Aufstiege ergaben das selbe Bild. Auch diesmal konnte der Gegenpassat deutlich nachgewiesen werden. Die meteorologischen Verhältnisse folgen aber nicht den regelmässigen Zonen, die die Theorie fordert, sondern gruppieren sich um die barometrischen Maxima, die mehr oder weniger elliptische Umrisse haben. Deshalb ist nicht zu erwarten, dass das normale Übereinanderlagern der Winde an den selben Orten an jedem Tage angetroffen wird. Es kommt beispielsweise vor, dass die Nordostwinde, die gewöhnlich auf eine Luftschicht von einigen hundert Metern beschränkt sind, sich bis zu 5 oder 6 km Höhe und noch darüber hinaus erstrecken; an andern Tagen wieder greift ein über dem Passat liegender Nordweststrom mehr und mehr in die obere Atmosphäre bis zu einer solchen Höhe über, dass die Ballons keinen Gegenpassat treffen. Über dem Passat lag gewöhnlich ein Nordweststrom, und höher oben, in etwa 2500 m Höhe am Wendekreis des Krebses und nördlich vom Wendekreis in 3000 bis 3500 m Höhe, wurde ein Wind mit einer südlichen Komponente beobachtet, dessen Richtung sich aber wegen der Erdrotation mit der Breite änderte.

Die gleichen Charaktere wurden im Südostpassat gefunden, über dem gewöhnlich ruhige Schichten lagerten. Dann folgten Winde mit einer nördlichen Komponente, gemischt mit eingeflochtenen Strömungen aus Südwest, entsprechend den Nordwestwinden der nördlichen Hemisphäre. Doch ist diese Gegend nur bis zu 8° südlicher Breite untersucht worden. An der Grenze der beiden Passate haben die Winde in

allen Höhen bis mindestens 14 km östlich eine Komponente, die zuweilen nördlich und zuweilen südlich, aber im allgemeinen sehr schwach ist. Nördlich vom Wendekreis des Krebses wird die Verteilung der Winde viel unregelmässiger, und häufig fehlt der Gegenpassat. Das regelmässige Regime der Passate scheint bis etwa zur Breite von 35° anzuhalten.

Recht merkwürdig ist es, dass Winde von verschiedenen Richtungen in dünnen Schichten über einander lagern, wodurch das regelmässige Verhalten von Passat und Gegenpassat gestört wird. Bisher vermochte keine Theorie diese Schichtung zahlreicher dünner Strömungen von verschiedener Bewegung, die sich über weite Gebiete erstreckt, zu erklären; die beiden Forscher wollen dieser Tatsache noch ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Sehr interessant sind indes auch die Ergebnisse über die Temperaturverteilung in den verschiedenen Höhen, die mit den von Professor Hergesell und noch früher gefundenen Resultaten vollkommen übereinstimmen. Es kann aus mehr als 1200 Aufstiegen, die sich über 10 Jahre erstrecken, und von denen kein einziger abweichende Resultate ergeben hat, als festgestellt gelten, dass die Temperaturabnahme mit der Höhe bei einer je nach den meteorologischen Verhältnissen wechselnden, etwa um 11 km schwankenden Höhe aufhört und einer sogenannten *Temperaturumkehr* Platz macht; diese *warme Schicht*, in der die Temperatur wieder steigt, ist aber verhältnismässig dünn, 3 bis 6 km, und es folgt dann ein Zustand, der sich mit seinem unbedeutenden Temperaturschwankungen der Isothermie nähert. Nach den Tropen hin wird diese isotherme Schicht in einer Höhe von etwa 13 bis 15 km angetroffen, in der Nähe des Äquators wurde sie nicht erreicht, obwohl die Ballons 15 km hoch stiegen. Hier muss sie also in noch grösserer Höhe liegen. Durchschnittlich liegt die isotherme Zone in den barometrischen Maxima höher als in den Gebieten niedrigen Drucks. Die grösste Höhe wird vor den grossen barometrischen Depressionen erreicht, in der Zone, die das Gebiet hohen Drucks begrenzt. Hinter ihnen ist sie dagegen 3 bis 4 km niedriger und am allergeringsten in den sogenannten *Depressionsbahnen* (Zugstrassen der barometrischen Minima).

Planetenforschung

Wie man viel Mühe darauf verwendet hat einen intramerkurialen Planeten zu suchen, bisher freilich vergebens, so haben sich einige Astronomen auch der Aufgabe zugewendet einen transneptunischen Planeten zu finden. Wie der Neptun seinerzeit von Leverrier aus den Störungen errechnet wurde, so konnte sich ein transneptunischer grosser Planet sehr wohl durch Störungen, die er im Lauf des Neptun verursacht, verraten. Bisher sind freilich solche Störungen nicht zu verzeichnen gewesen. Da jedoch der Neptun erst seit seiner Auffindung im Jahre 1846, also seit knapp 63 Jahren, beobachtet wird, während seine Umlaufzeit fast 165 Jahre beträgt, so ist es natürlich nicht ausgeschlossen, dass solche Störungen noch später auftreten, und dass tatsächlich jenseits der Neptunbahn kein grosser Planet die Sonne umkreist.

Herr Forbes in Glasgow suchte einen solchen Planeten durch dessen Einwirkungen auf Kometen zu bestimmen. Er kam zu dem Resultat, dass in der Tat ein transneptunischer Planet von rund 1000 Jahren Umlaufzeit existiere, der gegenwärtig im Sternbild Zentaur stehe. Die Grundlagen seiner Rechnung sind jedoch ausserordentlich willkürlich. Der Komet von 1556 wird für identisch mit dem von 1264 erklärt, eine Annahme, die bei den meisten Astronomen für widerlegt gilt. Weiter soll dann dieser Komet im Jahre 1702 durch eine Begegnung mit dem vermuteten transneptunischen Planeten in drei Stücke zerrissen worden sein, die als besondere kleine Kometen in den Jahren 1843, 1880 und 1882 ihr Perihel erreichten. Warum sie in diesem Zwischenraum von 40 Jahren und nicht fast gleichzeitig in ihr Perihel kamen, ist nicht klar, und auch sonst steckt in den Annahmen noch manche Willkürlichkeit, so dass dem erhaltenen Resultat jede Beweiskraft fehlt.

Auf einem etwas anderen Weg suchte der amerikanische Astronom Pickering dem Problem des transneptunischen Planeten nahe zu kommen. Durch graphische Darstellung glaubt er kleine Ausbiegungen oder Wellen in der Uranusbahn finden zu können von der Art, wenn auch erheblich geringer, wie sie die selbe Darstellung in der Saturnbahn zeigt, bevor der Einfluss des Neptun auf den Uranus in Rechnung gezogen war. Er nimmt daher als Ursache dieser kleinen Wellen

X

X

oder Störungen einen transneptunischen Planeten in Anspruch, dessen Existenz er allerdings nicht als sicher begründet behauptet. Erst im Lauf der nächsten Jahrzehnte soll der Neptun zu diesem Planeten, dessen Umlaufszeit zu 373 Jahren angegeben wird, in eine Stellung einrücken, bei der die Einwirkung auf den Neptun sich den Instrumenten bemerkbar machen müsste.

×
Kurze Chronik Der erste neue Komet des Jahres 1909 ist am 14. Juni in Marseille und am 15. Juni in Princetown (Amerika) entdeckt worden; er stand im Sternbild Triangulum, von wo er sich, an Helligkeit schnell abnehmend, mit ziemlich grosser Geschwindigkeit nach Norden bewegte. × In Washington starb der bekannte Astronom Simon Newcomb im Alter von 74 Jahren; seine letzte grosse Arbeit, ein Werk über den Mond, diktierte er während seines mehrwöchigen Krankenlagers. × Aus Neapel kommt die Kunde vom Tode des Professors Matteucci, des Leiters des Observatoriums auf dem Vesuv; der Verstorbene war einer der hervorragendsten Erdbebenforscher. × Am 26. Mai starb in Wien Dr. Aristides Brezina, der frühere Direktor des Hofmuseums in Wien. Mit besonderer Sorgfalt und Liebe widmete er sich der Erforschung der Meteorite. Unter seiner Leitung wurde auch die Wiener Sammlung von Meteorsteinen zu einer der bedeutendsten in der ganzen Welt.

KUNST

Bühnenkunst / Hans Winand

Russische Tänzer Anna Pawlowna Pawlowa wird sie genannt. Für das, was sie schenkt und ist, gibt es kaum Worte, die tief genug klängen von zärtlichem Dank. Wenn sie den schlanken, schmalen Körper aufreckt und mit Sehnen, die wie die feinen Saiten einer Zither in der Stille noch leise zu singen scheinen, den blossen Kopf hintüberwirft, wird sie zur Königin. Sie kann sich neigen, die Glieder demütig gebeugt unter der süssen Last leidvoller Leidenschaft, ganz Sklavin letzter Hingabe; die dünnen Brauen ziehen sich wehvoll zusammen, die Nasenflügel zittern, ein schamhaft Lächeln wölbt die stolzen Lippen: dann ist sie ganz Frau, die liebend duldet und duldend liebt. Oder ihre Arme, diese Arme, die die

schmerzvoll-keusche Sprache der Duse zu flüstern wissen, strecken sich dem Geliebten entgegen; zu dünnen weissen Linien werden sie, auf denen tausend lebende Gefühle schüchtern tanzen; in ihren zarten Schwingungen klingen süsse Mollakkorde angstvoll auf, flattern durch den Raum und verhalten bang in weltlicher Leere. In einem matten Herabsinken können diese Arme leise schluchzen, wie ein Kind, das, vom Dunkel verschüchtert, in stiller Nacht nach der Mutter ruft; fröhlich lachen können sie, eine lichte, hüpfende Heiterkeit, wie das Klingen kleiner Silberglöckchen, wenn ein Verachteter Strafe findet; sie spotten, klagen; sie haben eine herbe zuckende Bewegung des Abscheus; sie können betteln und flehen mit der süssen Scham eines verängstigten Mädchens.

Warum solches Besiegtsein verleugnen? Da sass ich, fühlte die Augen sich verschleiern und dachte fürsorglich bieder, feig und ehrlich: Am Ende merken sie es, die Parkettnachbarn, dass hier einer Krieg führt gen heimliche Tränen Solche Stunden demutsvoller Kindlichkeit sollen durch kein Verleugnen verkleinert werden. Ein Dichter vielleicht finge einen Abglanz solchen Erlebens ein in leise, zarte, tiefe Worte; ihr Klang müsste zittern wie die Töne eines alten Cellos unter den Fingern eines Begnadeten. Ich bin kein Dichter und habe nicht die Finger einem Cello sein Geheimnis zu entlocken. Ich sass im Parkett, sah eine Frau tanzen und wusste: Hier fügt man ein Juwel zu deinem kleinen Schatz heimlicher Köstlichkeiten. Ein Juwel zu jenem kleinen Schatz heimlicher Köstlichkeiten, die zu sammeln man lebt und um derentwillen man zögernd die Monde zählt, die Tage, die Stunden, die einen noch trennen mögen von der Fahrt zum Kirchhof. Ein neues Stück zu jenem einzigen Besitz, der nie verloren wird, mit mir schwindet, und den man Erleben heisst. . . .

All dies, bemerkt hierzu der Kritiker mit mildem Lächeln, überfiel einen Menschen, der sich sträubte Gefühletes zu zerlegen und Gewusstes mit Fragezeichen zu umzingeln. All dies ward verschuldet durch eine Balletteuse, die ihr Gazeröckchen mit Anmut trägt, wie viele Balletteusen; die Pirouetten wirbelt und Entrechats schlägt, auf den Fusszehen trippelt, herzlich lächelt und mit schlanken Beinen trillert und zwitschert. All dies gilt einer russischen Ballettruppe, die in Berlin, in schönen Maitagen, ein Gast-

spiel gab, in der Scheunenhalle des *Neuen königlichen Operntheaters*, vormals Kroll'sches Etablissement, bei temperamentvoll gesteigerten Eintrittspreisen.

Aber immerhin, so fährt nach einer Weile der Kritiker belehrend fort, aber immerhin ist diese Begeisterung eines vorwiegend unkritischen Gemüts, so belustigend sie auf mich auch wirkt, nicht ohne Grund entstanden. Dieses Gastspiel von Balletteusen und Ballettmeistern hat eine in unserem mittleren Klima ganz ungewohnte Begeisterung geweckt. Das alte Ballett, das als Kunstform längst überwunden schien, feierte eine triumphierende Rechtfertigung. Das Ballett an sich? Es bleibt bezeichnend, dass das Ballett bei der rückblickenden Betrachtung ohne Gewalttätigkeit von den Tänzern sich abschälen lässt; ohne eine Erinnerung zu zerbrechen oder einen Eindruck zu spalten. Was dort oben auf der Bühne, bei schmerzvoll dünner Musik, gemimt wurde, die mit tragischer Unerschöpflichkeit variierte Geschichte von dem unglücklichen Mädchen und dem unglücklichen jungen Mann, die (zwei, ein halb Bilder lang) nicht konnten zusammenkommen, weil der böse Papa, der geizige Papa oder die grausame Mama *Nein* sagen: all diese traurigen Schicksale sind längst verblasst; ja, wenn ich in mich blicke, will mir scheinen, als hätten sie nie die Farben des Lebens vorgespiegelt, nie ein Miterleben geweckt. Aber das sehe auch ich, der Kritiker, noch vor mir: wie Anna Pawlowa, eine Duse der Glieder, in leise Körperbewegungen ewige Gefühle einfügt; wie sie mit der Mechanik der alten Choreographie Schicksale zeichnet. Ich sehe auch noch Ewgenia Edwardowa, wie sie, in einer wirbelnden *danse bohémienne*, über die Szene tost; ihre Glieder scheinen von unsichtbaren Gewalten gelöst. Ein Naturwesen, der Gegenpol zur Pawlowa, wo sprühendes Temperament von stählernem Willen in Formen gebannt und alle Irdischkeiten kristallklar vergeistigt zu Schönheit wird. Die Edwardowa ist Instinktwesen; kein Schwanken, Wägen, Glätten bändigt die Leidenschaft. Alles an ihr verliert sich im Tanz. Die Klassikerin Pawlowa macht sich einen Rhythmus untertan: die Edwardowa stürzt sich jubelnd in den Strudel und lässt sich fortreißen. Schrankenlos gibt sie sich hin. Wenn sie, in einer *Krakovienne*, im wilden Rhythmus um den Partner wirbelt,

scheint sie das willenserlöste glückliche Opfer unwiderstehlicher Mächte. Sie widerstrebt nicht. Sie macht Jagd auf das Tamburin des Partners: eine heisse Wildheit kommt über sie, wie die Katze zum Sprung ballt sich ihr Körper zusammen, hart und krampfhaft schieben die starken weissen Zähne sich gen einander; wenn die Hand, mit gierig vorgerecktem Arm das Tamburin schlägt, loht es heiss auf in den geweiteten Augen, und grausamer Triumph huscht über die Züge. . . .

Ich sehe auch noch die kleine Will, dies drollige *enfant terrible* des Tanzes, ein wunderlicher Zwiespalt von Mädchengrazie und dem kichernden Humor eines Schusterjungen. Mit breitem steifen Paradeschritt trippelt sie über die Bühne: oder mit ulkig hochgezogenen Brauen schleudert sie die Beine von sich, folgt mit dem Kopf, wie in stets neuem Staunen, dem Spiel der eigenen Glieder, scheint zu lauschen, wundert sich und lächelt fröhlich.

Die drei sind Charaktere, die man erlebt und darum nicht vergisst. Und darin scheint mir die Bedeutsamkeit dieses Tanzgastspiels zu liegen. Glauben wir nicht zu wissen, dass die alte Tanzkunst das Leben ersticke? Dass die harte Abzirkelung jedes Gestus, die schematische Regelung jeder Gebärde, die strenge Abmessung jedes Pas, kurz: die uniformierende Pedanterie der alten choreographischen Grammatik, die freie Ausdruckskraft jeder Körperbewegung zum Handwerk erniedrigen müsste? Hier sah man, wie eine zum Gipfel getriebene Meisterschaft der Technik die Persönlichkeit nicht knebelt: sondern erlöst. In neuer Leuchtkraft steigt, nach sieghafter Niederzwingung aller leiblicher Schwierigkeit, die Persönlichkeit empor und findet in den alten Formen Raum zu neuem, individuellem Leben. In diese Pas, die in allen Ballettschulen gelehrt werden, giessen Menschen, die im Können das Lernen überwandern, neue Seelenwerte. Vom anmutigen Spiel der Formen, von einer Ornamentik menschlicher Glieder wird das Wirbeln von Linien und Drehen von Körpern zum Seelenverräter, zum Schicksalsspiegel, zum Menschenenthüller. In summa: vom Kunsthandwerk zur Kunst.

Und damit sinkt auch der Gemeinplatz von dieser *Kunst der Vergangenheit* in sich zusammen: wo eine Gegenwart Seelisches empfängt, ist das Gegebene gegenwartsgemäss. Tausend Tänzerinnen

mögen die gleichen Pas in gleicher Vollkommenheit meistern: nur neunhundertachtundneunzig werden (vielleicht) der glücklichen Vergesslichkeit des Schauenden einen Streich zu spielen wissen. Nicht dass sie in *alter Schule* tanzten, machte den Sieg der Russentänzer; nicht ihr Können, nicht ihre Meisterschaft der Technik. Technik bleibt erlernbar. »Der Mensch«, meinte Goethe einmal, »wirkt alles, was er vermag, auf den Menschen durch seine Persönlichkeit.« Das gilt sogar für schlanke Mädchen, die in leichten Gazeröckchen im Rampenlicht trikotumspannte Beine in die Luft werfen und mit dieser eigentümlichen Liebhaberei andere Menschen erschüttern und die Unendlichkeit des Seins ahnen lassen.

×
Pallenberg

×
Auf den Schauspielgerüsten erleben Sommerdirektionen ihre Sommerabendträume.

Im *Deutschen Theater* zu Berlin gibt man eine Posse Nestroy's; in bescheidener Verkörperung verblassen die genialen shakespeare'schen Blitze des alten Wiener Pessimisten zu matten, kümmerlichen Leuchteffekten; man kommt, man sieht und hat vergessen. Oder dass man in einem andern Theater mit sommerfrischlichem Ensemble ein altes Lustspiel von Dumas spielt: Wird hier der Theaterfromme *Eindrücke* heimtragen? Aber eines bleibt doch von diesen Sommertagen: Ein neuer Komiker ist erstanden. Ein Künstler muss hinzugefügt werden in Zeiten, da die Schauspielkunst auf dem Weg scheint Komik und Karikatur zu verwechseln. Im *Lustspielhaus* spielt der Wiener Schauspieler Max Pallenberg komische Rollen; einen hässlichen armen Kerl, dessen Körperlichkeit so abstossend, dass die Welt sich von ihm abwendet und erst zurückkehrt, in demütiger Neugier, als das Stiefkind der Schönheit sich als — Affe ausstellen lässt; und Millionen dabei verdient. Oder einen biedereren kleinen österreichischen Kanzleibeamten, der sich, um einen neuen Herrn Amtsvorstand günstig zu stimmen, jählings als Elegant, Lebemann, Geniesser, als *fescher Rudi* gibt und dabei in tausend groteske Situationen gestürzt wird. Rollen, die in den Händen professioneller Komiker das bleiben würden, was sie sind: Witzblattkarikaturen, die Träger alter Kalauer, Puppen konventioneller Schwankmache. Sie werden hier zu blutvoll lebenden armen Menschenkindern, zu Verstossenen des Le-

bensernstes, zu Menschen, die in aller Komik durch einen seltenen Künstler zur herben Höhe der Tragik emporwachsen. Das Komische wird nicht gesucht in dumm plärendem Lachen, in grotesk ausfahrenden Gesten, in all den technischen Kunstgriffen, die in der Handwerkskammer des Durchschnittskomikers bereit liegen. Es ist ein wunderlicher Vorgang zu sehen, wie hier Alltäglichkeiten zu tragikomischem Schicksalsopfer hinaufwachsen; wie eine schauspielerische Komik in stiller Wahrhaftigkeit den Weg nach Innen sucht und im Grotesken noch, durch einen hilflosen Blick, ein leises resigniertes Fallenlassen der Hand, Gefühlswerte münzt. Eine Komik, die nicht aus Witzen auftaucht; ein Lachen, dessen Anfang tief aus den tragikomischen Abgründen des Lebens emporhallt. Fast kein Lachen mehr: nur ein helles, stilles, nachdenkliches Lächeln der Resignation, dessen stille Heiterkeiten aus den Tiefen des Tragischen geboren sind.

×
Kurze Chronik Im Berliner *Kammerspielhaus* lässt eine Sommerdirektion einen französischen

Schwank aufführen. Sascha Guitrys *Ein Skandal in Monte Carlo*, ein Schwank, elegant, glatt, frech und skrupellos in der Seelenzeichnung, wie formlichere Gallier ihrer alljährlich zahllose hervorbringen. Kein Wort — auch keines der Ablehnung — wäre darüber zu sagen, wenn nicht die Hauptrolle in diesem Stück von einem Schauspieler gespielt würde, dessen nervöse Phantasie und schauspielerischer Reichtum fesseln. Marlow ist der Name dieses Künstlers, der hier, inmitten plumpkomischer Szenenfolgen Augenblicke gibt, hingestreuete Perlen schürfenden psychologischen Spürsinn, aufleuchtende Raketen eines reichen Schauspielertums, die zuweilen an Bassenmann denken lassen. Hier schlummern unausgebaute Möglichkeiten. Die Berliner Direktoren liessen diesen Vielversprechenden, der früher am *Deutschen Theater* in Nebenrollen wenig beachtete Kabinettsstücke malte, in die Provinz ziehen.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Gussstahl Durch Alfred Krupp wurde der vorher mit misstrauischen Augen betrachtete Gussstahl zum wichtigsten Material für den Maschinenbau, für die Herstellung

von Geschützen und Eisenbahnschienen, für den Brückenbau, für die Drahtseilfabrikation, für die Herstellung von Werkzeugen aller Art. Die Erfindung Krupps bestand in der Lösung der Aufgabe: grössere Stahlblöcke blasenfrei zu giessen, was vorher nicht möglich gewesen ist. Die technische Bedeutung dieser Lösung liegt auf der Hand, denn einem mit Blasen durchsetzten Gussstück können grössere Beanspruchungen nicht zugemutet werden, weil man immer Gefahr läuft, dass im entscheidenden Augenblick das Geschützrohr, die Maschinenwelle oder der Radkranz eines Lokomotivrades der Beanspruchung nicht stand hält und bricht. Vor Krupp kam deshalb im wesentlichen nur geschmiedeter respektive aus einzelnen, kleinen Stücken zusammengeschweisster Stahl zur Anwendung. Die Verwendung des Stahls war demgemäss auch nur auf die Herstellung von Hieb Waffen, Messern und Werkzeugen beschränkt. Durch die Erfindung Krupps änderten sich diese Verhältnisse mit einem Schlag, und das Vertrauen, das sich der Kruppsche Tiegelgussstahl erwarb, übertrug sich auch auf die anderen Gussstahlarten, die im Bessemerverfahren oder im Thomas-Martinverfahren erzeugt worden waren. Dennoch blieb der Tiegelgussstahl wegen der Gleichmässigkeit seines Gefüges bis in die Gegenwart hinein allen anderen Stahlarten weit überlegen, besonders wenn er nach erfolgtem Guss durch Ausschmieden mit Dampfhammern oder mit den weit leistungsfähigeren hydraulischen Schmiedepressen noch verdichtet wurde.

Da die Herstellung des Tiegelgussstahls wegen der erforderlichen wertvollen Graphittiegel, die sich nur ein, höchstens zweimal benutzen lassen, sehr kostspielig ist, überdies auch ein hervorragend geschultes Arbeiterpersonal bedingt, von dessen Zuverlässigkeit das Gelingen des Gusses sehr wesentlich abhängt, so sind schon seit langem Bestrebungen im Gange das Glühverfahren selbst so zu verbessern, dass der ganze Inhalt einer Bessemerbirne oder einer Giesspfanne auf einmal zu einem grossen Block von einheitlichem Gefüge ausgegossen werden kann. Giesst man nämlich aus einer Giesspfanne deren gesamten Inhalt in eine Kokille, so wird naturgemäss der untere Teil des Gussblocks wegen des grossen Gewichtes des auf ihm lastenden flüssigen Stahls dichter und von gleichmässigerem Gefüge sein als der obere.

Der obere Teil des gegossenen Blocks ist bis zu etwa einem Drittel seiner ganzen Höhe, hauptsächlich in seinen achsial gelegenen Teilen von geradezu schwammiger, grobkristallischer Struktur. Ein Drittel des ganzen Blocks ist also völlig unbrauchbar und muss abgeschnitten werden. Hieraus erhellt die Bedeutung eines Giessverfahrens, das die Benutzung des ganzen Blocks ohne nennenswerte Verluste gestattet. Dieses neue Giessverfahren besteht darin, dass der ganze flüssige Stahlinhalt einer Kokille noch vor dem Erstarren und während des Erstarrens stark komprimiert wird. So naheliegend dieser Gedanke auch ist, so schwierig ist zugleich seine praktische Durchführung, weil zu der gleichmässigen Verdichtung des ausgegossenen flüssigen Stahls die Anwendung ganz enormen Drucks erforderlich ist. An dieser technischen Schwierigkeit scheiterte bis in die letzte Zeit hinein die Ausführung des erwähnten Gedankens, und es gelang immer nur kleinere Blöcke durch Komprimieren des flüssigen Stahls herzustellen. Neuerdings ist aber von der Firma William Beardmore & Co. im Glasgow eine hydraulische Presse gebaut worden, die es gestattet Blöcke von 11 bis 42 t und bis zu 3,5 m Höhe zu verdichten. Diese Presse besteht aus einem unteren und einem oberen Querhaupt, die durch 4 kräftige Säulen von je 36 t zu einem Rahmen verbunden sind. In dem unteren Querhaupt ist der eigentliche Druckzylinder eingebaut, aber auch das obere Querhaupt enthält noch einen besonderen Druckzylinder.

Die zur Aufnahme des flüssigen Stahls bestimmte Kokille, die direkt einem starken Wagen aufgebaut ist, besitzt einen beweglichen Boden mit Zylinderansatz nach unten, auf den Druckstempel des unteren Druckzylinders wirken kann. Die gusseiserne, innen natürlich mit feuerfestem Material ausgekleidete und aussen durch Schrupfringe verstärkte Kokille wird sofort nach Entleeren der Glühpfanne mit ihrem Wagen in die hydraulische Presse gefahren, so dass ihr Boden mit dem unteren Zylinderansatz unmittelbar über den unteren Druckstempel, ihr oberes, offenes Ende unter den oberen Druckstempel zu stehen kommt. Sogleich beginnt die hydraulische Presse zu arbeiten. Der untere Druckstempel, der mit einem auswechselbaren Oberteil versehen ist, wird in die Höhe gepresst, während der obere Stempel, der gleichfalls ein auswechsel-

bares, mit feuerfestem Ton gegen die Wandungen abgedichtetes Druckstück besitzt, von oben in die Kokille hineingepresst wird. Der untere Kolben hat einen Hub von 840 mm, der obere einen solchen von 2000 mm. Der Hub des oberen Druckstempels wird zunächst aber nicht voll ausgenutzt. Während des Pressens wird nicht sogleich der ganze mögliche Druck ausgeübt, man beginnt vielmehr erst mit einem Anfangsdruck von zirka 79 kg per qcm; während des Fortschreitens der Pressung wird dieser Druck allmählich auf 475 kg per qcm erhöht, so dass eine sich stetig steigernde Verdichtung des flüssigen, allmählich erstarrenden Stahls erfolgt. Der erreichte Höchstdruck bleibt bis zum völligen Erstarren des Blocks bestehen. Je nach dem Gewicht des Blocks dauert das Verdichten 6 bis 17 Stunden. Wenn der Block erstarrt ist, wird er durch den oberen Druckstempel aus der Kokille herausgedrückt. Die auf diese Weise erzeugten Stahlblöcke sind von absolut gleichmässigem Gefüge und können nunmehr in Walzwerken usw. weiter verarbeitet werden.

× **Brennstoffverbrauch in Kraftwerken** Der Verbrauch an Brennstoff ist neben der Betriebssicherheit, Lebensdauer, den Anlagekosten und der Anpassungsfähigkeit an wechselnde Beanspruchung bei der Beurteilung der verschiedenen Wärmekraftmaschinen von entscheidender Bedeutung. Es ist nun bekannt, dass die Dampfmaschinen gegenüber den Verbrennungskraftmaschinen eine verhältnismässig sehr geringe Ausnutzung der Verbrennungswärme des angewandten Brennstoffs aufweisen, wenn beide Maschinenarten unter den jeweilig günstigsten Bedingungen untersucht werden. Diese Verhältnisse können jedoch im praktischen Betrieb, besonders dort, wo stark wechselnde Belastungen der Motoren auftreten, eine erhebliche Veränderung erleiden. Die theoretischen Brennstoffverbrauchszahlen haben deshalb für den praktischen Betrieb nur sekundäre Bedeutung.

Für Kraftanlagen mittlerer Grösse, und zwar unter den Bedingungen wie sie beim Betrieb eines Elektrizitätswerks auftreten, sind nun kürzlich von E. Hoeltje statistische Untersuchungen über den wirklichen Brennstoffverbrauch angestellt worden, die sich allerdings auf die Jahresbetriebsresultate der mit Heissdampflokomo-bilen und Dieselmotoren

betriebenen Elektrizitätswerke beschränken. Hoeltje findet, dass beim Lokomobilbetrieb der Wärmeverbrauch für 1 PS per Stunde zwischen 8400 und 18450 Wärmeeinheiten schwankt, während er bei den Dieselmotoren zwischen 2080 und 5070 Wärmeeinheiten liegt. Scheidet man aus der Statistik alle diejenigen Elektrizitätswerke aus, die hinsichtlich ihrer Kraftgrösse zu weit auseinander liegen und beschränkt sich nur auf diejenigen, deren mittlere Stärke der Einzelmaschine zwischen 50 bis 80 PS liegt, so ergibt sich für die Dampfwerke ein mittlerer Brennstoffverbrauch von 11 576 Wärmeeinheiten per PS-Stunde, für die Dieselmotorwerke ein solcher von 2380 Wärmeeinheiten. Unter Berücksichtigung des verschiedenen Preises der verwandten Brennstoffe betragen die Brennstoffkosten bei den Dampfwerken 5,7 Pf. per Kilowattstunde, während der mittlere Verbrauch der entsprechenden Dieselmotorwerke nur 3,5 Pf. per Kilowattstunde ausmacht. Für die in betracht kommenden Kraftgrössen stellt sich also der Betrieb mit Dieselmotoren ganz erheblich billiger als der mit Heissdampflokomo-bilen. Da hinsichtlich der Anpassung an die wechselnde Beanspruchung und der Regulierfähigkeit der Dieselmotor der Dampfmaschine nicht nachsteht, so ist bei kleineren Anlagen der Dieselmotor der Dampfmaschine unbedingt vorzuziehen.

× **Kurze Chronik** Für die Welterzeugung von Calciumcarbid sind zurzeit 360 000 PS in Wasserkraftwerken ausgebaut; die hauptsächlichste Calciumcarbidproduktion findet in Schweden, Norwegen, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten, Kanada sowie in Frankreich statt. Italien, Österreich und Spanien haben noch recht beträchtliche Carbidfabriken, in Deutschland dagegen sind nur 9700 PS für Calciumcarbidfabrikation vorhanden. Die gesamten Anlagen vermögen über 300 000 t Carbid jährlich herzustellen. Der gegenwärtige Verbrauch davon beträgt jedoch nur noch 200 000 t. × Die Welterzeugung des Roheisens betrug im Jahre 1908 48 Mill. t, gegen 60,5 Mill. im Jahre 1907. Die gesamte Roheisenherstellung hat also um 20 % gegen 1907 abgenommen. In den Vereinigten Staaten wurden 16 Mill., in Deutschland einschliesslich Luxemburg 11,8, in Grossbritannien und Irland 9,2 Mill. t Roheisen erzeugt.



JULIUS RUPP / NACH EINER PHOTO-
GRAPHIE AUS DEN SIEBZIGER JAHREN